H. W. L.
SEP 26 1927

Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine

Nummer 17 • 8. Jahrgang

Berlin, 1. September 1927

Nach der Würzburger Tagung.

Die 7. Tagung des Bundes der Saar-Vereine in Würzburg am 13. und 14. August hat einen nach jeder Richtung hin voll befriedigenden Verlauf genommen. Kein Mißton trübte den Verhandlungsgang. Nur vom Wettergott hätte man ein wenig mehr Verständnis dafür erwarten können, daß man nach Würzburg geht nicht nur um zu raten, sondern auch um die Schönheiten dieser alten schönen Stadt und ihrer Umgebung, in erster Linie Rothenburg, Wertheim usw. kennen zu lernen. Die Vorbereitungen der Tagung dürfen als mustergültig angesprochen werden, so daß die Abwicklung des Tagungsprogramms sich ohne Schwierigkeiten durchführen ließ.

Die Landes- und Ortsgruppen hatten diesmal in erfreulicher Zahl ihre Vertreter entsandt, und auch das Saargebiet stellte eine recht ansehnliche Zahl von Vertretern der verschiedensten Parteien, Organisationen usw. So manch bekanntes Gesicht aus dem Saargebiet konnte man in Würzburg begrüßen, wir nennen nur den Senior des Deutschtumkampfes an der Saar, den Chefredakteur Albert Zühlke, den unerschrockenen Bekenner für deutsches Recht, für deutsche Freiheit an der Saar, Pfarrer Bungarten, den zähen Fechter im Kampf um die deutsche Schule, Pfarrer Becker aus Neunkirchen und so manchen andern. Auch neue Gesichter tauchten in Würzburg auf als Beweis dafür, daß die Arbeit des Saar-Vereins sich im Saargebiet immer neue Freunde wirbt. Mit besonderer Genugtuung stellen wir fest, daß uns auch unter den Frauen des Saargebiets neue tatkräftige Helfer und Freunde entstanden sind, die auch auf der Würzburger Tagung sich bereits erfolgreich betätigt haben.

Was den sachlichen Inhalt der Verhandlungen betrifft, so war er, wie bekannt, auf den Grundakkord abgestimmt: „Das Saargebiet will heim!" In diesen Worten ist die ganze Tragik der Saarfrage enthalten, wie sie sich seit dem Willkürakt von Versailles entwickelt hat. Es spricht das Heimweh, das Sehnen nach Ruhe, nach Ordnung, nach Liebe, nach dem Vaterhaus daraus, es drängt das rein Politische zurück und stellt das Seelische, das Innerliche eines Volksempfindens in den Vordergrund. Die einzelnen Redner stellten ihre Referate politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Inhalts trefflich in den Rahmen der diesmaligen Tagungsidee hinein. Am reinsten aber wurde das Tagungsmotto zum Anklingen gebracht durch die knappen, aus bewegtestem Herzen kommenden Worte einer Vertreterin saardeutscher Frauen und Mütter, die die seelische Not der Saargebietsbevölkerung berührte. Unbestritten ist die wirtschaftliche Not, anerkannt die politische, äußerst drückend die soziale Not. Und dennoch: alles überragt die seelische Not, wie sie die deutsche Mutter an der Saar empfindet. Der Saar-Verein wird die Anregung, wird die Mahnung, die in dieser Richtung von Frau Gretel Michels aus Neunkirchen als Vertreterin saardeutscher Frauen gegeben wurde, aufgreifen und einzudringen versuchen in das Weben und Sehnen der saardeutschen Seele, die heute gemartert und gefoltert ist unter den Sorgen, wie sie sich unter dem in Versailles ausgeklügelten landfremden Verwaltungsregime mit dem Völkerbundssiegel an der Saar entwickelt haben. Während die einzelnen Referenten das Sehnen eines geknechteten Volkes nach der Heimat, nach dem Vaterhaus auf Grund der wirtschaftlichen, der sozialen, der kulturellen, der politischen Verhältnisse nachwiesen, erklärte Frau Michels dieses Sehnen mit dem Heimweh, das die Saargebietsbevölkerung erfaßt hat, erfaßt hat, weil die Seele eines Volkes leidet, weil das göttliche Ich jedes einzelnen zur Vereinigung **auseinander**gerissener Seelen ruft.

Das seelisch Tiefe, das seelisch Ergreifende, Erschütternde zog sich im übrigen durch alle Vorträge der Tagung. Wenn der Bundesvorsitzende Oberlandesgerichtsrat Andres auf dem Begrüßungsabend eine Kardinalbeschwerde des Saargebiets und Deutschlands feststellte, die nämlich, daß man in Versailles mit roher Gewalt über das von Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht hinwegging, so berührte er damit das Sehnen der Saargebietsbevölkerung nach Freiheit aus der Knechtschaft, zum deutschen Vaterland. Wenn Verwaltungsdirektor Theodor Vogel an den historischen Dreiklang vom Jahre 1815, 1866 und 1918 erinnerte, dann gleichfalls mit dem Unterton der nicht zu unterdrückenden Sehnsucht des Saarvolkes zum Vaterhaus, die Pfarrer Reichard am Volkstrauertag 1926 in die Worte kleidete: „Die Menschen, die im Saartal wohnen, mit ihren Seelen, mit ihren tiefsten Wurzeln ihres Familienlebens und ihres Volkstums in ihrer Heimatscholle verankert sind, würden eher sterben als ihrem Vaterland die Treue brechen."

Was der Präsident des Saarlandrates in der Arbeitssitzung in groß angelegtem Vortrag über die Volksvertretung des Saargebiets ausführte, war in der äußeren Form die dringlich erhobene Forderung nach einer endgültigen Lösung des Problems, die nur in der Rückkehr des Saargebiets zum Reiche gesehen wird, im innersten Kern aber war es gleichfalls das Verlangen der saarländischen Seele nach der Wiedervereinigung mit dem geliebten deutschen Vaterland. Dr. Schulz konnte in seinem Ueberblick über die politische Lage zur Kennzeichnung der seelischen Einstellung des Saarvolkes sich auf ein Wort des vor wenigen Monaten ausgeschiedenen Saarpräsidenten Stephens berufen: „Es handelt sich im Saargebiet um 750 000 Menschen im Herzen des zivilisierten Europas, um eine Bevölkerung, von der ich in den Jahren meiner Regierungstätigkeit feststellen mußte, daß es ein ordnungsliebendes, stolzes und im höchsten Grade patriotisches Volk ist." Dr. Schulz konnte dieses Zeugnis eines Ausländers über den Charakter der Saargebietsbevölkerung nicht besser unterstreichen als mit den drei Worten: „Wir wollen heim."

Seelisch am stärksten an den Grundakkord der auf das Verlangen des Saargebiets eingestellten Würzburger Tagung anklingend waren die Ausführungen Pfarrer Beckers, Neunkirchen, über die französische Schulpolitik. Er schilderte die Seelennot, die Her-

zenskämpfe, die sich aus den tyrannischen Methoden der französischen Schulpolitik für eine große Anzahl der Eltern im Saargebiet ergeben. „Erst durch das Heimkehren zum deutschen Vaterland werden wir wie von allen andern Nöten auch von diesen schweren Seelennöten erlöst sein." Das waren seine Schlußworte, gesprochen aus innerstem Erleben, aus dem Schauen in die Tiefen des Saardeutschtumkampfes. Und wenn dann Frau Studienprofessorin Ravengel mit feiner Satire dem französischen Historiker Jeane de Pange die Unwahrheiten und schwankenden Grundlagen seiner angeblich historischen „Beweisführung" über französischen Einfluß und französische Sympathien im Saargebiet nachwies, dann schloß auch sie die Kette des Beweises dafür, daß das Saargebiet nur eine geschichtliche Wahrheit anerkennt, die nämlich: deutsch zu sein und heimzukehren.

Ebenso stark an die seelischen Kräfte, die zurück zum Vaterland streben, rührten die Ausführungen des Gewerkschaftssekretärs Josef Gärtner über die Lage der Sozialrentner im Saargebiet, in welchen er darauf hinwies, daß „das Saarvolk deutsch ist und sich nach der Wiedervereinigung mit dem Vaterlande sehnt und daß, wenn die Rückgliederung kommt, der Jubel bei den Sozialrentnern am stärksten sein werde — denn es gibt nur eine deutsche Sozialversicherung!" Und schließlich enthielt auch der Vortrag des Landesratsabgeordneten Kratz, Saarbrücken, über die sich aus der Grube Karlsbrunn für das Saargebiet ergebenden politischen Gefahren die bange Sorge um das Schicksal einer Bevölkerung, deren Seele nach Deutschland ruft, „da ein Fortbestand der unerträglichen Zustände an der Saar katastrophale Folgen nicht nur für die Saarbevölkerung, sondern auch für den Frieden und für die Verständigung der Völker nach sich ziehen müssen." Kaum packender aber konnte das große Sehnen zur deutschen Mutter dargelegt werden, als durch Pfarrer Josef Bungarten in seinem Vortrage in der großen Saarkundgebung, der das Saarproblem als Unruhezentrum Europas behandelte. In der Einleitung erhob er die Forderung: „Gebt den Saarländern ihre liebe deutsche Heimat wieder!", und im Ausklang seiner Worte bezeichnete er als aller politischen Weisheit letzten Schluß: „Völkerbund beseitige die Unruhe der Saarbevölkerung. Sie will heim, laß sie ziehen, die Kinder zur Mutter." Schließlich legte Pfarrer Reichard in seinen Vortrag „Für Einigkeit und Recht und Freiheit" das große Sehnen der deutschen Saargebietsbevölkerung nach dem deutschen Mutterhaus hinein, wenn er sagte: „Wir ringen schon diese lange schwere Zeit darum, endlich wieder zu denen gehören zu dürfen, denen unser Herz gehört und mit denen wir durch gemeinsame Kulturgeschichte und Ueberlieferung durch die heiligen Bande des Blutes unlösbar verknüpft sind: darum wollen wir frei sein, darum müssen wir frei sein."

Was schließlich in der einstimmig gefaßten Entschließung niedergelegt wurde, ist nur ein schwacher Niederschlag dessen, was die zweitägigen Verhandlungen an Tatsächlichem und an Empfundenem gebracht haben: die Anklage gegen die Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts, die Feststellung zunehmender materieller und Seelennot und neubelebter französischer Annexionspolitik, der Hinweis auf den gefährdeten europäischen Frieden und das Verlangen an Völkerbund und Weltgewissen, den Schrei der Seele des Volkes von Versailles zu hören und zu achten: laßt die Saargebietsbevölkerung dorthin ziehen, wo ihr Herz ist, zum deutschen Vaterland!

Man kann an Locarno glauben, für Völkerverständigung eintreten und wird dennoch nicht umhin können, zu erkennen, daß sich an der Saar weder Locarnogeist zeigt noch Völkerversöhnung gewollt wird. Nicht darauf kommt es an, daß einige Schichten eines Volkes sich für eine große Idee einsetzen, wenn die Mehrheit des Volkes sie ablehnt. Nicht das verbürgt den Sieg, daß der gute Wille eines Teiles der Völker vorhanden ist. Das Saargebiet kann und wird nur frei werden können, wenn durch Deutschland, wenn durch Frankreich, wenn durch den Völkerbund die Anklage hallt, daß der gute Wille eines Teiles des französischen Volkes deshalb nicht den dauernden Frieden Europas schafft, weil der größere Teil des französischen Volkes, die Machthaber Frankreichs, die Versöhnung mit Deutschland nicht wollen. Ein solcher Schrei durch die ganze Welt wird nicht ohne Eindruck bleiben. Wenn ein Volk wie das an der Saar nun fast neun Jahre unter dem Druck eines fremden Volkes schmachtet, wenn die Not nicht geringer, sondern größer, wenn die Aussichten zur Freiheit schlechter geworden sind, dann begreift man, daß die Seele dieses Volkes bang und traurig ist, weil sie nicht sieht, daß ihr die Freiheit winkt, nichts merkt von den Kräften, die den Frieden wollen.

Wir wissen sehr wohl, daß unsere Arbeit, daß das Saargebiet allein das Ziel der endlichen Befreiung des Saargebiets nicht erreichen kann. Es müssen alle Faktoren eingesetzt und eingespannt werden, um den Ruf immer erneut und immer verstärkt zu erheben, daß im Saargebiet seit Versailles ein Unrecht geduldet wird, das der Grundidee des Völkerbundes widerspricht.

Die Regelung über das Saargebiet ist in Versailles bekanntlich so außerordentlich raffiniert getroffen worden, daß man der deutschen Regierung, obwohl die Staatshoheit des Reiches über das Saargebiet in der Schwebe gelassen wurde, keinerlei Einfluß auf die Verwaltung und auf die politische Gestaltung an der Saar gelassen hat. Frankreich dagegen vermag durch den Besitz der Saargruben und damit der wirtschaftlichen Macht an der Saar, ferner durch einen unmittelbar von der französischen Regierung bestellten Vertreter in der Saarregierung sich jederzeit Einfluß im Saargebiet zu verschaffen. Deutschland hat sich trotz der Unnatürlichkeit einer solchen Regelung an die einzelnen Bestimmungen streng gehalten, so streng, daß mehr als einmal in der Saargebietsbevölkerung die Auffassung aufkam, als vernachlässige die Reichsregierung das Saargebiet, als liege ihr nichts an ihm. Wenn man erreichen wollte, daß außerhalb des Saargebiets überhaupt sich eine Stimme für das Saargebiet erhob, dann konnte das nur von privater Seite erwartet werden. Und der Wille hierzu war vorhanden und auch die Tatkraft. Frankreich hat selbst hierzu den Anstoß gegeben, als es im Saargebiet seine barbarische Ausweisungspolitik aufnahm und zahlreiche Personen, die dort durch Geburt oder Lebensarbeit mit dem Saargebiet verbunden sind, in rücksichtsloser Weise des Landes verwies. Frankreich konnte nicht erwarten, daß diese Personen restlos schweigen würden. Aus dem Kreis dieser Ausgewiesenen ist der Wille erwachsen, für die deutsche Saarheimat bis zu ihrer endlichen Befreiung zu kämpfen — nicht mit Mitteln der Gewalt, sondern mit Mitteln des Geistes, des Herzens und der Wahrheit! Dort liegen die Wurzeln des „Saar-Vereins". Die im Staatsinteresse geleistete Arbeit dieser Geschäftsstelle und des später ins Leben gerufenen Bundes der Saar-Vereine hat kürzlich Ministerialdirektor Dielthey vom Reichsministerium für die besetzten Gebiete, anerkannt, in dem er — jedoch wohl gemerkt, nicht auf der Tagung des Bundes der Saar-Vereine — unter anderem ausführte:

„Wie so oft in den Zeiten des Niedergangs und des Daniederliegens im Leben eines Volkes, sind bei uns in den letzten Jahren bisher in Deutschland nicht gesehene Volkskräfte, die im Volksbewußtsein schlummerten, emporgestiegen: die auf der überparteilichen Grundlage der Heimattreue ruhenden landsmannschaftlichen Verbände. Gegenüber dem Uebermaß von Gegensätzen der Weltanschauungen, der Wirtschaftsinteressen, der Parteizugehörigkeiten betonten sie mit zielsicherer Ursprünglichkeit und daher mit von Jahr zu Jahr steigendem Erfolge die Gemeinsamkeiten des deutschen Volkstums, die Einigkeit der deutschen Stämme und die Geschlossenheit des deutschen Volkswillens. Ein Ruhmesblatt in der im „Westausschuß für Rhein, Saar und Pfalz" zusammengeschlossenen großen landsmannschaftlichen Verbände des besetzten Westens wird es immer bleiben, daß sie diese volkseinenden Ideen zuerst aufgegriffen und zum Ausgangspunkt für ihr umfassendes Wirken gemacht haben."

An anderer Stelle sagte Ministerialdirektor Dielthey, daß

„in unserer, fast auf allen Gebieten der Weltanschauungen, des Parteiwesens, der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zer-

klüfteten Zeit **jede deutsche Reichsregierung, wie sie auch immer zusammengesetzt ist, die Mitarbeit aller derer begrüßen muß, die die überparteilichen Grundlagen unseres Staatswesens schützen und sichern helfen.“**

Diese Ausführungen wurden von einem Vertreter der Reichsregierung nicht auf der Würzburger Tagung gemacht, obwohl sie dort hingehörten, wie kaum an einem andern Platz. Wir werden sie uns aber gut merken und an sie erinnern, wenn es einmal gilt, die Frage aufzuwerfen: wer hat zum Saargebiet gestanden, als es sich in schwerster materieller und seelischer Not befand? Denn ehe der „Westausschuß für Rhein, Saar und Pfalz“ gegründet wurde, war schon die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ als Nachfolgerin des Saargebietsschutzes ins Leben getreten, und hatte im Sinne der Gedankengänge der Ausführungen des Ministerialdirektors Dielthey seine Arbeit auf überparteilichem Boden zur Zusammenfassung aller Kräfte des Deutschtums aufgenommen, um das schwer bedrängte Saargebiet und seine um ihr Volkstum, um ihre Heimat ringende Bevölkerung moralisch zu unterstützen. Das hier festzustellen, sind wir allen jenen Männern und Frauen schuldig, die innerhalb und außerhalb des Saargebiets von der Idee erfüllt waren, daß ohne aufklärende Tätigkeit das Saargebiet, dessen Schicksal bei der völligen Machtlosigkeit und Gebundenheit der deutschen Regierungen nach jeder Richtung hin unbestimmt sein mußte, im Strom der Vergessenheit des großen Weltgeschehens versinken würde. Diese Männer haben gewiß nicht einen besonderen Dank verlangt. Eine Anerkennung aber dürfen sie erwarten, dürfen sie um so mehr erwarten, als sie nicht nur auf Grund einer landsmannschaftlichen Organisation ihre Arbeit aufnahmen, sondern zur Mitarbeit alle jene Kreise des deutschen Volkes heranzogen, die guten Willens waren und erfüllt von jener von Dr. Dielthey gekennzeichneten Idee sich selbstlos für die Freiheit der Saar einsetzten — die Anerkennung nämlich, daß sie an der Erweckung jener Volkskräfte mitgewirkt haben, deren Mitarbeit nach Dr. Dielthey jede deutsche Regierung begrüßen muß!

Der Bund der Saar-Vereine ist es gewöhnt, seine Beratungen, vor allem seine Bundestagungen ohne offizielle Regierungsvertreter durchzuführen. Wir haben Verständnis dafür, daß man Gründe der Vertragstreue hierfür vorgeschoben hat. Wir sind gleichwohl der Auffassung, daß der Verlauf der Würzburger Tagung manchem Regierungsvertreter, wenn er anwesend gewesen wäre, die Ueberzeugung hinterlassen hätte, daß der Kampf um das Saargebiet, wie er in Uebereinstimmung mit der politischen Vertretung des Saargebiets vom Bund der Saar-Vereine geführt wird, weder überflüssig noch erfolglos gewesen ist. Die Vertreter aus dem Saargebiet hatten sowohl in der Arbeitssitzung wie auch in der Saarkundgebung manches zu sagen, was man nicht aus der Presse, nicht aus behördlichen Berichten erfahren kann. In Würzburg sprach das gequälte Herz, die bangende Seele einer Bevölkerung. Oder will man diese in den Amtsstuben nicht hören, nicht gelten lassen? In Versailles hat der deusche Hauptdelegierte Graf Brockdorff-Rantzau in seiner Note vom 13. Mai 1919 sich mit heiliger Entrüstung dagegen gewandt, daß die Bevölkerung Gegenstand von Schachergeschäften bilden sollte, d. h., daß über ihr Schicksal entschieden werden sollte, ohne daß man sie fragte, daß man sie als Anhängsel einer Sache, der Kohle, betrachte. Es ist vielleicht gut, an diesen deutschen Protest heute wieder zu erinnern. Will man die Aufschreie einer Volksseele, wie sie aus den Worten eines Pfarrer Becker, eines Pfarrer Bungarten usw. hervorquollen, gänzlich überhören?

Alle Teilnehmer an der Würzburger Tagung standen unter dem gewaltigen Eindruck dessen, was sich ihnen aus dem Munde berufener Vertreter des Saargebiets als Bild über die derzeitigen Verhältnisse, über die Regungen und Hoffnungen der Herzen an der Saar entrollte. Im Saargebiet hat man wohl aufgemerkt auf das, was in Würzburg vor sich ging. In zahlreichen Zuschriften aus der Saarbevölkerung an die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ kommt Begeisterung und Genugtuung darüber zum Ausdruck, „daß in Würzburg der Mut gefunden wurde, für unser bedrücktes Volk einzutreten“. Man hat aufgemerkt auf das, was gesprochen wurde und welchen Widerhall es in der großen Oeffentlichkeit fand. Der Widerhall in der Presse des In- und Auslandes war stark — nur der offizielle „Pressebericht“ hat von diesem Widerhall nichts bemerkt, von den Referaten in Würzburg nichts gelesen, was Veranlassung hätte geben können, über einen Fünfzeilen-Auszug aus der Entschließung hinauszugehen. Die deutsche Reichstagsabgeordnete Frau Mende gab mit Recht ihrem Bedauern Ausdruck darüber, daß sie allein vom deutschen Reichstag in Würzburg vertreten war und daß das Ministerium für die besetzten Gebiete keine Zeit und keine Gelegenheit gefunden hatte, einen Vertreter zu entsenden. Auch anderswo hat man darüber tiefes Bedauern empfunden. Der Saar-Verein mit seiner achtjährigen Tätigkeit und mancherlei Erfahrungen kann darauf verzichten, etwa durch Anwesenheit einer größeren Reihe offizieller Vertreter und Parlamentarier nach außen hin sich den Rahmen einer glänzenden Festveranstaltung zu schaffen. Glanzvolle Feste zu feiern, dafür fehlen dem Saar-Verein die Gelder, dazu fehlt ihm auch jegliche Veranlassung angesichts der drückenden und noch immer steigenden Not im Saargebiet. Auf eines aber kann und will er nicht verzichten, darauf nämlich, daß alle Faktoren, die berufen und beauftragt sind, das Schicksal des Saargebiets zu erleichtern und die Saarangelegenheit einer baldigen natürlichen und gerechten Regelung zuzuführen, daß alle diese Faktoren keine Gelegenheit versäumen, sich über die Leiden und Wünsche und über die Seelennöte der Saargebietsbevölkerung zu unterrichten.

Welches ist nun der tatsächliche Erfolg, das Ergebnis der Würzburger Bundestagung? Es ist vor allem die Gewißheit, daß in der Arbeit des Saar-Vereins die Herzen der Saarbevölkerung und der Männer unserer Arbeit zusammenklingen, zusammenklingen in dem Verlangen: Auf Grund des Selbstbestimmungsrechts erleichtert dem Saargebiet die schnellste Heimkehr zum Vaterland. Dieser Ruf wird nicht mehr verstummen. Mag man in den diplomatischen Verhandlungen sich heute in erster Linie über die Frage der Besatzungsverminderung am Rhein unterhalten, im Saargebiet stellt man fest, daß wie die Aufrechterhaltung der Rheinbesatzung so auch die Aufrechterhaltung des Saarregimes ein Verstoß gegen den Geist von Locarno, gegen das Selbstbestimmungsrecht darstellt. Man empfindet die Beiseitestellung der Saarfrage um so mehr als einen Verstoß gegen das Saar- und gegen das Völkerbundstatut, als die Aufrechterhaltung des Saarregimes die Saargebietsbevölkerung in immer größere seelische und wirtschaftliche Not hineinbringt, obgleich nach den Versicherungen der alliierten und assoziierten Mächte „den Bewohnern des Gebietes selbst jeder materieller und moralischer Schaden erspart werden sollte“.

Und weil wir in Würzburg erneut die Ueberzeugung der Uebereinstimmung der Auffassungen und des Wollens über den Freiheitskampf an der Saar gewonnen haben, deshalb wird uns unsere künftige Arbeit leichter sein. Wir werden mehr noch als bisher die Kardinalbeschwerde über das dem Saargebiet nicht nur vorenthaltene, sondern mit Füßen getretene Selbstbestimmungsrecht in die Welt rufen. Es kann keine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich geben, wenn der Kardinalbeschwerde der Saargebietsbevölkerung nicht Rechnung getragen wird. Das Kardinalmittel, dem vergewaltigten Selbstbestimmungsrechts des Saargebiets Geltung zu verschaffen, ist in Würzburg genannt worden: Festigung des Gefühls der Zusammengehörigkeit, Erhaltung des deutschen Willens, Stärkung des Bekennermutes an der Saar. Das klingt einfach, klingt fast überflüssig, und dennoch wissen wir, weiß es das Saargebiet, wie not es tut, überall die Kenntnis davon zu verbreiten:

„Daß an der Brück' an der Saar
Eins trauern muß allein
An der Brück' an der Saar,
Armes Waldvögelein.“

7. Tagung des Bundes der Saar-Vereine.

Für die 7. Tagung des Bundes der Saar-Vereine war auf Grund eines Beschlusses des Bundesvorstandes Würzburg als Tagungsort gewählt worden. Obwohl in Würzburg eine Ortsgruppe des Bundes nicht besteht, konnten die Vorbereitungen von der Geschäftsstelle des Bundes aus mit tatkräftiger Unterstützung unseres Vorstandsmitgliedes, des Regierungspräsidenten Dr. von Henle in Würzburg und durch das bereitwillige Entgegenkommen der städtischen Körperschaften Würzburgs und des Fremdenverkehrsvereins von Würzburg ohne Schwierigkeiten durchgeführt und damit der Bundestagung ein würdiger Verhandlungsrahmen an der schönen Mainstadt gegeben werden. Vor dem Bahnhof entbot die Stadt Würzburg durch eine Ehrenpforte allen zur Bundestagung eintreffenden Teilnehmer herzliches Willkommen. Verschiedentlich grüßten in den Straßen der Stadt Fahnen die Teilnehmer, und da am gleichen Tage die ehemaligen Angehörigen des 18. bayerischen Infanterie-Regiments ihre Wiedersehensfeier in Würzburg hielten, so prangten auch die Würzburger Straßenbahnen in Fähnchenschmuck. Schon im Laufe des Samstag vormittag trafen aus dem Reich die offiziellen Landes- und Ortsgruppenvertreter ein. Mit besonderer Freude durfte diesmal der Bund der Saar-Vereine Vertreter aus dem Saargebiet in erfreulich großer Zahl begrüßen So entwickelte sich bereits im Laufe des Samstag vormittag im Standquartier der Bundesteilung, dem „Russischen Hof", ein geschäftiges Treiben, bis im Laufe des Nachmittags der größte Teil der Delegationen und Ehrengäste in Würzburg eingetroffen war.

Am Abend des 13. fand in den Schrannen-Sälen ein

Begrüßungskommers

statt. Für diesen Abend hatte sich das Orchester und der Sängerchor des Würzburger Sängervereins in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt. Das Orchester leitete unter seinem Dirigenten Robert Hennecke den Abend mit der Ouvertüre zur Oper „Oberon" und der Phantasie aus der Oper „Lohengrin" ein. Die Begrüßung der Erschienenen, die den Saal bis zum letzten Plätzchen füllten, übernahm der Bundesvorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Andres. In seiner Ansprache ging er auch auf Zweck und Ziel der Arbeit des Bundes ein. Er kennzeichnete diese wie folgt:

Die Erfassung der überall im Deutschen Reich zerstreuten Landsleute von der Saar mit allen denen, die ein besonderes Interesse an unserer schönen Saarheimat haben, in örtlichen Saarvereinen und die Zusammenfassung dieser Ortsvereine im Bund der Saarvereine ist eins der Mittel, mit denen die Geschäftsstelle Saarverein ihren Zweck zu erreichen bestrebt ist. Dieser Zweck ist allein die Befreiung der Saar aus der Fremdherrschaft. Wir sind im Saarverein nicht so vermessen zu glauben, daß unsere Tätigkeit allein hinreichen könnte, dieses hohe Ziel zu erreichen: wir wissen, daß ohne den deutschen Willen der Brüder und Schwestern an der Saar, ohne eine starke und einsichtige politische und wirtschaftliche Führung dort an der Saar, ohne den festen Entschluß der Reichsregierung und der Landesregierungen, das Saargebiet zurückzuführen unter die deutsche, die preußische und bayerische Regierung, und ohne die Einsicht und Kraft der Staatsmänner, alles was diesem Zwecke dient zu erkennen und zu benutzen, das Ziel nicht erreicht werden kann und wenn wir uns noch so große Mühe geben. Wir wissen aber auch, daß unsere freie Vereinsarbeit ein unentbehrliches Glied in der Kette der Mittel, das gemeinsame Ziel zu erreichen, ist, und wir beanspruchen die Anerkennung bei unseren Kampfgenossen an der Saar und in den Regierungen, daß dem so ist. — Meine Damen und Herren, die Saarfrage ist, wenn man die Fülle der Beschwerden, die aus der Saar herübertönen, zu erfassen versucht, verwirrend. Wir wollen uns aber nicht verwirren lassen. Wir wollen uns immer erinnern, daß es eine Kardinalbeschwerde gibt, die die Ursache aller kleinen Neben- und Seiten-Beschwerden ist: das ist das verletzte Selbstbestimmungsrecht. Wir müssen diese Kardinalbeschwerde immer wieder herausheben aus dem Wust der kleineren Beschwerden, damit sie sich in ihnen nicht verliert. — Meine Damen und Herren, beim Waffenstillstand haben die A. u. A. Mächte uns feierlich zugesichert, daß durch den Frieden kein Volk unter eine Regierung gestellt werden solle, die es nicht haben will: das Versprechen ist mit der Saargebietsregelung im V. V. gröblich verletzt worden: man hat das Saargebiet für 15 Jahre unter eine Fremdherrschaft des Völkerbundes gestellt, ohne die Bevölkerung zu befragen, ob sie diese Regierung haben wolle, ja obwohl man wußte, daß die kerndeutsche Bevölkerung unter ihrer alten deutschen, preußischen und bayerischen Regierung bleiben wolle. Alle Rederei, daß die Bevölkerung nach 15 Jahren ja befragt werden solle, oder daß die fremde Regierung im Dienste der wirtschaftlichen Zwecke, die man erreichen wollte, notwendig gewesen sei, hilft über die brutale Vergewaltigung freier Menschen, über die freche Verletzung feierlichster Versprechungen nicht hinweg. Diese Vergewaltigung, meine Damen und Herren, ist Deutschlands, ist der Saar Kardinalbeschwerde und sie müssen wir vor allem immer wieder laut in die Welt schreien. Wir müssen erkennen und die Erkenntnis zum Ausdruck bringen, daß alle anderen Beschwerden, über die Ihnen in diesen Tagen berichtet werden wird, nur Ausstrahlungen, nur Ableger dieser alles überragenden Kardinalbeschwerde sind. Und darum lassen Sie mich auch meine heutigen kurzen Begrüßungsworte schließen mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß es uns gelingen möge, dieser großen Beschwerde Abhilfe zu verschaffen. Das walte Gott!

Sein Hoch auf „unsere heilige deutsche Saarheimat, die frei werden möge aus der Knechtschaft", fand in der Versammlung ein lebhaftes Echo. Die Festversammlung sang hierauf gemeinsam das Deutschlandlied. Nach einem Potpourri „Seid einig" folgte als gemeinschaftliches Lied das „Bundeslied der Saar-Vereine", in Text und Melodie von Friedrich Schön. Nach einigen Orchestervorträgen trug der Chor des Würzburger Sängervereins unter der Chorleitung des Herrn Jean Ruppert die Männerchöre „an das Vaterland" von Max Zenger und das „Wächterlied" von Simon Breu mit ausgezeichnetem Verständnis und guter Stimmen-Wirkung vor.

Das Willkommen der Stadt Würzburg entbot in Vertretung des verhinderten Oberbürgermeisters Dr. Löffler Bürgermeister Zahn. Er erinnerte an das schwere Los, das der Versailler Vertrag dem Saargebiet und seiner Bevölkerung auferlegt hat. Es sei schwer zu bestimmen, wann der Zeitpunkt gekommen sein wird, wo die Saarfrage gelöst wird. Das eine aber stehe heute schon fest: deutsche Treue an der Saar und deutsche Einigkeit haben die Absichten Frankreichs auf deutsches Land heute schon zunichte gemacht. Deshalb verdiene die Bevölkerung, daß man alle Zeit ihrer Treue gedenkt, und ihr Dankbarkeit hierfür bezeugt. Nicht besser könne diesem Dank Ausdruck gegeben werden, als durch das Gelübde, in Einigkeit und Treue ihr nachzueifern. Daß sie dem übrigen deutschen Volk ein so leuchtendes Beispiel deutscher Treue und Einigkeit gegeben hat, dafür verdiene ihr besonderer Dank.

Nachdem der Marsch der „Alte Fritz" von Franz von Blon verklungen war, nahm Verwaltungsdirektor Vogel, Berlin, das Wort, um eine Ansprache auf das Saargebiet zu halten. Er erinnerte in der Einleitung an die Worte, die der Kölner Oberbürgermeister im verflossenen Jahre der 6. Tagung des Bundes der Saar-Vereine als Willkommen der Stadt Köln am heiligen deutschen Rhein entbot:

„Es ist eine Freude und Genugtuung für die ganze deutsche Nation, daß die Bevölkerung des Saargebiets unerschütterlichen Sinnes und ungebeugten Mutes immer wieder mit allem Nachdruck einhellig ihr Deutschtum bekennt. Dies heroische Beispiel eines Volkes, das um seine heiligsten Güter ringt, dessen Leib und Seele ein Teilstück deutschen Seins und Wollens bilden, müßte längst schon die Sachwalter des Völkerbundes zur Einsicht gebracht haben, daß das künstliche Gebilde des Saarstaates ein offenbarer Mißgriff ihrer Politik ist. Ihn zu verbessern sind sie nicht nur ihrem eigenen Ansehen in der Welt und dem Gedanken eines wahren Völkerbundes schuldig, sondern auch dem schuldlos gepeinigten Volke. Vergegenwärtigt man sich die überaus traurige Lage unserer deutschen Stammesbrüder an der Saar, so muß in jedem Deutschen der heiße Wunsch aufsteigen, daß diesem Zustande möglichst bald ein Ende bereitet werde. Gott schütze das deutsche Land und Volk an der Saar!"

Direktor Vogel hob mit Stolz hervor, daß unsere schwerbedrängte Saarheimat sich den Glauben an das deutsche Vaterland erhalten hat. Alle Versuche, das kerndeutsche Saargebiet vom Mutterlande zu trennen, und alle Mittel, die durch die Bestimmungen des Versailler Diktats diesen Zweck erreichen wollten, sind fehlgeschlagen und haben völlig versagt. Trost, Hoffnung und einziges Aktivum in der in Versailles künstlich geschaffenen Saar-

frage sind die deutsche Treue des Saarvolkes, das mit Zähigkeit und einem Bekennermut ohnegleichen trotz aller Versuchungen und aller Verlockungen, trotz aller Gefahren und Bedrückungen am Vaterlande treu festgehalten hat. In beispielloser Selbstverleugnung, in unbegrenztem Opfersinn hat das Saarvolk über acht Jahre hindurch alles ertragen, was um des Vaterlandes willen ertragen werden mußte, alles abgewehrt, was es der Heimat hätte entfremden können. Mit Herz und Hand bereit, die schweren, durch das Versailler Diktat ihm auferlegten Friedensbedingungen zu erfüllen und zur Verständigung grundsätzlich geneigt, hat es nichts getan und wird auch in Zukunft nichts tun und nichts unterlassen, was mit der deutschen Ehre und dem nationalen Gewissen nicht in Einklang zu bringen ist. Unverwandt ist der Blick des Saarvolkes auf das Ziel der Freiheit und der Wiedervereinigung mit dem deutschen Mutterlande gerichtet und, so schwer auch die Zeiten oft gewesen sind, der stolze Gedanke, es gilt unserem heißgeliebten Vaterlande, hat das Saarvolk über alles hinweggeholfen.

Das Saargebiet ist bis auf den heutigen Tag kulturell rein deutsch geblieben. Die Bemühungen von französischer Seite, dem Saargebiet gallischen Ursprung nachzuweisen, sind nicht nur an den geschichtlichen Tatsachen, sondern auch an der kulturellen Grundgestaltung des Landes und der Bevölkerung gescheitert. Obwohl alle diese Tatsachen den Franzosen bekannt waren, ist dennoch in Versailles der Versuch gemacht worden, den deutschen Charakter des Saargebiets zu leugnen und „historische Ansprüche" auf dieses Gebiet geltend zu machen. Die bekannte Saarlüge von den 150 000 Saarfranzosen spielt dabei eine sehr große Rolle, so daß für das Saargebiet schließlich eine Regelung zustande kam, die den politischen Wünschen Frankreichs entsprach.

So ist das Saargebiet als staatsrechtliches Gebilde unter der Verwaltung des Völkerbundes entstanden, wie es in der ganzen Welt nicht wieder zu verzeichnen ist. Während seiner mehr als tausendjährigen Geschichte hat sich das Volk an der Saar immer erfolgreich, zäh und unermüdlich gegen Verwelschungsbestrebungen gewehrt. Die Ehrenblätter der Geschichte des preußischen und bayerischen Saargebiets erzählen uns viel davon, und wie schon vor etwa 120 Jahren das treudeutsche Volk an der Saar seinem Vaterlande die Treue gehalten hat und nicht eher ruhte und rastete, bis das Saargebiet, welches infolge der französischen Revolution wieder einmal das Opfer französischer Raubgier geworden war, mit dem Mutterlande wieder vereinigt war, so hat es auch jetzt, nachdem es durch den Versailler Vertrag dasselbe Geschick wieder zu erleiden gehabt hat, diese Treue zum Deutschtum, zum Vaterland gehalten.

Wie vor 120 Jahren, so fanden sich im Dezember 1918, unter der Führung unseres unvergeßlichen Theodor Meyer, als bekannt wurde, daß die Zukunft des Saargebiets auf dem Spiele stünde, treudeutsche Männer zusammen, um in einer Kundgebung an den Präsidenten Wilson auf Grund ihrer deutschen Abstammung, Geschichte, deutschen Sprache und deutschen Gesinnung zu erklären, daß man an der Saar auch jetzt in der Zeit des tiefsten Unglücks mit den deutschen Brüdern und Schwestern unter allen Umständen weiter vereint bleiben möge. Präsident Wilson und alle, die einen Frieden der Gerechtigkeit und Versöhnung herbeiführen wollten, wurden in dieser Kundgebung gebeten, nicht zu dulden, daß das Saargebiet von Deutschland losgerissen werde. Dieses unentwegte zähe Festhalten am Deutschtum, am Vaterlande ist der Wahl- und Kampfspruch an der Saar in all den unvergeßlichen, schweren Jahren bis auf den heutigen Tag geblieben. Keine Hoffnungen auf Vorteile, keine Gunst oder Ungunst des französischen Machthabers hat diese heilige Flamme ersticken können, obwohl man diese deutsche Treue mit allen möglichen Mitteln und mit allen nur denkbaren Schikanen zu erschüttern suchte.

Dieser Geist, diese Liebe und diese Gesinnung hat die Saarfrage entschieden. Diese vaterländische Gesinnung finden wir aber in der ganzen Geschichte des Saargebiets. Der Redner gab kurz einige Beispiele aus der länger als 1000 Jahre zurückreichenden deutschen Geschichte des Saargebiets und schilderte dann die zeitgemäße Haltung der Saarländer in jenen schweren Augusttagen des Jahres 1870 bei der Schlacht von Spichern, an die Opferfreudigkeit der gesamten Bevölkerung. Er erinnerte an die hehren und erhebenden Erinnerungsfeiern der Augusttage 1870. Diesen vaterländischen Geist finden wir während des großen Weltkrieges überall in zähem Durchhalten und Ausharren. Er kam dann auf die Zeit nach dem Waffenstillstand zu sprechen. Große Hoffnungen wegen der Loslösung des Saargebiets vom Deutschen Reich waren ja gerade auf die Saararbeiterschaft gesetzt worden. Alle diesbezüglichen Berechnungen der Franzosen sind aber gerade durch sie zuschanden gemacht worden, so daß heute kein vernünftig denkender Franzose mehr an eine Angliederung des Saargebiets an Frankreich glaubt. Die durch die Haltung der Arbeiterschaft erzwungene Aufgabe politischer Hoffnungen hat aber für diese die größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie wir aus den neuesten Zeitungsberichten wissen, mit sich gebracht. Der Beginn der deutsch-französischen Verständigungspolitik im Jahre 1924 bildete die Verschärfung der wirtschaftlichen Ausbeutung des Saargebiets. Was in dieser Beziehung im Saargebiet eingetreten ist, ist ein wirtschaftliches Trauerspiel, wie man es nie für möglich gehalten hätte.

Der Vaterlandsliebe und -treue des Volkes an der Saar macht es in der Tat Ehre, daß alle geschickten und ungeschickten Manöver der Franzosen, Land und Volk für sich zu gewinnen, in jeder Beziehung nicht nur gescheitert sind, sondern gerade die entgegengesetzte Wirkung gehabt haben. Mit Stolz hat jeder einzelne Saarländer von der ersten Stunde der Besetzung ab verkündet: Es ist unser Land, es ist das Land deutscher Kultur und deutscher Sprache, das Land unserer Seelen, das Land unserer Väter und Kinder, das Land unserer Toten, der Toten, die 1870 als erste ihr Leben gelassen haben zur Abwehr französischer Raubgier, und diese toten Helden im Ehrental und auf dem Spicherer Schlachtfelde haben uns immer eine eindringliche Mahnung zugerufen, niemals zu vergessen der Stunde, da sie den Saarboden verteidigten und ihr Leben dafür einsetzten.

Gar vieles hat sich in dieser Beziehung im Saargebiet ereignet, worüber mit Stolz in der deutschen Presse berichtet werden konnte. Erinnert sei nur an das Ergebnis der ersten Wahl zum Landesrat, die dem französischen Abgeordneten Dariac zu einer Eingabe an den Ministerpräsidenten Veranlassung gaben, in welcher er letzterem Vorwürfe machte, daß er die Abstimmung überhaupt zugegeben habe, da sie für Frankreich eine große Enttäuschung gewesen und Frankreich dadurch auf einen Hieb geschlagen worden sei. Das Ergebnis dieser Wahl ist in der Tat auch die beste Widerlegung der Clemenceauschen Lüge von den 150 000 Saarfranzosen.

Der Redner erinnert weiter an die mustergültige Haltung der politischen Parteien des Saargebiets, an das mutige Eintreten der katholischen und evangelischen Geistlichkeit für das Deutschtum an der Saar und an die vorbildliche Haltung des unvergeßlichen verstorbenen Bischofs Dr. Korum-Trier und seines Nachfolgers, des Bischofs Dr. Bornewasser. Mustergültig war auch die Haltung der christlichen und der freien Gewerkschaften in allen wichtigen deutschen Fragen, das Eintreten der gesamten Presse für saardeutsche Interessen und die Haltung und aufopfernde Tätigkeit der Mitglieder des Landesrats und all der vielen Führer der einzelnen politischen Parteien des Saargebiets, die sich in geradezu aufopfernder Weise seit Jahr und Tag für das Deutschtum einsetzen.

Die beste Antwort, die das Saarvolk auf die Frage, wohin sein Herz schlage, gegeben hat, ist im Sommer 1925 gelegentlich der im Saargebiet veranstalteten rheinischen Jahrtausendfeiern erfolgt, deren Ergebnis als ein 100prozentiges Bekenntnis der Treue zum deutschen Volk und zum deutschen Vaterland gelten darf. Nach dem Kriege ist wohl selten ein solches Treuebekenntnis von einem unterdrückten deutschen Volksstamm zum Ausdruck gekommen. Alle Standesunterschiede, alle politischen Streitpunkte waren verwischt, die Bevölkerung stand wie ein Mann, um zu erklären: „Wir wollen dem Himmel, der sich über dem deutschen Saarland wölbt, geloben, daß wir dereinst mit reinem Herzen dastehen wollen, wenn der herbeigesehnte Tag der Entscheidung naht." Es ist ein stolzes Wort, das am Volkstrauertag 1926 Pfarrer Reichard im Saarbrücker Ehrental aussprach, ein stolzes, aber auch ein wahres Wort: „Es wird ein Ehrentitel des Saarlandes bleiben, daß die Menschen, die im Saartal wohnen, die hier in ihrer Heimatscholle verankert sind, mit ihren Seelen, mit ihren tiefsten Wurzeln ihres Familienlebens und ihres Volkstums, daß diese Menschen eher sterben würden, als ihrem Vaterlande die Treue brechen."

Das letzte Jahrhundert der Geschichte des Saargebiets wird von drei Geschichtsdaten umspannt, die auf den Ton einer einzigen Willenserklärung gestimmt sind. Die Eingabe um die Wiedervereinigung vom 11. 7. 1815, das

Treuebekenntnis vom 3. 4. 1866 und die eingangs erwähnte Eingabe an Wilson vom Dezember 1918. „Wir sind Deutsche nach Abstammung, Geschichte, Sprache und Gesinnung, wir wollen auch jetzt in der Zeit des tiefen Unglücks mit unseren Brüdern und Schwestern vereint bleiben." Dieser historische Dreiklang hat seinen Widerhall und seine Bestätigung in den verflossenen acht Jahren nicht zehnmal, sondern mehr als hundertmal gefunden. Durch das schwere Schicksal Deutschlands sind unsere Brüder und Schwestern an der Saar zu einem großen Dienste an unserem lieben deutschen Vaterlande berufen worden, den sie von der ersten Stunde der Besetzung an in vorbildlicher Weise geleistet haben. Was wir an der Saar in all dieser Zeit an erhebenden Beispielen im Kampfe um die Deutscherhaltung dieses kerndeutschen Gebietes erlebt haben, muß jeden Deutschen mit Stolz erfüllen, das ist das Symbol für die höchsten Tugenden, die ein Volk auszeichnen und einen Staat erhalten können: Treue und Eintracht. Das, was das Saarvolk getreu seinem Wahlspruch bisher in brüderlicher Solidarität getan hat, muß ihm seines stillen, großen Ruhmes wegen einen Ehrenplatz in den dankbaren Herzen des ganzen deutschen Volkes sichern.

Noch rast der Kampf, ein wüster Schrei
Des welschen Hahnes heiser Kräh'n!
Doch auf der alten Westbastei
Die heil'gen deutschen Fahnen weh'n.
Sie grüßt das übervolle Herz,
Und keiner ist's, der je vergißt:
Heimat, Heimat, deinen Schmerz,
Und daß du ewig unser bist!

Hell leuchtet heut durch deutsches Leid
Dein Ringen gegen fremdes Joch;
So dunkel und so schwer die Zeit,
Die Treu ist dein, und du siegst doch!
Sie grüßt das übervolle Herz,
Und keiner ist's, der je vergißt:
Heimat, Heimat, deinen Schmerz,
Und daß du ewig unser bist!

Mit einem stürmisch aufgenommenem Hoch auf das deutsche Saargebiet schloß Verwaltungsdirektor Vogel seine Ausführungen, worauf nach der Melodie „Deutschland, Deutschland über alles", gemeinsam das Saarlied gesungen wurde.

Es folgten dann im Laufe des Abends noch Begrüßungsworte vom Vorsitzenden der Niederfränkischen Handwerkskammer, Gewerberat Brückner, des Vertreters des deutschen Industrie- und Handelstages und der Industrie- und Handelskammer Würzburg, Kommerzienrat Volk, der seinen Wunsch dahin zusammenfaßte, daß der Tag bald kommen möge, wo die Zusammenarbeit zwischen Saargebiet und Süddeutschland wie vor dem Kriege wieder möglich sein wird. Als Vertreter des Kreistages von Unterfranken überbrachte dessen Präsident, Kommerzienrat Schmitt die Grüße, wobei er hervorhob, daß es eine geistige Erfrischung und eine Erholung sei, den erhebenden Worten vaterländischen Empfindens und deutscher Treue zu lauschen, wie man sie hier aus dem Munde der Saarvertreter vernehmen könne. Er gab den Vertretern aus dem Saargebiet die Gewißheit, „unsere Hilfe, unsere Liebe und unsere Hochachtung wird euer Begleiter sein".

Als Vertreter des pfälzischen Teiles des Saargebiets überbrachte Adjunkt Spieß aus Homburg Grüße an die Tagung des Bundes der Saar-Vereine. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß, komme was kommen mag, die Saarpfalz wie der übrige Teil des in Versailles vom deutschen Vaterland abgetrennten Saargebiets treu zum deutschen Vaterland, zu Bayern und zum Reich stehen werde. Von besonderem Eindruck waren die Grüße, die als Vertreterin der Saarlandsfrauen Frau Gretel Michels, aus Neunkirchen an das Mutterland überbrachte. Als deutsche Frau und Mutter empfänden die Saarlandsfrauen nicht minder den fremden Druck, nicht minder das Nichtverstehen unserer leidenden Brüder und Schwestern von Seiten der fremden Nation als die Männerwelt selbst. An der Mutter liege es, in dem Kinde dem Vaterlande ein starkes Geschlecht heranzubilden, es schon verstehen lehren, daß unsere gegenwärtige politische Lage nur eine vorübergehende ist, es hinzuweisen auf des Vaterlandes Heldengrößen, auf seine Dichter und Denker und so schon in dem Kinde das Heimweh nach dem Vaterlande wachzurufen und stets zu schüren.

„Zurück zum lieben Vaterland, heim ins liebe Vaterhaus ist unser heißester Wunsch. Möge bald der Tag anbrechen, an dem wir Saarkinder unserm lieben Mutterlande, unsern lieben Stammesbrüdern und -Schwestern, mit denen uns gleiche Kultur, gleiches Schicksal und gleiches Erbe verbindet entgegenjauchzen können: Wir sind wieder daheim!"

Ferner brachten Grüße Kurt Kraemer als Vertreter der deutschen Saarjugend. Auch dessen Worte enthielten das Gelübde, daß trotz aller Versuche der Gegenseite die Jugend an der Saar nur ein Verlangen kennt, dem deutschen Vaterland ohne jegliche Schranken wieder ganz zu gehören. Den Dank an die deutsche Frau richtete Chefarzt Dr. Schulz-Saarbrücken aus, während Pfarrer Reichard den Dank an die gastfreie und weinfrohe Stadt Würzburg abstattete. Schließlich überbrachte noch ein Vertreter der Kriegsbeschädigten die Grüße an das Saargebiet im allgemeinen und an die Kriegsbeschädigten des Saargebiets im besonderen. Nach einem Marsch und einem gemeinschaftlichen Lied folgte dann die Ballade „Friedrich Rotbart" für Männerchor und Orchester. In feinem Verständnis für das Thema, in künstlerischem Zusammenspiel von Chor und Orchester kam das Tonwerk mit Wucht und Kraft zum Vortrag. Wohlverdient war der Beifall, den die Versammlung freudig dem Würzburger Sängerverein für seine Darbietungen darbrachte. Mit einigen schneidigen Märschen klang dieser in jeder Beziehung wohlgelungene Begrüßungsabend aus.

Die Arbeitssitzung im großen Rathaussaal.

Schon am zeitigen Vormittag rief die Tagesordnung die Teilnehmer wieder zur Arbeit, nachdem um 8 Uhr für beide Konfessionen Gelegenheit gegeben war, an den Gottesdiensten in der Seminarkirche bzw. in der Stephanskirche teilzunehmen. Pünktlich um 9 Uhr begann im großen Sitzungssaal des Rathauses die Mitglieder- und Vertreterversammlung. Die Anwesenheitsliste ergab die Anwesenheit von 120 Teilnehmern. Nach kurzer Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden Oberlandesgerichtsrat Andres, der die Verhandlungen auch leitete, gedachte dieser des vor kurzem verstorbenen verdienstvollen Vorsitzenden der Zentrumspartei des Saargebiets, des Sanitätsrats Dr. Jordans, Saarbrücken, der immer in der vordersten Reihe der Kämpfer um die deutsche Sache an der Saar gestanden habe. Zur Ehrung seines Andenkens erhob sich die Versammlung von den Sitzen. Oberlandesgerichtsrat Andres hob dann hervor, daß der Bund die besondere Ehre habe, eine Reihe von führenden Persönlichkeiten aus dem Saargebiet in seiner Mitte begrüßen zu können.

Hierauf erstattete Verwaltungsdirektor Theodor Vogel den

Bericht über die Tätigkeit des Bundes der Saarvereine im Jahre 1926

und anschließend daran den Kassenbericht. Er gab einen kurzen Abriß über die im verflossenen Jahre geleistete Aufklärungsarbeit durch Wort und Schrift, wobei er in warmen Worten jener Männer gedachte, die in selbstloser Arbeit sich um die Saarsache verdient gemacht haben.

Von besonderem Interesse waren die Ausführungen Theodor Vogels über die politische Seite des Tätigkeitsgebietes des Bundes. Dieser Teil des Berichts, der im vorigen Jahre die weltpolitischen Gefahren der Saarfragen aufzeigte, unterstreicht diese auch heute noch nicht beseitigten Gefahren und fordert angesichts der verschlechterten außenpolitischen Gesamtlage dazu auf,

im Saarkampf nicht zu erlahmen.

Das abgelaufene Berichtsjahr hat in der Saarfrage keine Besserung, eher eine Verschlechterung der politischen Lage gebracht. Im Brennpunkt des politischen Kampfes stand die Besatzungsfrage, die nach den Genfer Dezemberbeschlüssen sich in eine „Bahnschutz frage" verwandelt hat. Die Ablösung der französischen Besatzungstruppen durch einen internationalen Bahnschutz ist auf Grund eines Kompromisses im Völkerbundsrat mit Zustimmung des deutschen Vertreters erfolgt. Ein Fortschritt liegt zweifellos darin, daß die französische Besatzung mit eigener von der Saarverwaltung unabhängigen Befehlsgewalt zurückgezogen werden mußte, zugunsten einer zahlenmäßig geringeren sogenannten Bahnschutztruppe, die zu drei Vierteln aus französischem und zu einem Viertel aus englischem und belgischem Ersatz besteht und der Regierungskommission direkt unterstellt ist. Als Nachteil muß die Tatsache festgestellt werden, daß aus der unrechtmäßigen Besatzung eine auch von Deutschland anerkannte, von der Saargebietsbevölkerung aber nach wie vor abgelehnte Schutztruppe geworden ist, die trotz der vorherigen Versicherungen aus Bestandteilen der alliierten Rheinarmeen besteht. Wie sehr die Skepsis der Saar-

gebietsbevölkerung der Bahnschutztruppe gegenüber berechtigt war, zeigen bereits die wenigen Wochen des Bestehens dieser Bahnschutzwache mit einer ganzen Reihe von Zwischenfällen, Anmaßungen und Anforderungen an die örtlichen Gemeindeverwaltungen. Die größte Ueberraschung bildet die Zubilligung der Exterritorialität an die Angehörigen der Bahnschutztruppe auf Grund eines Beschlusses der Regierungskommission vor der Amtsübernahme durch den jetzigen Präsidenten Wilton.

Auch die Frage der französischen Schulen ist im Laufe des letzten Jahres wieder mehr in den politischen Vordergrund gerückt. Diese Tatsache hängt zweifellos damit zusammen, daß durch den wirtschaftlichen Niedergang mit verminderter Arbeitsgelegenheit weite Kreise der arbeitenden Bevölkerung aus wirtschaftlicher Not und Sorge gegen den wirtschaftspolitischen Druck der französischen Unternehmer widerstandsschwächer geworden sind. Zwar ist die Saarregierung auf Grund eines Beschlusses des Völkerbundes gezwungen, gegen jeden moralischen und wirtschaftlichen Druck der französischen Grubenverwaltung einzuschreiten, sofern er den Besuch der französischen Schulen durch deutsche Kinder zum Ziele hat. Von dieser Verpflichtung glaubt sich die Saarregierung in allen Fällen frei, wo ihr offiziell davon nichts gemeldet wird. Die betreffenden Eltern sehen aber in den meisten Fällen deshalb von einer Beschwerde ab, weil sie die sofortige Brotlosmachung der Beschwerdeführer zur Folge haben würde.

Große politische Sorge hegt man im Saargebiet wegen der Folgerungen, die sich aus dem unberechtigten Kohlenabbau lothringischer Gruben unter Mißachtung der Saargrenze aus saarländischen Kohlenfeldern politisch ergeben müssen. Allgemein ist die Befürchtung, daß Frankreich die durch unterirdische Förderstollen geschaffene Verbindung zwischen lothringischem und saarländischem Kohlengebiet bei der Liquidierung der Saarfrage benutzen werde, um diese beiden Kohlenwirtschaftsgebiete als zusammenhängende Wirtschaftseinheit zu erklären und das in Frage kommende deutsche Kohlengebiet für Frankreich zu fordern. Man erwartet im Saargebiet allgemein, daß, wie es der preußische Handelsminister Dr. Schreiber am 3. 5. d. J. im Preußischen Landtag getan hat, auch die deutsche Reichsregierung öffentlich und offiziell gegen diesen unberechtigten mit politischen Nebenabsichten durchgeführten französischen Kohlenraub Stellung nimmt.

Zu dieser offensichtlichen Verschlechterung der politischen Lage im Saargebiet kommt noch die weitere ungünstige Entwicklung der der wirtschaftlichen Verhältnisse an der Saar. Der allgemeine Lohnabbau, der auf den Druck der französischen Saargrubenverwaltung zurückzuführen ist, hat nicht nur die Lebensgrundlage der erwerbstätigen Schichten des Saargebiets um ein Bedeutendes herabgedrückt, er hat auch auf die ganze wirtschaftliche Lage an der Saar äußerst hemmend eingewirkt. Das Sinken der Kaufkraft des Lohnes der Arbeiterschaft hat einen allgemeinen Rückgang des wirtschaftlichen Lebens zur Folge gehabt. Die Verelendung in weiten Kreisen der minderentlohnten Bevölkerung, insbesondere der Bergarbeiter (Feierschichten), in den Kreisen der kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden hat in erschreckendem Maße zugenommen. Die allgemeine Verschuldung ist gestiegen, die noch dadurch drückender wird, als die Aussichten für die wirtschaftliche Zukunft des Saargebiets bei den noch unklaren politischen Verhältnissen vorläufig gänzlich ungewiß sind. Besonders trostlos sind die Verhältnisse in den Kreisen der Alters-, Arbeits- und Kriegspensionäre und Rentenbezieher, deren Bezüge nur einen Bruchteil derjenigen betragen, die im Reiche gezahlt werden. Dabei ist es besonders betrüblich, feststellen zu müssen, daß die Saarregierung auch in diesem ihren Auftrag in besonderem Maße berührenden Punkte restlos versagt. Während sie wie bisher, jederzeit bereit ist, für die Frankreich an der Saar eingeräumten Vertrags- und herausgenommenen Rechte einzutreten, hat sie bisher noch jeden ernsten Willen vermissen lassen, gemäß der Instruktion des Völkerbundsrates für die Regierungskommission vom 13. 2. 1920 Ziffer 3 zu handeln, „keine anderen Aufgaben und Interessen als das Wohlergehen der Bevölkerung des Saarbeckengebietes" zu haben.

Angesichts dieser ganzen außerordentlich trostlosen Lage des Saargebiets auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet erhebt sich an der Saar immer mehr und eindringlicher die Forderung an den Völkerbund, auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse und des Locarno-Paktes in eine Beratung über die sofortige Liquidierung der Saarfrage einzutreten. Das Verlangen des Saargebietes, sobald wie mölich zum Deutschen Reiche, zu Preußen und Bayern zurückzukehren, wird immer eindringlicher laut. Da aber Frankreich unter dem neuen Poincaré-Kurs offenbar nicht geneigt ist, entsprechend dieser Forderung mit Deutschland in Verhandlungen über die baldige endgültige Lösung der Saarfrage einzutreten, ergibt sich für das ganze deutsche Volk die ernste Mahnung, im Saarkampf nicht müde zu werden, sondern mehr noch als bisher Aufklärung über die Verhältnisse im Saargebiet zu schaffen und damit den Kampf des Saargebiets um Recht und Freiheit wirkungsvoll zu unterstützen.

Den Bericht über

die weitere Entwicklung der Vereinsarbeiten

erstattete der Vorsitzende des Bundes, Oberlandesgerichtsrat Andres. Er ging von dem aus, was er bei dem Kommers am Vortage über die Arbeiten des Bundes gesagt hatte. Der alleinige Zweck dieser Arbeit sei die Befreiung der Saar aus der Fremdherrschaft in vertrauensvoller Fühlung mit den Kräften, die zu dem gleichen Ziele an der Saar, in Deutschland, in der Welt am Werke sind. Diesem Zweck, so führte er aus, muß sich alles in unserem Vereinsleben, in unserem Vereinswirken unterordnen. Eine Betätigung, die diesen Zweck nicht fördert, hat mit unserer eVreinsarbeit nichts zu tun, eine Betätigung, die diesen Zweck stört und gefährdet, ist schädlich und muß bekämpft werden: wenn Sie sich, meine Damen und Herren, dies immer vor Augen halten, dann werden sich eine Reihe von Fragen, die sich bei der Durchführung der Vereinsarbeit ergeben, leicht lösen: Sie werden nicht Gefahr laufen etwa aus gekränkter Eitelkeit oder verletztem Vereinsstolz etwas zu tun oder zu unterlassen, was der Sache schadet; Sie werden nicht Gefahr laufen, zu einer Vereinigung gemeinsamer Biertrinker oder Tänzer herabzusinken. Sie werden keine gesellschaftlichen, keine parteipolitischen, keine konfessionellen Unterschiede machen; Sie werden sich hüten, Gegensätze, die unser inneres deutsches politisches Leben durchtoben, hinüberzutragen auf den heiligen Freiheitskampf der Saar. Eine ganze Reihe weiterer Fragen, meine Damen und Herren, wird sich nicht so leicht lösen lassen, weil die Meinungen geteilt sein werden, ob im Einzelfalle eine Betätigung den Zweck fördert oder nicht. Meine Damen und Herren, wenden Sie sich in solchen Zweifelsfragen an den Bund, an die Geschäftsstelle, die die reichsten Erfahrungen, den besten Ueberblick über das Ganze und die nächste Fühlung nach allen Seiten hat und die ja auch dazu da ist, die Einheitlichkeit der Vereinstätigkeit zu sichern. — Lassen Sie sich, meine Damen und Herren, auch bei der Beurteilung der Mittel, die uns zu unserem Ziele führen können, nicht verwirren. Es gibt natürlich im großen und ganzen gesehen, eine große Fülle von Mitteln und Gelegenheiten, die Befreiung der Saar zu fördern. Aber nicht jedes dieser Mittel kann unsere Sache sein. In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister. Wir wollen nicht den politischen und wirtschaftlichen Führern des Deutschtums an der Saar hereinreden und dazwischenreden, wir wollen auch nicht unseren Staatsmännern und Diplomaten hineinfahren in ihre Gewebe. Unter den vielerlei Mitteln und Gelegenheiten die Befreiung der Saar zu fördern, gibt es ein Kardinalmittel, wie es unter den vielerlei Beschwerden eine Kardinalbeschwerde gibt. Das Kardinalmittel, meine Damen und Herren, ist die Erhaltung des deutschen Willens an der Saar, die Festigung des Gefühls der Zusammengehörigkeit, die Stärkung des Bekennermutes an der Saar. Dieser deutsche Wille ist der Wall, der sich den feindlichen Gelüsten entgegenstellt und wenn er so rein und fest bleibt, wie er bisher war, wie er sich gezeigt hat bei allen großen Kundgebungen an der Saar, bei den Wahlen zum Landesrat, bei den Entschließungen des Landesrats, bei den Denkschriften der Parteien, bei den Abordnungen zum Völkerbund, bei der Jahrtausendfeier, in der Presse und bei vielen anderen Gelegenheiten, die alle aufzuführen zu weit führen würde, dann, meine Damen und Herren, ist die Saar gerettet. Und hier bei diesem Kardinalmittel, meine Damen und Herren, liegt unsere Vereinsarbeit: wir müssen durch unsere Vereinstätigkeit helfen, den deutschen Willen an der Saar zu erhalten, indem wir das Verständnis und das Interesse für die Saar und die Saarfrage überall erwecken und wachhalten, indem wir die Beziehungen der Saar zum deutschen Vaterland pflegen und schützen: dadurch stärken wir den deutschen Willen an der Saar, das Gefühl der Zusammengehörigkeit, den Bekennermut und damit festigen wir den Wall, der sich den feindlichen Gelüsten entgegentürmt.

Die satzungsgemäß ausscheidenden Beisitzer des Bundesvorstandes, und zwar die Herren:

Chefchemiker Schlegel-Hindenburg (Oberschl.), Oberregierungsrat Dr. Stegner-Stettin, Kaufmann Weil-Pasing bei München, Kunstmaler Johannes-München, Gewerkschaftssekretär Rauber-Bardenberg b. Aachen, Bergrat Willert-Hannover, wurden einstimmig durch Zuruf wiedergewählt, des-

gleichen die Rechnungsprüfer für das Jahr 1927, und zwar die Herren: Direktor Schäfer, Rechtsanwalt Leibl und Direktor Dietz-Berlin.

Unter den eingegangenen Anträgen verdient der der Ortsgruppe Duisburg besonders hervorgehoben zu werden, der ersucht, „erneut bei der Reichseisenbahngesellschaft Berlin vorstellig zu werden, um die Einlegung von Feriensonderzügen, wenn nicht von Berlin aus, so doch zum mindesten vom Ruhrgebiet aus nach Saarbrücken zu erwirken und begründen unsern Antrag damit, daß auf diese Weise der arbeitenden Industriebevölkerung, die hier aus dem Saargebiet zugezogen ist, Gelegenheit gegeben wird, in den schönen, gesunden, landwirtschaftlichen Heimatgegenden des Saargebiets zum mindesten einmal im Jahre Erholung zu finden."

Der Antrag wurde einstimmig angenommen und die Geschäftsstelle „Saarverein" mit der Weiterführung der Angelegenheit betraut.

Ein weiterer Antrag des Redakteurs Karl Ollmert, Frankfurt a. M., weist auf die bedeutungsvolle vaterländische Aufklärungsarbeit des Bundes der Saarvereine hin, die die Bevölkerung des Saargebiets und die deutschen Regierungsstellen in dem Bestreben, das Saargebiet deutsch zu erhalten und bald wieder mit dem Reiche vereinigt zu sehen, ganz wesentlich unterstütze. Die Entschließung fordert von der Reichsregierung und von den Regierungen in Preußen und Bayern eine entsprechende Beachtung dieser Aufklärungsarbeit u. a. mit dem Hinweis darauf, daß die Verhältnisse an der Saar es erfordern, daß die Arbeit des Bundes umfangreicher wird, als sie bisher war. Sie stellt als Auffassung der Versammlung fest, daß es eine wichtige Aufgabe der Reichs- und Staatsbehörden ist, Bestrebungen, wie sie der Bund der Saarvereine verfolgt, tatkräftig zu unterstützen. Auch diese Entschließung fand einmütige Unterstützung.

Ernennung von Ehrenmitgliedern des Bundes der Saar-Vereine.

Der Vorsitzende Oberlandesgerichtsrat Andres stellte schließlich im Auftrage des Vorstandes des Bundes den Antrag, drei Personen dadurch zu ehren, daß die Versammlung sie zu Ehrenmitgliedern des Bundes der Saarvereine ernenne. Zur Begründung wies er darauf hin, daß die Tätigkeit des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein" nicht leicht gewesen sei, besonders nicht gegenüber der Haltung, die große Teile der Saargebietsbevölkerung zunächst der Vereinsarbeit gegenüber eingenommen hätten. Wenn man diese Erscheinung großzügig betrachte, werde man darüber nicht nervös und man verstehe, daß man sich sogar über diese Einstellung in gewissem Sinne freuen müsse, da sie aus dem Gefühl heraus komme: wir sind so fest deutsch, daß wir keinen Saarverein brauchen. Aber die Entwicklung der gesamten Tätigkeit des Saarvereins habe gezeigt, daß er doch ein unentbehrliches Glied in der Kette der Mittel sei, die zur Befreiung des Saargebiets führen könne. Dies erkannt zu haben von der ersten Stunde an und mit uns in vertrauensvoller Tätigkeit gearbeitet zu haben, sei vor allen Dingen das Verdienst von drei Männern, die er für die Ehrung vorschlagen möchte, nämlich Chefredakteur Albert Zühlke-Saarbrücken, Pfarrer Dr. Schlich-Saarbrücken und Pfarrer Becker-Neunkirchen. Dieser Antrag rief in der Versammlung begeisterte Zustimmung hervor, so daß der Vorsitzende einstimmige Ernennung der drei genannten Herren zu Ehrenmitgliedern des Bundes der Saarvereine feststellen konnte, und denselben gleichzeitig noch einmal für ihre Tätigkeit in der Saarvereinssache herzlichen Dank aussprach.

Chefredakteur Albert Zühlke-Saarbrücken gab seinem Dank für die ihm gewordene Ehrung Ausdruck. Er sei von dieser Ehrung überrascht und gestatte sich dankbaren Herzens nur einige wenige Worte zu sprechen: Als er gestern bei einem Gang durch die Straßen Würzburgs die wunderbaren Kunstdenkmäler erblickt habe, sei ihm weh zumute geworden, denn auch im Saargebiet hätten wir kunstsinnige Fürsten gehabt, aber die Revolution 1793 habe alles weggefegt. Es sei ihm bei seinem Rundgange zumute gewesen, als wenn er einem Lande entronnen wäre, über dem schwere Gewitterwolken ruhen, so daß man nach frischer Luft suche. Alles das habe man in der liebenswürdigen Bevölkerung Würzburgs gefunden. Das sei der Quell, an dem man wieder gesunden und frischen Muts an die Arbeit gehen könnte. Er frage sich, warum man ihn geehrt habe, denn was er getan habe, habe er nicht anders tun können. Man könne ja gar nicht anders, wenn man die Not sehe, die im Saargebiet herrscht. Bei der Einweihung des 174er Denkmals habe am verflossenen Sonntag Major Schönberger gesagt: „Eins, Kameraden, tut mir bitter weh, daß man in Deutschland so wenig weiß von eurer Not und eurem Kampf. Ich will alles tun, um euch zu helfen!" Darum sei jeder gezwungen, zur Feder zu greifen oder zum Wort und hinauszurufen, was dem Saargebiet nottut. Auf das Volk an der Saar könne man stolz sein. Es habe festgestanden seit Jahrhunderten und es bleibe auch in Zukunft fest und treu. Aber eins dürfe man nicht vergessen: wenn von unten aus dem Tal Saarbrückens die Kirchenglocken heraufklingen nach dem Reppersberg, dann habe er oft das Gefühl, als wenn ihm ein Geist zurufe: „Bis hierher hat der Herr geholfen." Aber dann packe ihn wieder die Wut: „Laß sie holen, was sie wollen, laß sie rauben, was sie wollen, unser Herz, das kriegen sie nicht!"

Die Versammlung dankte Herrn Zühlke für seine tiefergreifenden Worte.

Auch Pfarrer Becker, der die Ehrung als unverdient bezeichnete, sprach dafür seinen Dank aus.

Die Frage des Ortes für die Bundestagung 1928 fand auf Vorschlag des Verwaltungsdirektors Vogel dadurch ihre Erledigung, daß der Vorstand ermächtigt wurde, Ort und Zeit für die nächste Tagung im Einverständnis mit den in Frage kommenden Ortsgruppen zu bestimmen. Maßgebend bei der Auswahl des nächstliegenden Tagungsortes soll sein, daß die Bundestagung mit anderen Veranstaltungen überparteilicher Art zusammenfällt, wodurch die Möglichkeit gegeben ist, daß man in engere Fühlung mit weiteren Volkskreisen des ganzen Reiches kommt. Die Versammlung sah in diesem Vorschlag eine begrüßenswerte Möglichkeit, den Gedanken von der notwendigen Unterstützung des Kampfes um die Befreiung des Saargebiets in weiteste Volksschichten zu tragen.

Es folgte dann der wichtigste Teil der Tagesordnung der Vertretersitzung, die

Aussprache über die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage des Saargebiets.

An erster Stelle stand das Referat des

Präsidenten des Landesrats Scheuer-St. Ingbert

über

„Die Volksvertretung des Saargebiets".

Aus seinen Ausführungen geben wir das Folgende wieder:

Ihr sehr verehrter Vorsitzender hat in den Begleitworten, die er der Einladung zu der heurigen Tagung mit auf den Weg gab, bei Skizzierung der Verhältnisse, wie sie der Versailler Vertrag im Saargebiet geschaffen hat, vor allem darauf hingewiesen, daß der Bevölkerung des Gebietes kein mitbestimmender Anteil an Gesetzgebung und Verwaltung eingeräumt ist. Damit ist ein Punkt berührt, der in einem modernen Staatswesen die Grundlage der gesamten Verwaltung sein sollte, und als der Rat der Vier in Versailles zusammensaß und über die vorübergehende Loslösung des Saargebiets vom Deutschen Reiche, seinem Mutterlande, einig war, da schien man auch in diesem Rat der Vier ein Gefühl hierfür gehabt zu haben. Dafür sprechen die §§ 23 und 25 des Saarstatuts, die besagen, daß etwa notwendige Aenderungen der am 11. November 1918 in Kraft gewesenen Gesetze und Verordnungen nach Anhörung der gewählten Vertreter der Einwohner beschlossen und ausgeführt werden sollen, und daß insbesondere ohne vorherige Befragung der gewählten Vertreter der Einwohner keine neue Abgabe außer Zollabgaben erhoben werden darf. Dazu kommt noch, daß nach § 4 des Saarstatuts durch den Erwerb der Gruben durch den französischen Staat „in keiner Weise die Rechte auf Alters- und Invalidenrenten berührt werden, die das Personal der Gruben und ihrer Nebenanlagen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages erworben hat oder zu erwerben im Begriffe war", daß nach § 12 die Rechte der Arbeiter bestehen bleiben wie sie am 11. November 1918 bestanden, daß nach § 28 „die Einwohner ihre örtlichen Versammlungen, ihre religiösen Freiheiten, ihre Schule und ihre Sprache behalten". Das las sich damals für jeden Gutgläubigen auf den ersten Blick gar nicht so übel, und es gab damals, hüben und drüben, Leute, die angesichts der Erschütterungen, die damals durch das Deutsche Reich und das deutsche Volk gingen, der Meinung waren, daß sich unter einem solchen Regime schließlich besser und geordneter leben lasse als im übrigen Reich. Leider gibt es auch heute noch im Saargebiet viele, die von der Volksvertretung mehr erwarten als sie auf Grund der bestehenden Verhältnisse zu leisten vermag, und wenn dem so ist, dann ist es auch erklärlich, daß außerhalb des Gebietes über diese Dinge nicht jene Klarheit herrscht um sie

tig zu sehen. Die Lösung der Saarfrage kann aber nur gefördert werden bei Beachtung der nun einmal gegebenen Verhältnisse und ihrer klugen Ausnutzung in deutschem Interesse. Aus diesem Grunde sei es mir gestattet, die Aussprache über die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage des Saargebietes mit einigen Ausführungen über die Frage zu eröffnen, wie es im Saargebiet mit der so wichtigen Sache eines Volkes, seinem Anteil an Gesetzgebung und Verwaltung, kurz gesagt, wie es im Saargebiet mit der Volksvertretung und den Rechten derselben steht.

Die einschlägigen Bestimmungen des Saarstatuts habe ich bereits angeführt und auch darauf hingewiesen, daß diese Bestimmungen nach dem ersten Eindruck der Bevölkerung ein gewisses Maß von Mitbestimmung einräumen. Anders die Praxis. Die erste Enttäuschung erlebte die Bevölkerung des Saargebiets, als sie alsbald nach dem Inkrafttreten des Saarstatuts und dem Einzug der Regierungskommission sehen mußte, daß diese die Kreis- und Bezirkstage als „die gewählten Vertreter der Einwohner" ansah und diesen die Aenderungsentwürfe unterbreitete. Nicht als ob gegen die Kreis- und Bezirkstage in der Bevölkerung ein Mißtrauen bestanden hätte. Diese Gremien waren von der Bevölkerung gewählt, standen zu ihr, hatten ihr Vertrauen, das sie damals und bis heute vollauf rechtfertigten. Allein worauf es ankommt ist ein anderes. Die Bevölkerung des Saargebietes durfte aus ganz allgemeinen und naturgemäßen Gründen und auch auf Grund der ersten Lesart des Saarstatuts der Meinung sein, daß für die Anhörung der Vertreter der Bevölkerung eine Körperschaft gewählt werde, wie sie etwa der Reichstag, ein Landtag oder auch die französische Kammer darstellt. Daß das nicht geschah, sondern an Stelle einer solchen Körperschaft die Bezirks- und Kreistage traten, das war nicht nur hinsichtlich der gehegten Erwartungen eine Enttäuschung, sondern es stellten sich auch bald die Schattenseiten eines solchen Verfahrens gegenüber der Bevölkerung heraus. Das Saargebiet zählt acht Kreise, von denen naturgemäß jeder für sich und nach seinem Bedarf seine Beratungen pflegt. Die Interessen der Kreise können, je nach der Struktur derselben ganz verschiedene sein. Dementsprechend auch die Ansicht zu den jeweils für das ganze Gebiet geplanten Gesetzen und Gesetzesänderungen. Nach Lage der Dinge im Saargebiet aber kann demselben und seiner Bevölkerung nur ein möglichst einheitlicher, geschlossener Wille helfen. Diese Einheitlichkeit in der Willensäußerung der Bevölkerung bzw. ihrer Vertretung gegenüber dem Vorhaben der Regierungskommission ist geradezu unmöglich, wenn die einzelnen Kreise, getrennt nach Zeit und Raum, zu den Vorlagen der Regierung Stellung nehmen sollen. Dieser ersten Enttäuschung folgt sehr rasch die zweite. Trotz der gekennzeichneten Erschwerung der notwendigen einheitlichen Willenskundgebung der Volksvertreter hatte die gegenseitige Fühlungnahme der einzelnen Kreise auf dem Wege über die politischen Parteien doch eine gemeinsame Stellungnahme aller Kreise ermöglicht. Um so bestimmter war deshalb die Erwartung, daß diese einheitliche Stellungnahme der Volksvertreter nun auch für die Regierungs-Kommission richtunggebend für die endgültigen Gesetze sein werde. Diese Erwartung erfüllte sich nicht. Zur größten Ueberraschung legte die Regierungskommission die Bestimmungen des Saarstatuts dahin aus, daß sie in den näher bezeichneten Fragen wohl verpflichtet sei, die Vertreter der Einwohner zu hören, aber dann nach freiem Ermessen, nur dem Völkerbund verantwortlich, zu entscheiden habe. Selbst der Berichterstatter des Völkerbundsrates, der damalige chinesische Gesandte in London, Wellington Koo, erklärte in der Sitzung des Rates vom 26. März 1922, daß die bisherige Art der Befragung der gewählten Vertreter der Bevölkerung sich als nicht geeignet erwiesen hat, erklärte aber in gleichem Atemzuge, daß es für die Regierungskommission unzulässig wäre, entgegen dem Friedensvertrage ein saarländisches Parlament zu errichten, dem die Regierungskommission verantwortlich sei und welches die vom Völkerbundsrat ernannte Kommission hindern könnte, ihr Amt zu versehen. Also etwas mußte geschehen. Etwas, das nach außen eine halbwegs befriedigende Antwort auf das unausgesetzte Verlangen der Saargebietsbevölkerung nach einer zeitgemäßen „Volksvertretung" sein sollte, jedoch ohne die von Verantwortung gegenüber der Bevölkerung nicht beschwerten Rechte der Regierungskommission zu schmälern. Und so erließ denn die Regierungskommission im März 1922 eine Verordnung betreffend die Errichtung 1. eines Landesrates, 2. eines Studienausschusses. Der letztgenante besteht aus acht Mitgliedern, die sämtlich von der Regierung ernannt sind und fachmänische Gutachten zu den Regierungsvorlagen abgeben sollen. Der Studienausschuß tagt unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, und man hat seit seiner Errichtung kaum noch etwas von ihm gehört. Dagegen rief die Verordnung über den Landesrat begreiflicherweise das größte Interesse hervor. In der Einleitung war die Rede von der Absicht der Regierungskommission, „ein enges und ständiges Zusammenarbeiten mit der Bevölkerung zu gewährleisten", es war auch die Verpflichtung der Regierungskommission unterstrichen, vor jeder Aenderung der bestehenden Gesetze und Verordnungen oder vor Erhebung von neuen Abgaben (außer Zollabgaben), die gewählten Vertreter der Bevölkerung zu hören. Allein was in den dann folgenden 10 Artikeln gesagt ist, das konnte nach den bisherigen Erfahrungen unmöglich als eine Erfüllung der gestellten demokratischen Forderungen erachtet werden. Der einzige Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand bestand lediglich darin, daß die Vorlagen der Regierung nunmehr einer einzigen Körperschaft zugingen, statt wie bisher an die einzelnen Kreise. Es war dadurch eher eine einmütige Stellungnahme der Volksvertreter möglich als bisher. Aber in dem wichtigsten Punkte, daß die Vorschläge und Ratschläge der Volksvertreter nicht nur gehört, sondern auch beachtet und berücksichtigt werden, in diesem Punkte brachte die Verordnung keinerlei Zusage. Ausdrücklich wurden die Befugnisse des Landesrates dahin umgrenzt, „bei Vermeidung der Nichtigkeit nur über diejenigen Gegenstände zu beraten, die ihm von der Regierung überwiesen werden. Insbesondere, heißt es ferner ausdrücklich, sind alle Verhandlungen, Anträge und Entschließungen unwirksam, die unmittelbar oder mittelbar den durch den Friedensvertrag von Versailles oder den durch die nachfolgenden Verordnungen der Regierungskommission im Saargebiet geschaffenen Rechtszustand betreffen. Das aktive Wahlrecht wurde nur solchen Einwohnern des Gebietes zuerkannt, welche die „Saareinwohnerschaft" besitzen, und das passive Wahlrecht wurde gar auf solche Saareinwohner beschränkt, die im Saargebiet geboren sind. Damit waren Männer, die seit Jahrzehnten segensreich im Saargebiet gewirkt und bei der ganzen Bevölkerung in höchstem Ansehen standen, überhaupt nicht wählbar. Ich erinnere beispielsweise an den erst kürzlich verstorbenen hochverdienten Führer des Saarzentrums, Sanitätsrat Dr. Jordans, dem das Saargebiet zur zweiten Heimat geworden, der aber, weil vor fast sechs Jahrzehnten außerhalb des Gebietes geboren, nicht wählbar für den Landesrat war.

Der erste Eindruck dieser Verordnung, betreffend die Errichtung eines Landesrates, ging im Saargebiet allenthalben dahin, angesichts der minimalen Befugnisse des Landesrates sich an der ausgeschriebenen Wahl für denselben überhaupt nicht zu beteiligen. Selbstverständlich wurde die tiefe Enttäuschung über die Verordnung in Genf zum Ausdruck gebracht. Aber Genf ist manchmal sehr weit vom Saargebiet, und China ist noch weiter. Beglückwünschte doch der Chinese Koo und mit ihm der ganze Völkerbundsrat die Regierungskommission im allgemeinen und ihren Präsidenten Rault im besonderen „zu dem glücklichen, von der Regierung selbständig unternommenen Schritt". (!) Diese amtliche Stellungnahme der Völkerbundsratsmitglieder hinderte einzelne derselben aber doch nicht, in persönlicher Rücksprache mit der saarländischen Delegation auch einer Ansicht Ausdruck zu geben, die sich etwas anders anhörte und dahin ging: „Wir haben euch den Landesrat gegeben als eine Tribüne, von welcher aus ihr euch mit euren Wünschen und Klagen an die Welt wenden könnt. Nun benützt vorerst diese Tribüne, und wenn sie sich als zu eng und zu klein erweisen sollte, dann kann man ja wieder darüber sprechen." Zu diesem Troste kam die zur Genüge gemachte Erfahrung, daß bei den Verhältnissen im Saargebiet nichts verkehrter wäre als eine Alles-oder-nichts-Politik, und so entschieden sich denn die Parteien trotz aller Enttäuschungen über die Landesrats-Verordnung zur Beteiligung an der Wahl für den Landesrat. Dieselbe fand am 25. Juni statt und bereits auf den 1. Juli wurde die erste Sitzung einberufen. Zu derselben erließ die Regierungskommission eine Botschaft an die Mitglieder des Landesrates und ließ dieselbe sowohl am Vormittag bei der Vorstellung der Landesratsmitglieder wie auch am Nachmittag in der ersten öffentlichen Sitzung zur Verlesung bringen. Nach einigen einleitenden Worten erklärt es die Regierungskommission in dieser Botschaft für ihre Pflicht, „klar und offen zum Ausdruck zu bringen, auf welcher Grundlage ein nützliches Zusammenarbeiten zwischen ihr und dem Landesrat beruhen muß." Dann wurde ausdrücklich gesagt, daß der Landesrat nur zu beraten, und zwar nur solche Fragen zu beraten hat, welche ihm die Regierung vorlegt. Die Regierungskommission sprach ferner die Zuversicht aus, daß die Mitglieder des Landesrates sich auf den Boden der Verhältnisse stellen, womit das Einverständnis mit dem Standpunkt der Regierungskommission

gemeint war. Aber schon die erste Sitzung des Landesrates zeigte, daß die Dinge so nicht gehen können. Nachdem die Mitglieder des Landesrates die Botschaft wiederholt hörten, hatten sie das Bedürfnis, nun auch etwas zu derselben zu sagen. Das war aber sowohl nach dem Wortlaut der Landesratsverordnung wie nach der eben gehörten Botschaft unmöglich. Bestand der Landesrat auf seinem Willen zu der Botschaft eine Erklärung abzugeben, dann mußte es gleich in der ersten Sitzung zu einer gewissen Entscheidung kommen. Und es kam zu dieser Entscheidung. Die Parteien blieben fest und erklärten, nicht eher in die eigentlichen Beratungen einzutreten bis ihnen Gelegenheit geboten sei, ihrerseits zu der Botschaft der Regierungskommission Stellung zu nehmen. Schließlich gab die Regierungskommission ihr Einverständnis zur Abgabe einer Erklärung mit der Einschränkung, daß ihr Entgegenkommen nicht als ein Präzedenzfall für die Zukunft angesehen werden dürfe. In der Reihenfolge ihrer Stärke nahmen dann die einzelnen Fraktionen das Wort. Sie stellten voran die Bereitwilligkeit, mit der Regierungskomission zum Wohle der Saarbevölkerung zusammenzuarbeiten, vorausgesetzt, daß die Regierungskommission die ihr vom Völkerbund vorgezeichnete Aufgabe in streng loyaler Weise erfüllt: „weder eine andere Pflicht noch ein anderes Interesse als die Wohlfahrt des Saargebietes zu kennen". Dann kamen all die Forderungen zum Ausdruck, welche die Bevölkerung in kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht seit Bestehen des Völkerbundsregimes im Saargebiet immer wieder erhoben hat und die seit Erlaß der Landesrats-Verordnung immer wieder erneut erhoben wurden: eine Volksvertretung mit Mitbestimmungsrecht an Gesetzgebung und Verwaltung, das Recht der Interpellation, der Beschwerde, der Initiativanträge und die Unverletzlichkeit der Abgeordneten, Festlegung der Tagesordnung im Einverständnis mit dem Landesrat, Wahl des Präsidenten durch den Landesrat, schärfster Einspruch gegen die Bestimmung, daß nur im Saargebiet geborene Deutsche wählbar zum Landesrat sind.

Diese Forderungen hat der Landesrat inzwischen bis heute immer wieder erhoben, ohne daß auf dem Wege der Verordnung bis heute diesen Forderungen stattgegeben wurde. Geändert wurde lediglich das Wahlsystem, das bei der ersten Wahl 1922 das gebundene Listensystem vorsah, an dessen Stelle dann bei der zweiten Wahl entgegen dem Willen der Parteien das System der freien Listen trat.

Nach den bestehenden Gesetzen und Bestimmungen ist deshalb der Landesrat des Saargebietes weit davon entfernt, eine Körperschaft zu sein, die auch nur in etwas mit einem Parlament nach deutschen Begriffen zu vergleichen wäre. Es gibt einen Gesichtspunkt, von dem aus gesehen diese Tatsache verteidigt werden könnte, und zwar von der Erwägung ausgehend, daß das Saargebiet ja kein selbständiger Staat ist, sondern einstweilen immer noch ein Teil des Deutschen Reiches, der nur deshalb der Oberhoheit der Reichs- und Länderregierungen entzogen wurde, „um die Rechte und das Wohl der Bevölkerung zu sichern und Frankreich volle Freiheit bei der Ausbeutung der Gruben zu verbürgen", wie Artikel 46 des Vertrages von Versailles besagt. Es wäre an und für sich möglich, zu sagen, daß es nicht notwendig sei, für ein Gebiet, das nur vorübergehend seiner bisherigen Staatshoheit entzogen ist, eine Volksvertretung zu schaffen wie sie für ein selbständiges Staatswesen eine Selbstverständlichkeit ist. Aber diese Ansicht kann man nicht vertreten ohne gleichzeitig auf die Frage eine Antwort geben zu müssen, wie es denn für jene Zeit, während welcher das fragliche Gebiet seiner heimatlichen Staatshoheit entzogen und einer Fremdherrschaft unterstellt ist, wie es während dieser Zeit in diesem Gebiet mit der Mitbestmung der Bevölkerung an seiner Verwaltung aussieht, wie es damit insbesondere von dem Gesichtspunkt aus gesehen aussieht, daß Demokratie und Selbstbestimmungsrecht der Völker in allen Friedensverträgen als die Grundlagen im Leben der Nationen und Völker bezeichnet werden, und daß, wenn diese Begriffe eine sinn- und wahrhaftsgemäße Auslegung erfahren sollen, auch ein Teil eines Volkes, und wenn er nur vorübergehend von seinem Mutterlande getrennt ist, denn doch auf seine Verwaltung und Gesetzgebung einen in weitestem Maße mitbestimmenden wenn nicht gar beherrschenden Einfluß besitzen muß. Und da zeigt sich denn der dargelegte und vom Gesichtspunkt der Demokratie und des so viel gepriesenen Selbstbestimmungsrecht der Völker unhaltbare Zustand, daß der Bevölkerung des Saargebietes in keiner Weise ein mitbestimmender Anteil an Gesetzgebung und Verwaltung zusteht. Der Landesrat als die Volksvertretung des Saargebietes kann keine Gesetze beschließen. Er hat nicht den geringsten Einfluß auf den Haushalt. Die Regierungskommission ist in keiner Weise gehalten, auf die Aeußerungen des Landesrates einzugehen. Das einzige Recht des Landesrates besteht darin, zu den Vorlagen, die ihm die Regierung vorlegt, ein Gutachten abzugeben. An dieses Gutachten ist die Regierung in keiner Weise gebunden. Sie kann trotz einstimmigen Gutachtens des Landesrates das direkte Gegenteil des Gutachtens des Landesrates als Gesetz erlassen was in der Praxis auch schon oft genug vorgekommen ist. Rechenschaft ist die Regierungskommission in keiner Weise der Bevölkerung gegenüber, sondern nur dem Völkerbundsrat schuldig, und dieser hat es bis heute strikte abgelehnt, Beschwerden und Vorstellungen der Saargebietsbevölkerung auf anderem Wege entgegenzunehmen als auf dem Wege über die Regierungskommission.

So steht es im Saargebiet mit der Mitwirkung der Bevölkerung an seiner Verwaltung. Es ist auch außerhalb des Saargebietes sehr notwendig, diese Dinge zu sehen wie sie in Wahrheit sind um von der Arbeit des Landesrates ein zuverlässiges Bild zu bekommen.

Sie werden fragen, was denn die Bevölkerung und die Parteien im Saargebiet gegenüber dieser ihrer Ausschaltung von der Verwaltung tun. Ich habe schon angeführt, welche prinzipellen Forderungen in dieser Hinsicht die Bevölkerung und die Parteien fortgesetzt stellen. Wenn auch diesen Forderungen nicht durch entsprechende Gesetzesänderungen Rechnung getragen wurde, so dürfen die Parteien des Landesrates als Erfolg ihres fortgesetzten Bemühens in der Richtung der Erweiterung der Rechte des Landesrates doch den Erfolg verbuchen, daß sich dank der zielbewußten Arbeit des Landesrates im Laufe der Zeit doch manches gebessert hat. Der Landesrat nimmt nach Gutdünken Stellung zu der gesamten politischen und wirtschaftlichen Lage, wie zu Einzelfragen. Er stellt an die Regierung Anfragen und die Regierungskommission erteilt durch ihren Staatskommissar Antwort auf diese Fragen. Der Landesrat stellt, wenn es ihm notwendig erscheint, Antrag auf mündliche Besprechung mit der Regierungskommission, und diese gibt den Anträgen auf Besprechung statt. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß insoweit die Regierungskommission in den letzten Jahren mehr Entgegenkommen zeigte, als die erste Sitzung des Landesrates seinerzeit erwarten ließ. Allein damit kommen wir dem Punkt, auf den es ankommt, keinen Schritt näher: dem mitbestimmenden Anteil an Verwaltung und Gesetzgebung. Der Regierungskommission kann man es schließlich nicht einmal so sehr verübeln, wenn sie von der Machtfülle, mit welcher sie der Völkerbundsrat ausgestattet hat, nichts preisgeben will. Sie tut sich jedenfalls auch leichter, wenn sie nur dem Völkerbundsrat gegenüber verantwortlich ist, zumal dieser Völkerbundsrat ja so weit weg ist und die meisten Delegierten, die dort in Genf über das Wohl und Wehe der Saargebietsbevölkerung zu bestimmen haben, das Saargebiet gar nicht kennen. Aus diesem Grunde auch immer die Wallfahrten der politischen Parteien nach Genf. Es sind weniger Einzelfragen, welche die Parteien in Genf vorwärts zu treiben suchen, sondern sie arbeiten dort auf die Lösung des Gesamtproblems hin, auf die baldmöglichste Beseitigung des jetzigen Zustandes und baldige Rückkehr des Saargebietes zu seinem deutschen Muterlande. Diese Forderung war es auch, welche die Vertreter aller Parteien dem neuen Präsidenten der Regierungskommission dieser Tage zu seinem Amtsantritt klar und bestimmt zum Ausdruck gebracht haben. Daß die Verhältnisse auf anderen Gebieten nur zu dem gleichen Schluß berechtigen und dazu zwingen, das werden die nachfolgenden Referate dartun. Eine wirtschaftliche Not mag noch so schwer und so drückend sein: sie wird sich schließlich ertragen und meistern lassen von einem Volke, das politisch frei ist und über sein Geschick entscheiden kann. Aber die Dinge werden unerträglich, wenn dem Volke die Möglichkeit genommen ist, sich durch ihm gutdünkende Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen selbst zu helfen. Deshalb ist von allen Forderungen der Bevölkerung des Saargebietes wohl die wichtigste, daß man ihr eine Volksvertretung gibt, die man den Begriffen Demokratie und Selbstbestimmung in Einklang zu bringen ist. Es geht einfach nicht an, eine Bevölkerung von einem so hohen kulturellen Stand und einer Intelligenz und einem Fleiße wie die Saargebietsbevölkerung derart von der Mitbestimmung an seiner Verwaltung auszuschließen, wie dies der Fall ist. Die Erfahrungen der letzten Jahre berechtigen kaum zu der Hoffnung, daß das Saarstatut in dem einen oder anderen Teil zugunsten einer demokratischen Verwaltung des Saargebietes geändert wird. Um so dringlicher erhebt deshalb die Bevölkerung die Forderung nach einer endgültigen Lösung des ganzen Problems, die nur in der Rückkehr des Saargebietes zum Reiche bestehen kann. Das Saargebiet hat nie verlangt, daß das Reich in der Saarfrage ein-

Politik betreiben soll, die nicht den Gesamt-Interessen des Reiches entspricht. Aber wir dürfen doch wohl hoffen und bitten, daß man bei den übrigen Notwendigkeiten auch die Dringlichkeit der Lösung der Saarfrage nicht übersieht. Dem Saarverein sagen wir Dank für all das, was er bis heute im Interesse der Aufklärung über das Saargebiet und der Förderung der Lösung des Saarproblems getan hat, und wir bitten die Brüder und Schwestern in allen deutschen Gauen dem Saargebiet ihre Liebe und Treue auch in der Zukunft zu bewahren. Das Bewußtsein, daß alle Deutsche mit uns einig sind, wird uns ermutigen, im Saargebiet selber auszuharren, deutsche Sitte, deutsche Art, die Liebe zum Vaterland zu pflegen und zu hegen und so dem Tage entgegenzuarbeiten, der uns wieder zurückführt in unser geliebtes deutsches Vaterland!

Die Ausführungen des Präsidenten Schauer fanden in der Versammlung allgemeine Aufmerksamkeit und zum Schluß stärksten Beifall.

An zweiter Stelle gab dann Chefarzt Dr. Schulz-Saarbrücken einen kurzen Bericht über

„Die wirtschaftliche und politische Lage an der Saar".

Er führte aus: Der Betrug der Völker, das Diktat von Versailles, die Entente nennt es Friedensvertrag, ist zustande gekommen auf Grund der Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkriege. Die in ihm vollzogene 15jährige Abtrennung des Südwestteiles unseres Rheinlandes — Saargebiet genannt — ist wiederum die Folge einer Lüge Clemenceaus, daß 150 000 Franzosen im Saarland wohnen und auf ihre Befreiung vom deutschen Joch warten. Herr Clemenceau glaubt heute selbst nicht mehr an diesen Schwindel. Die Wahrheit bricht sich langsam Bahn. Die Welt weiß heute schon, daß der größere Teil der Schuld auf seiten unserer ehemaligen Gegner liegt. Aber — und hier auf unserer Saartagung kann es nicht genug betont werden — das deutsche Volk darf nicht rasten und ruhen, bis restlos die Wahrheit gesiegt hat, denn nur auf diesem Wege werden wir unser furchtbares Schicksal bessern. Das deutsche Volk wird mit seinen 60 Millionen Menschen im Herzen von Europa, links und rechts der Elbe wohnend, ist Stützpfeiler des europäischen Gleichgewichtes, des europäischen Friedens. Frei von Revanchegedanken verlangen wir als fleißiges und intelligentes Kulturvolk den uns gebührenden Platz im Rate der Völker. Wir sind das Geschlecht, das aus dem Dunkeln ins Helle strebt, aus dem Dunkel der Nacht, der Unterdrückung der Erniedrigung streben wir mit tiefster Inbrunst dem Lichte entgegen, der Freiheit und Gleichberechtigung. Was für das gesamte deutsche Vaterland gilt, das gilt besonders für das Land an der Saar. Deutsche Frauen und Männer kämpfen nun schon über 7½ Jahre um die heimatliche Scholle. Trotzig und trutzig stehen wir hier an der Westmark, starr allen Lockungen und Versprechungen gegenüber, tapfer entgegen allen Drohungen und Gewalttätigkeiten, haben wir dem schwergeprüften Vaterland die Treue gehalten und halten sie weiter.

Ja, trutzig und trotzig sind wir im Laufe der Zeit geworden. Als wachsames, auf seiner Hut befindlichen Grenzvolk, auch wenn wir bedenken, daß 70 Prozent der gesamten Bevölkerung, Arbeiter, Angestellte und Beamte von französischem Sold leben müssen und hierdurch im gewissen Sinne abhängig sind, so betrachten wir die Treue, die wir dem Vaterland halten, trotzdem als etwas Selbstverständliches. Für uns gilt nur das Wort: „Deutsch sein heißt treu sein". Auch weisen wir es weit von uns, zum Nachteil des geprüften Vaterlandes unser eigenes Los im Saarland erleichtern zu lassen.

Wie sieht es nun wirtschaftlich und politisch aus? Trostlos ist die Wirtschaftslage. Eine Mehrzahl der Bergarbeiter hat nach Abzug der Steuern ein geringeres Einkommen, als bei der Arbeitslosenunterstützung im Reich gezahlt wird. Hinzu kommen die immer mehr eingelegten Preisschichten — im vergangenen Monat waren es 13 —. Unserer Industrie geht es nicht besser. Die Maßnahmen auf dem Rohstoffmarkt, besonders Kohlenmarkt, haben sie erschüttert, die Zollabschnürung erdrosselt sie vollends. Die Saarbevölkerung muß im Verhältnis zu ihrem Einkommen die höchsten Steuern der Welt zahlen. In erster Linie ist hieran der außerordentlich große Verwaltungs- und Beamtenapparat der Saarregierung schuld, während früher, vom bayerischen Teil abgesehen, das ganze Land von einem einzigen Regierungspräsidenten, der seinen Sitz in Trier hatte, mitregiert wurde, haben wir heute fünf Saarminister, wer weiß wie viele Ministerialdirektoren und Räte, ein Oberverwaltungsgerichts- und Verwaltungsausschuß, ein Landesversicherungs- und Oberversicherungsamt, einen obersten Gerichtshof und ein Parlament, das nichts zu melden hat und noch vieles mehr, alles auf Kosten der Bevölkerung. Dies alles für 750 000 Menschen. Eine rücksichtslose Ausbeutepolitik an dem ehemaligen bayerischen und preußischen Bergfiskus wird betrieben, ein Raubbau an Kohlen und Menschen. Demgegenüber die Saargrubenbilanz für das Jahr 1926:

Der Reingewinn betrug im letzten Jahre 112½ Millionen Franken! Wir wollen zugeben, daß das Jahr 1926 das Jahr der Hochkonjunktur war, aber verlangen müssen wir vom französischen Staat, daß er bei diesen gewaltigen Einnahmen eine Stützungsaktion für unsere Arbeiter vornimmt.

Und nun zur politischen Lage: Die Frühlingsblumen des politischen Frühjahres 1926, die auf dem Boden von Locarno gepflanzt wurden, sind in der Blüte erstickt, sie sind verwelkt und verdorrt, die Verständigungspolitik ist ins Stocken geraten, Poincaré regiert wieder. Mehr denn je macht die französische Propaganda sich wieder bei uns bemerkbar. Ich erinnere nur, daß wir statt der Saarbesatzung, die im Diktat von Versailles nicht vorgesehen war, uns ein Bahnschutz jetzt beglückt. Um den Geistesaustausch mit dem Reiche zu verhindern, hat die Regierungs-Kommission die Einreise deutscher Männer zu Vorträgen in unser Vaterland bedeutend erschwert. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die so wertvollen Vorträge der Hochschulkurse und der Besuch der Männer aus Deutschlands großer Zeit — ich denke hier an Scheer und Trotha, die anläßlich der zehnjährigen Wiederkehr der Skagerraktschlacht unter uns weilten — die Ursache sind. — Dicht an der lothringischen Grenze sind große Schachtanlagen gebaut, ganze Häuserkolonien sind erstanden, man will eine Wirtschaftseinheit und eine Abstimmung nach oberschlesischem Vorbild einrichten. In der Regierungs-Kommission haben wir, vom deutschen Mitglied abgesehen, eine fremdländische Vertretung, die dem französischen Einfluß völlig unterliegt. Der alte deutsche Wappenspruch „Gott sei mit uns" hat einen Zusatz erfahren: „Gott mit uns, Regierungs-Kommission gegen uns". Aber trotz allem, mag die wirtschaftliche Not noch so groß und der politische Kampf noch so schwer werden, wir verzagen nicht. Auch mehren sich die Stimmen in den ehemaligen feindlichen Ländern, die für eine Revision des Diktats von Versailles eintreten und für eine baldige Rückgabe des Saarlandes an das Reich sind. — Ich erinnere an den Ausspruch Leon Blums, dem Führer der französischen Sozialdemokratie und weiter an die Rede des französischen sozialdemokratischen Vertreters, der vor einigen Wochen anläßlich der sozialdemokratischen Tagung im Saargebiet weilte. Die beiden stehen auf dem Standpunkt, daß die Klugheit es rät und die Gerechtigkeit es fordert, das Saargebiet zurückzugeben. Mögen hierbei vielleicht parteipolitische Gründe mitsprechen, wertvoll und erfreulich sind aber diese Bekenntnisse. Von besonderer Bedeutung aber ist der Ausspruch des bisherigen Präsidenten der Regierungs-Kommission Stephen, der durch seine 3½jährige Tätigkeit als Minister und Präsident Land und Leute an der Saar genau kennen gelernt hat, den er mir, als Gauvorsitzender der Marinevereine des Saargebietes, gegenüber tat, als wir die im Saarland bevorstehende Ankunft des Kämpen von Ost-Afrika, Lettow-Vorbeck, besprachen:

„Die Saarbevölkerung ist gut patriotisch,
es sind gute Deutsche,
das liegt im Blute, und
was im Blute liegt, kann man nicht herausnehmen, und
das ist gut so!

Ich hoffe und wünsche für die Saarbevölkerung, daß es nicht bis 1935 dauert." — Drei Tage später, am 12. März, wiederholte er dieses Bekenntnis im Völkerbund, indem er wörtlich sagte: „Es handelt sich im Saargebiet um 750 000 Menschen im Herzen des zivilisierten Europas, um eine Bevölkerung, von der ich in 3½ Jahren meiner Regierungstätigkeit feststellen mußte, daß es ein ordnungsliebendes, stolzes und im höchsten Grade patriotisches Volk ist." — Möge die ganze Welt uns an der Saar so kennen lernen und unseren Ruf verstehen:

Wir wollen heim!
Das walte Gott.

Das dritte Referat hielt Frau Studienprofessorin Ravengel, Saarbrücken, über „Die geschichtliche Wahrheit über das Saargebiet". Ihren außerordentlich feinsinnigen und in der Abwehr französischer Geschichtsklitterei, mit beißender Satire durchsetzten Vortrag wer-

den wir in der nächsten Ausgabe des „Saarfreund" zum Abdruck bringen.

„Die französische Schulpolitik im Saargebiet"

behandelte das Ehrenmitglied des Bundes der Saarvereine, Pfarrer Becker, Neunkirchen. Er sprach aus tiefstem Herzen und mik bewegter Seele und zog so die Zuhörer in steigendem Maße in den Bann seiner Worte. Nachdem wir in unserer Festnummer von dem Referenten über das gleiche Thema einen Aufsatz veröffentlicht haben, geben wir aus seinem Würzburger Vortrag nur einen kleinen Niederschlag, der natürlich bei weitem nicht die Wirkung wiedergeben kann, die seine glänzenden Ausführungen im Würzburger Rathaussaal ausströmten. Pfarrer Becker sagte etwa folgendes:

Neben die politische und wirtschaftliche Werbearbeit der Franzosen im Saargebiet tritt als besonderes Agitationsmittel, von dem sie sich viel Erfolg versprechen, die Kulturpropaganda, durch die deutscher Geist möglichst ausgeschaltet und französischer eingeimpft werden soll. In erster Linie soll dazu die Einrichtung französischer Schulen in den Bergmannsgemeinden — und wenn möglich darüber hinaus — dienen. Die nicht nur geheime Absicht, sondern auch der öfter ausgesprochene Zweck ist ein Geschlecht bis zum Jahre der Abstimmung 1935 heranreifen zu lassen, das in der französischen Schule Sympathie für Frankreich bekommen und im entscheidenden Augenblick ihr durch den Stimmzettel Ausdruck geben soll. Alles andere ist nebensächlich. Der reinpolitische Zweck dieser Schulen in den Dienst französischer Annexionspolitik zu stellen. ist und bleibt Hauptsache, die nie aus dem Auge gelassen werden darf, wie nicht bei den Franzosen, so auch nicht bei uns.

Kein Mittel bleibt unversucht, das Ziel zu erreichen. Mit Lock-, Droh- und Druckmitteln aller Art werden die deutschen Bergleute, die auf den früheren preußischen, durch den Versailler Vertrag an Frankreich ausgelieferten Kohlengruben arbeiten, beeinflußt, daß sie ihre Kinder aus der deutschen Volksschule in die Franzosenschulen schicken. Diese als Unterrichtsstätten für die Kinder der französischen Bergbeamten gedacht, sollen also gewissermaßen — entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages — die deutsche Volksschule verdrängen. Wenn das zum Teil in dem Maße gelungen ist, daß von 140 000 deutschen Kindern eine zeitlang 3000 diese Schulen besuchten, so daß in einzelnen Gemeinden ganze deutsche Volksschulklassen eingehen mußten, so lag das nicht an nationaler Unzuverlässigkeit der Bergleute, sondern an dem ungeheuren Druck schlimmster materieller Art, der auf sie von der Grubenverwaltung ausgeübt wurde, und der seine typische Fassung in der Drohung eines Schulleiters an die Kinder fand: „Ich halte das Brot eurer Väter in der Hand!"

Nachdem es gelungen war, die Zahl herabzudrücken, ist sie wieder seit Poincarés neuer Wirksamkeit und infolge der mit ihr eintretenden welschen Propaganda gestiegen. Und es läßt sich nicht sagen. wie hoch die Ziffer werden wird. Darum heißt es: nicht müde werden in der zielbewußten Bekämpfung dieser Schulen, die nicht nur im Vergleich zu den deutschen Leistungen geradezu klägliche Kenntnisse vermitteln, sondern auch die Seelen der Kinder in gefährlichen Zwiespalt und verderbliche Haltlosigkeit bringen. Es geht um die Seelen unserer Kinder, die wir lieben und die wir darum retten wollen aus der Not.

Hilfe von der Regierungskommission zu erhoffen, ist ebenso zwecklos wie in allen anderen Fällen. Es bleibt uns die Eigenhilfe übrig: zu warnen und aufzuklären über die letzten Ziele dieser Franzosenschulen. Darum danken wir allen, die uns bei unserem Kampf um Erhaltung deutscher Art zur Seite stehen, in erster Linie dem Saarverein und hoffen, daß es der Reichsregierung gelingt, die Zeit der Trennung vom Mutterlande abzukürzen in Verbindung mit einer Verkürzung der Besatzungszeit. Erst durch das Heimkehren zum deutschen Vaterland werden wir wie von allen anderen Nöten auch von diesen schweren Seelennöten erlöst sein.

„Die Lage der Sozialrentner im Saargebiet" und die Sozialpolitik an der Saar im allgemeinen,

behandelte Landesratsmitglied Gewerkschaftssekretär Josef Gärtner, Güchenbach. Wir geben daraus folgende Gesichtspunkte wieder:

Der unglückliche Ausgang des Weltkrieges mußte besonders die Bevölkerung des Saargebietes mit banger Sorge erfüllen. Nachdem vier Jahre lang der Kanonendonner bei Tag und Nacht über die Lande dahingerollt, die feindlichen Flieger ununterbrochen Tod und Verderben über die saarländischen Gefilde gespieen hatten, war die bange Frage: Was nun? bei Alt und Jung, bei Arm und Reich wohl zu erklären.

Die Abtrennung des Saargebietes vom deutschen Vaterlande und die sich daraus ergebenden Folgen wurden in Erwägung gezogen; die Vertreter des Handels, der Wirtschaft, die Verwaltungsbehörden, die Schulleiter, die politischen Parteien — kurzum — alle Körperschaften des öffentlichen und privaten Rechts standen vor einem Rätsel, wie es einer Bevölkerung nicht schwieriger gestellt werden kann.

Die Versicherungsträger und besonders die von diesen abhängigen Versicherten wußten, daß eine Besserung, der weitere Ausbau der sozialen Gesetzgebung nur von dem Bahnbrecher auf diesem Gebiet, von der deutschen Sozialversicherung kommen kann. Es war den Versicherten nicht unbekannt geblieben, daß von Westen her eine Reform nicht zu erwarten war.

Die Abtrennung von der deutschen Sozialversicherung wurde vollendet durch eine Regierungsverordnung vom 22. Mai 1923 — Amtsblatt Nr. 13 — nachdem bereits 1921 auf den Saargruben die Löhne in Franken ausgezahlt wurden. Es würde gewiß zu weit führen, wenn ich all' die Aenderungen in bezug auf Beiträge und Leistungen aufzählen wollte, die stets als Flickwerk bezeichnet, die saarländischen Sozialrentner zwang, weiter zu hungern.

Die erste, wenigstens für einzelne Zweige beachtliche Erhöhung der Bezüge bringende Reform trat am 1. August 1926 in Kraft.

Um Ihnen ein Bild zu geben, wie wir im Saargebiet stehen, und um andererseits dem Vorwurf zu entgehen, ich hätte einen tendenziös gefärbten Bericht gegeben, stelle ich kurz die jetzt gültigen Leistungen fest und stelle dann an einigen Beispielen die Leistungen der deutschen Sozialversicherung gegenüber.

Ab 1. August 1926 steht der

Grundlohn in der Krankenversicherung

25,— Franken in der Mindest- und 35,— Franken in der Höchstgrenze. Mehr als 4 Prozent aller Versicherten des Saargebietes gehören dem Saar-Knappschaftsverein an und bei diesem stärksten aller Versicherungsträger ist der niedrigste Satz im Grundlohn gleich 25,— Franken zugleich als Höchstsatz in Geltung. Damit ist gesagt, daß der 40,— und auch 45,— Franken verdienende Kohlenhauer in der 8. Lohnstufe im Krankheitsfall nach einem Grundlohn von 25,— Franken behandelt wird. Der kranke Bergmann erhält zunächst die ersten 3 Tage der Krankfeierzeit und für die Sonn- und Feiertage der ersten 2 Wochen kein Krankengeld. Denken Sie sich den Eintritt der Krankheit am 23. Dezember; die beiden Weihnachtsfeiertage und Neujahr fällt in die Wochentage, dann können Sie sich ausrechnen, was dem Krankfeiernden verloren geht. — Dann wird das Krankengeld mit 50 Prozent des Grundlohnes gleich 2,50 Franken gewährt. Vom Beginn der 5. Woche an wird beim Unfall-Krankenschein 66⅔ Prozent gleich 16,65 Franken. beim einfachen Krankenschein von der 7. Woche an 60 Prozent gleich 15,— Franken vom Grundlohn gewährt, aber auch nur dann, wenn der Verletzte oder der Kranke im Revier behandelt wird. Im Krankenhaus wird grundsätzlich nur 50 Prozent des Grundlohnes als Krankengeld gewährt. — Die Allgemeine Ortskrankenkasse Saarbrücken, wie auch eine Reihe anderer Krankenkassen haben den Saar-Knappschaftsverein in Grundlohn und Krankenkassenleistungen weit überholt. Dort ist der Grundlohn von 35,— Franken in Geltung und es sind Fälle vorgekommen, wo gutbezahlte Dienstmädchen ein höheres Krankengeld bekamen als der schwerarbeitende Bergmann. — Ist der Krankenschein die Folge eines entschädigungspflichtigen Unfalles, so muß sich der Kranke noch eine Aufrechnung des Krankengeldes bis zur halben Höhe der Unfallrente gefallen lassen.

Die Knappschaftspension

ist noch stärker zurückgeblieben. Bei 30 jähriger Dienstzeit beträgt die Pension einschließlich einer laufenden Unterstützung 228,— Franken, bei 40 jähriger Dienstzeit 288,— Franken.

Bei der Ruhrknappschaft beträgt die Pension

Dienstjahren	in Lohnklasse 5	in Lohnklasse 6
bei 30	840,36 Fr.	537,— Fr.
„ 40	88,83 „	99,50 „

Dies entspricht einem Frankenbetrag

Dienstjahren	in Lohnklasse 5	in Lohnklasse 6
bei 30	840,36 Fr.	537,— Fr.
„ 40	532,98 „	597,— „

Den Zahlen im Reich von 480,— Franken stehen den im Saargebiet von 228,— Franken und den Zahlen im Reich von 532,98 stehen den im Saargebiet von 288,— Franken gegenüber

Es wird gewiß kein Mensch — auch kein Franzose annehmen, daß bei dieser Gegenüberstellung die vom Reichs-Knappschaftsverein zu den Saarpensionen gewährten Sonderzulagen zugezählt werden müssen — oder doch?

Die Unfallrente

für nach dem 1. August 1926 festgesetzten Renten wird nach einer Drittelungsgrenze von 9000,— Franken berechnet. Bis zum 1. August galt eine Drittelungsgrenze von 4500,— Franken. Die Alt-Unfallrentner müssen sich noch mit wesentlich geringeren Sätzen begnügen.

Im Reich wird der Lohn voll angerechnet, solange der Lohn 8400,— Mark im Jahr nicht übersteigt. Damit dürfte praktisch die Drittelungsgrenze weggefallen sein, womit die Vollrente den Betrag von ⅔ des wirklichen Jahresarbeitsverdienstes erreicht.

In der

Invalidenversicherung

haben wir an der Saar auch immer noch nicht die Höhe der Reichssätze — und dies alles, weil der Einfluß des französischen Arbeitgebers bei der Aufsichtsbehörde (Oberbergamt und Regierungskommission) ein allmächtiger genannt werden muß. Die Arbeitnehmervertreter stimmen für höhere Beiträge, die französischen Arbeitgebervertreter lehnen sie ab. Sie können ja doch im Saargebiet keine wesentlich höheren Leistungen gewähren, als sie im benachbarten Lothringen haben. Solange der Beitrag auf 5,2 Prozent des Hauerdurchschnittslohnes gesetzlich festliegt, wird die Not der Sozialrentner nicht beseitigt werden.

Neun

Feierschichten im Saarbergbau

seit Mai — in Lothringen nicht nur keine Feierschichten, sondern Ueberschichten — 40 verfahrene Schichten pro Mann monatlich sind keine Seltenheit dort. —

Der Reichs-Knappschaftsverein hat bereits

2,6 Millionen Mark für besondere Zulagen

hergegeben und die französischen Vertreter in den Vorständen haben gegen eine Erhöhung der Reichszulage nichts einzuwenden. Ab 1. August 1926 wurde unter dem Titel: „Aufwertung der mathematischen Reserven" den Knappschaftspensionären eine Sonderzulage gewährt in Höhe der Grundpension und des Grundbetrages der laufenden Unterstützung. —

Jetzt wird der Würzburger Staatsvertrag in Wirksamkeit treten. Ein heilloses Durcheinander wird es geben, weil die Voraussetzung zu einem Gegenseitigkeitsverhältnis — Gleichung zwischen den beiderseitigen Satzungen und Leistungen — doch fehlt. Vergleiche Saar-Knappschaftsverein und Lothringer Knappschaftsvereine.

Abfindung mit dem dreifachen Jahresbetrag.
Aufrechnung der Unfallrente auf die Knappschaftspension. Anerkennung der vor 1908 verlorenen Anwartschaften.

Von den im Saargebiet jährlich zu leistenden Invalidenrenten im Betrag von 28 Millionen übernimmt das Reich 18 Millionen und außerdem wird das Reich die Unfallrenten aufwerten, die vor der Uebernahme der Saargruben durch die Franzosen im Gebiet bestanden. Auch hier wird man bald erkennen, daß die fehlende Gleichung ganz erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringt. Zum Beispiel:

Waisenrente aus der Invalidenversicherung wird im Saargebiet nur bis zum 15. Lebensjahre gewährt, im Reich dagegen bis zum 21. Lebensjahre, wenn das Kind sich in Berufsausbildung befindet oder infolge körperlicher Gebrechen nicht in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Es werden Fälle eintreten, wo das Reich seinen Anteil noch zahlen wird, wogegen die Waise im Saargebiet keine Ansprüche mehr hat.

In allen Versammlungen, in Vereinstagungen, in Gesellschaften, allüberall wird die Zugehörigkeit zu Deutschland als eine unantastbare Selbstverständlichkeit bezeichnet — die Rückkehr zum deutschen Vaterlande wird herbeigesehnt

Wenn sich aber bei den armen Sozialrentnern die Sehnsucht nach der Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich ganz besonders bemerkbar macht, dann ist das gewiß verständlich.

Sie haben erkannt, daß es nur eine deutsche Sozialversicherung gibt und sie freuen sich, daß diese Sozialversicherung auf ihrem deutschen Heimatboden gewachsen ist.

Das Saarvolk ist deutsch und sehnt sich nach der Wiedervereinigung mit dem Vaterlande — und wenn die Rückgliederung kommt, dann wird der Jubel bei den Sozialrentnern am stärksten sein.

Das letzte offizielle Referat hielt hierauf Landesratsmitglied Kratz, Saarbrücken, über das Thema

„Die Grube Karlsbrunn, eine Gefahr für das Saargebiet"
und die Bevorzugung französischer Interessen.

Bei der Wichtigkeit dieses Themas geben wir den Vortrag des Herrn Kratz annähernd im Wortlaut wieder. Er führte aus:

Das Saarstatut ist nach Artikel 46 des Abschnitts 4 Teil 3 des Vertrages von Versailles geschaffen „zur Sicherstellung der Rechte und der Wohlfahrt der Saarbevölkerung und um Frankreich volle Freiheit in der Ausbeutung der Gruben zu verbürgen". Das Ausbeutungsrecht der Saargruben ist also begrenzt durch die an die Spitze gestellte Zweckbestimmung, Rechte und Wohlfahrt der Saarbevölkerung zu sichern.

Noch präziser wird dies ausgedrückt durch das Schreiben der alliierten und assoziierten Mächte vom 16. Januar 1919 an die deutsche Reichsregierung, bestimmt deren Besorgnisse zu zerstreuen und eine Erläuterung der Vertragsbestimmungen zu geben. Es lautet: „Die alliierten und assoziierten Mächte haben aber auch die größte Sorgfalt darauf gelegt, den Bewohnern des Saargebiets selbst jeden materiellen oder moralischen Schaden zu ersparen. Ihre Interessen sind in jeder Hinsicht sorgfältig beachtet worden und ihre Rechtslage wird verbessert werden".

7½ Jahre Saargebiet unter dem Völkerbund, in dem die Granaten der angezogenen Vertragsbestimmung und ihrer Erläuterung den Hauptausschlag geben, brachten der Saarbevölkerung und dem aufmerksamen Beobachter unserer Verhältnisse die unumstößliche Ueberzeugung, daß von diesen Richtlinien und Rechtsgrundlagen für die Verhältnisse im Saargebiet nicht des Geistes Hauch zu spüren war. Vereinzelte Anstrengungen einzelner Mitglieder der Regierungskommission, die als Beauftragte des Völkerbundes im Sinne und Geiste der eingangs angeführten Bestimmungen „zu treuen Händen" das Saargebiet zu verwalten suchten, seien anerkannt. Die Mehrheit der Beauftragten aber hat jeweils diese Bestimmungen so praktiziert, daß in erster Linie und ausschlaggebend die Interessen des französischen Staates, französischer Wirtschaft und französischer Politik maßgebend sind und die Interessen der Saarbevölkerung nur soweit berücksichtigt wurden, als die angeführten französischen Interessen nicht dadurch beeinträchtigt werden. Das praktische Erleben seit Januar 1920 läßt jeden kundigen Saarbewohner diesen Satz unterschreiben.

Die Bevorzugung französischer Interessen auf den verschiedensten Gebieten der Wirtschaft, der Sozialpolitik, der Schule, der öffentlichen Verwaltungen, im Zollwesen, in der Währung, in der Bildung und Entwicklung der Gesetzgebung und teilweise auch der Rechtsprechung, dem Vereins- und Versammlungsrecht, dem Verkehr mit Frankreich gegenüber dem Verkehr mit dem Mutterlande sind Ihnen hinlänglich bekannt.

Zunächst das Steuerabkommen. Auf zwei Punkte sei im Rahmen des Vortrages besonders eingegangen. Während die Anhörung des Landesrats sehr selten praktisch zur Erfüllung seiner wohlberechtigten Wünsche geführt hat, leidet die ganze Saarbevölkerung an dem Umstande, daß die im Saarstatut vorgesehene Befragung des französischen Staates in allen Dingen, die nur entfernt ihn als Inhaber der Saargruben berühren können, zur ausschlaggebenden und maßgebenden Bestimmung wird, sei es in wirtschaftlicher, sozialer oder moralischer Hinsicht. Nur so kann es verstanden werden, daß § 13 des Saarstatuts in dem so oft erwähnten Steuerabkommen eine Auslegung fand, die so recht den Geist kennzeichnet, wie klare Bestimmungen zugunsten Frankreichs umgebogen und ausgelegt werden. Es sollen nach § 13 die Saargruben „im Verhältnis ihres Wertes zu dem gesamtn steuerpflichtigen Vermögen des Saarbeckens" zu dem Haushalt des Saargebiets sowie zu den Gemeindeabgaben herangezogen werden. Die unhaltbare Rechnung, die dem jetzt auf Drängen der Saarbevölkerung und des Landesrats gekündigten Steuerabkommen zugrunde gelegt wurde, enthält zwei grobe Fehler, die für die Ermittlung der steuerlichen Lastenverteilung wohl einzig in der Welt dastehen. Erstens hat man die Vermögen der physischen Personen aus dem Jahre 1913 zugrunde gelegt, also die eingetretene sehr starke Verarmung der Saarbevölkerung überhaupt nicht berücksichtigt zugunsten Frankreichs. Zweitens hat man die menschliche Arbeitskraft im Saargebiet kapitalisiert und mit 838 Millionen Goldmark in die Rechnung zu Lasten des Saargebiets eingesetzt. Man hat also gegenüber dem Sachwert der Saargruben nicht etwa den Sachwert, und zwar den weit überschätzten der Saarbevölkerung, eingesetzt, sondern noch den effektiven Wert der saarländischen Arbeitskraft, der doch eher, falls eingesetzt, auf der anderen Seite hätte erscheinen müssen, da er zum übergroßen Teil an der Rentabilität der französischen

Sachwerte beschäftigt ist. Die Rechnung enthält aber noch einen anderen großen Rechenfehler. Hier wird jeder saarländische Arbeitnehmer mit durchschnittlich 25 000 Franken als kapitalisierte Arbeitskraft eingesetzt, während das Leben eines von französischen Soldaten getöteten saarländischen Arbeits und Familienvaters nur mit 10 800 Franken, also weniger als die Hälfte, vom französischen Kriegsminister bewertet wurde.

Diese Darlegung soll nun die Unmöglichkeit der jetzigen Steuerverteilung zuungunsten der Saarbevölkerung und der deutschen Saarwirtschaft darlegen. Der Steuerdruck ist im Saargebiet bei seiner fortgeschrittenen Verarmung unerträglich geworden. Die Massenkundgebung von Handel, Gewerbe und Handwerkerschaft vor einigen Wochen hat laut und vernehmlich gesprochen. Die Arbeitnehmerschaft ist durchschnittlich so schlecht entlohnt, daß ihre Bezüge nur noch den dürftigsten täglichen Lebensunterhalt decken. Die Nachbesteuerung durch die wegen unzureichender Beteiligung an den steuerlichen Eingängen in großer Finanzmisere befindlichen Gemeinden vermag die Arbeitnehmerschaft nicht zu ertragen. Es ist Treuhänderpflicht der Regierungskommission, im neuen Steuerabkommen die ihr auferlegte Wahrung der Staatsgebietsinteressen im Sinne einer gerechten Verteilung der steuerpflichtigen Lasten Tat werden zu lassen und den § 13 des Saarstatuts endlich nach seinem Wortlaut und Leiste auszuführen.

Die Kohlenausbeutung im saarländischen Warndt.

Eine jedes Rechtsempfinden verletzende Ungeheuerlichkeit in der Bevorzugung französischer Interessen gegen Recht und Gesetz gegen geschriebenes und ungeschriebenes internationales Recht aber stellt die Ausbeutung der Kohlenfelder im Warndt von auf französischem Boden befindlichen Schachtanlagen unter der Landesgrenze hindurch dar. Eine Ausbeutung, die sich zu einer sehr großen Gefahr für das Saargebiet in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Beziehung auswirkt. Darum hat auch die erste Veröffentlichung im Juli 1925 über den Kohlenabbau der Saar-Mosel-Gesellschaft unter der Landesgrenze hindurch und ihre Begleiterscheinungen größtes und berechtigtes Aufsehen erregt. Südlich und links der Saar springt zwischen Saarbrücken etwa und dem Kreise Saarlouis gelegenen Orte Ueberherren ein durchschnittlich 10 Klm. breiter und ebenso tiefer Landstreifen in französisches Gebiet vor, der also von drei Seiten, östlich, westlich und südlich von Frankreich begrenzt wird. Er enthält im Warndtwald den schönsten und reichsten Waldbestand des Saargebiets. Darunter liegt, wie schon langwierige und kostspielige Aufschlußversuche der preußischen Bergverwaltung in Vorkriegszeit ergaben, die wertvollste Kohlenreserve des Saargebiets. Durch den sogenannten Geislautern Hauptsprung von den übrigen Saarbrücker Kohlenvorkommen abgerissen, sind Gebirgs- und Flözverhältnisse weitaus günstiger und reichhaltiger als auf den übrigen preußischen Saargruben. Die preußische Verwaltung hat die Grubenanlage Velsen bei Großrosseln errichtet, die in zunehmender Förderentwicklung bei der Uebergabe stand und noch steht. Auf französischer Seite bauten auf dieser Partie westlich die Grubenanlage Velsen bei Großrosseln errichtet, die in zunehmender Förderentwicklung bei der Uebergabe stand und noch steht. Auf französischer Seite bauten auf dieser Partie westlich die Gruben La Houve, Kreutzwald, südlich die Saarmoselgesellschaft mit mehreren Schachtanlagen wie Peyerimhoff, St. Fontaine, Schacht V und Remaux, östlich die de Wendelsche Grube. Die Saar-Moselgesellschaft ist dann ohne Recht und ohne Pachtvertrag bereits 1922 unter der saarländischen Grenze hindurch zum Abbau saarländischer Kohlenflöze vorgegangen, wie Schacht Remaux überhaupt mit seiner sehr modernen Anlage und neuen großartigen Kolonien bergtechnisch gesehen, in der Hauptsache für die Förderung von Kohlen jenseits der Landesgrenze, also unter deutschsaarländischem Boden bestimmt sein kann. Von 1922 bis 1925 wurden dann etwa 300 000 To. Kohlen unter Landesgrenze hindurch auf französischem Boden zu Tage gefördert. Erst am 10. 5. 1924 wurde durch Pachtvertrag zwischen Saar-Mosel-Gesellschaft und französischem Staat dieser unrechtmäßige Abbau sanktioniert und als Steinkohlenbergwerk Karlsbrunn ein 620 Hektar großes Pachtfeld der Saar-Mosel-Gesellschaft zur Ausbeutung überlassen, welches aber inzwischen schon wieder vergrößert wurde. Neben zwei sehr schönen Fettkohlenflözen von 3 und 2,2 Meter mächtig, ist jetzt auch das 5,8 Meter mächtige Flöz Anna aufgeschlossen und eine Reihe übriger, gegenüber den übrigen saarpreußischen Verhältnissen best ergiebigster Flöze angefahren. Die Förderung beträgt gegenwärtig schon etwa 1300 To. täglich, also 400 000 To. jährlich und wird noch ständig gesteigert. Die Regierungskommission hat diesem sonderbaren Vorgehen ihrerseits die Zustimmung erteilt.

So die trockne Sachlage. Dieser Kohlenraub, wie ihn die Saarbevölkerung allgemein in dem Gefühl der Rechtsverletzung und Rechtsbeugung nennt, ist nach den verschiedensten Gesichtspunkten zu beanstanden. Richtig gesehen, gibt es zwar kein geschriebenes Gesetz, das Frankreich hinderte, die ihm zugesprochene Ausbeutung Privatgesellschaften zu übertragen. Selbstverständliche Voraussetzung jedoch wäre es gewesen, daß die Anlagen zur Gewinnung und Förderung auf saarländischem Boden errichtet wurden. Völkerrechtlich gelten Landesgrenzen und Hoheitsrechte nach der Höhe, so auch nach der ewigen Teufe. Die bundesrechtliche und bergbauliche Gesetzgebung hat für ihre Durchführungsmöglichkeit diesen allgemeinen Rechtsgrundsatz selbstverständlich zur Voraussetzung. Der Verstoß gegen diesen allgemeinen Grundsatz internationalen bergbaulichen Rechtes hat dann auch zu den unglaublichsten Rechtsverdrehungen und Verletzungen geführt, um ihn aufrecht zu erhalten und durchführen zu können. Saarländische Arbeiter, durch das Saarstatut der geltenden Sozialgesetzgebung unterworfen, müssen um saarländische Kohlen zu graben, sich der französischen Gesetzgebung hinsichtlich der Sozialversicherung und knappschaftlichen Versicherung unterwerfen. Die bergpolizeiliche und gesetzliche Verpflichtung für Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft und Wahrnehmung der öffentlichen Interessen hat die Regierungskommission unter Verletzung ihrer Treuhänderpflicht dem französischen Oberbergamt Straßburg übertragen. § 193 und folgende, des preuß. Berggesetzes, die die Beaufsichtigung der Grubenbaue und Maßnahmen bei Unglücksfällen dem zuständigen Bergrevierbeamten gesetzlich auferlegen, sind verletzt, ebenso die Reichsgewerbeordnung. Dem zuständigen Bergrevierbeamten, der bei seinem letzten Jahresbericht zugibt, die Grube Karlsbrunn seines Reviers noch nicht einmal befahren zu haben, ist vor allem die vorbeugende Tätigkeit und Beaufsichtigung völlig unmöglich gemacht. Nur unter Leitung der französischen Bergpolizei darf darf er bei größeren Unglücksfällen die Grube befahren. Es ist aber unzweifelhaft klar, daß auf der saarländischen Grube Karlsbrunn die im Saarbgebiet maßgebenden deutschen gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich des Schutzes und der Sozialversicherung Geltung haben mußten und der Arbeiter einen Rechtsanspruch darauf hat. So ist der saarländische Bergarbeiter, bei dem Abbau saarländischer Kohlen genötigt, sich der noch viel rückständigeren französischen Sozialgesetzgebung zu unterwerfen. So sind seine Interessen und seine Rechtslage gewahrt. Wie aber kommt die Saarregierung dazu, einen derartigen Pachtvertrag zu sanktionieren, der auf 99 Jahre die Kohlenfelder an eine französische Gesellschaft zur Ausbeutung übergibt? Das Saarstatut sieht für den Fall des Rückgangs des Saargebiets ausdrücklich die Rückkaufsmöglichkeit durch das Deutsche Reich vor, und zwar spätestens 1935. Daß in der Abstimmung die Grundlage für das Rückkaufsrecht geschaffen wird, wird wohl kein Mitglied, auch nicht das französische, bezweifeln wollen. Sie konnten daher unter keinen Umständen für den bis 1935 genau begrenzten Zustand gegen die Interessen der Saarbevölkerung Pachtverträge gutheißen und ermöglichen, die auf einen weit über die Dauer ihrer Kompetenz gehende Frist sich erstrecken, oder soll durch derartige Verträge das Rückkaufsrecht Deutschland erschwert oder illusorisch gemacht werden?

Die vitalsten wirtschaftlichen Interessen der Saarbevölkerung hätten der Regierungskommission eine andere Haltung vorschreiben müssen. Zunächst entgeht dem Saargebiet die Steuer für die Kohlen, die unter seinem Boden gefördert werden. Zur Rechtfertigung klammert sich die Regierung an die Bestimmung, daß die Steuer dort abgeführt wird, wo die Kohle zutage gefördert wird, die auch nach deutschem Recht gilt. Aber die selbstverständliche Voraussetzung für diese Rechtsauffassung war von jeher eben, daß die Förderanlagen für bergbauliche Betriebe in dem Lande standen, aus dessen Boden die Schätze gehoben werden. Sonst wäre die Entwicklung in der Rechtsprechung einfach nicht möglich, ein indirekter Beweis also für de rechtliche Unmöglichkeit, im Gebiete, das der deutschen Souveränität unterstellt, von französischer Seite aus Bodenschätze zu heben. Das Saargebiet wird also hier wieder, wie im ersten Teile meines Vortrages zugunsten Frankreichs steuerlich belastet.

Die wirtschaftlichen Bedenken zeigen aber noch eine viel ernstere Seite. Die glänzenden Flöz- und Gebirgsverhältnisse in dem unstrittenen südlichen Teile des saarländischen Kohlenvorkommens ermöglichen einen Abbau, der infolge der günstigen Gewinnungs- und Leistungsmöglichkeiten die Selbstkosten um 1,50—2,00 M. pro Tonne billiger macht, als auf den übrigen

Saargruben. Die vormals preußischen und bayerischen Saargruben stehen wegen scharfer Absatzkrise vor oder inmitten einschneidenster Maßnahmen für die bergbaulichen Abnehmer und für die Saarwirtschaft überhaupt. Lohnabbau, Feierschichten und Entlassungen sind eine beängstigende Signatur der Krise und verursachen eine beispiellose Notlage im Saargebiet, während die lothringischen Gruben ihre Belegschaftsziffer und ihre Förderung ständig vermehren können. Der französische staatliche Arbeitgeber hat also durch die Hergabe der rentabelsten besten Kohlenfelder seine Wettbewerbsfähigkeit selbst zum Teil untergraben zugunsten französischer Privatgesellschaften. So sieht die Wahrnehmung der Interessen der Saarbevölkerung, ihrer Wohlfahrt und Rechte nach der wirtschaftlichen Seite aus.

Ich habe von der großen Gefahr gesprochen, die dieses Uebergreifen der lothringischen Gruben auf saarländische Bodenschätze unter der Landesgrenze durch mit sich gebracht hat und noch bringt. Die geologischen Verhältnisse zeigen für die lothringischen Gruben, deren Fortsetzung nach dem Süden durch den südlichen Hauptsprung abgeschnitten wird, ein dringendes Interesse, ihre Fortsetzung und Weiterentwicklung im Saargebiet zu suchen. Schon legt auch de Wendel südlich von Saarbrücken-Burbach den Wald, Habsterdick genannt, an der Landesgrenze um. Kolonien sollen gebaut werden, die nur Sinn und Zweck haben, wenn auch hier von französischer Seite in das Saargebiet vorgestoßen wird. Von drei Seiten wird dieser wertvolle Brückenkopf des Saargebietes umklammert. Eine Arrondierung des französischen Besitzes unter Einschluß des Warndtgebietes bis zur Saar hin ist die politische Gefahr für das Saargebiet. Das französische Vorbereiten und Schaffen starker wirtschaftlicher Verbundenheiten und Interessen, die Ansiedlung und Interessierung von tausenden saarländischen Bergarbeitern an lothringische Randgruben zeigt die französischen Absichten, jedem der sehen und hören will. Der Rest der Saargruben könnte diesen unter günstigsten Voraussetzungen arbeitenden lothringischen Gruben in bezug auf Selbstkosten und damit Konkurrenzfähigkeit nie gewachsen sein., Saarländische deutsche Arbeiter wirtschaftlich mit ihrer Existenz abhängig und herangezogen vom ganzen linken Saarufer, müßten bei der Abstimmung, und das würde ihnen deutlich genug gemacht, dorthin optieren, wo sie für sich und ihre Familie Brot finden. Dieser Gefahr gegenüber gilt es auf der Hut zu sein. Sie ist nicht übertrieben. Zum ersten Male ist uns durch den bekannten günstigen Wind eine offizielle französische Verlautbarung zu Gesicht bekommen, die ausdrücklich mit der Möglichkeit rechnet, daß einzelne Bezirke 1935 nach Frankreich kommen. Das sind die neuen französischen Hoffnungen, die sich sicher auf das Vorgehen im Warndt im wesentlichen stützen. Wir halten es für das Gebot der Stunde, daß der Völkerbund mit diesen Dingen in der eingehendsten Weise beschäftigt wird, ehe es zu spät ist. Ich glaube dargelegt zu haben, daß sowohl die Wahrnehmung der Wohlfahrt und Rechte der Saarbevölkerung, hohe Pflichten des Völkerbundes und der Regierungskommission, wie auch die Sicherung der ausdrücklich vorgesehenen Möglichkeit des restlosen Rückganges der Saargruben sein Eingreifen zur Pflicht macht. Es ist hohe Zeit, daß mit den immer mehr unerträglichen Zuständen, die sich an dem ganz unnatürlichen Gebilde Saargebiet entwickeln, bald möglichst Schluß gemacht wird. Die Ausbeutung des Saargebiets hat nach jeder Richtung hin Grenzen erreicht, welche nicht mehr überschritten werden können, ohne daß katastrophale Folgen eintreten, nicht nur katastrophal für die Saarbevölkerung, sondern auch für Frieden und Verständigung der Völker und katastrophal für das Ansehen und die moralische Autorität des Völkerbundes.

Die Ausführungen des Herrn Kratz wurden noch durch einen ausgezeichneten Kenner der bergbaulichen Verhältnisse an der Saar im allgemeinen und des französischen Kohlenraubes von Grube Karlsbrunn im besonderen in ausführlicher Weise ergänzt. Die Besonderheit seiner Angaben lassen es nicht zweckmäßig erscheinen, sie der Oeffentlichkeit mitzuteilen. Nur soviel sei hier angeführt daß die im „Saar-Freund" wiederholt geäußerten Befürchtungen, daß die Warndtfrage die größten Gefahren für die künftige Regelung des Saargebietes in sich birgt, durch diese Ausführungen aufs kräftigste unterstrichen wurden.

In der

allgemeinen Aussprache

kam zunächst Rechtsanwalt Dr. Giersberg-Magdeburg gleichfalls auf die zuletzt behandelte Frage zurück. Er stellte zu dem Verhalten der Saarregierung gegenüber dem zwischen Saar-Mosel-Gesellschaft und französischer Bergwerksdirektion geschlossenen Vertrage fest, daß die Regierungskommission selbstverständlich nicht befugt ist, über die Grenze des Deutschen Reiches zu verfügen. Denn es handele sich hier nicht um eine Verletzung der Grenze des Saargebietes — es gibt keinen Staat, der Saargebiet heißt —, sondern um eine Verletzung der deutschen Reichsgrenze, und über die hat nur das ganze deutsche Volk durch seine gesetzgebenden Instanzen zu befinden. Es ist klar, daß man mit juristischen Erwägungen in der Politik nicht viel erreichen kann; es kann aber doch ein Mittel werden. Denn wenn es gelingt, klar zu machen, daß die Regierungskommission überhaupt rechtlich nicht in der Lage war, diese Grenzverletzung zu gestatten, so kann das immerhin ein Angelpunkt werden, von dem aus die Angelegenheit vielleicht behandelt werden kann.

Dr. Giersberg fuhr dann fort: Wenn wir unsere Arbeit unter der Devise einstellen: „Heim zum Reich", dann möchte ich daran erinnern, daß die Politik des Saarvereins und die Politik der Saarbevölkerung bisher im wesentlichen die war und sein mußte: Wir verlangen die Beobachtung der Schutzrechte der Bevölkerung des Saargebietes. Wir stehen auf dem Boden des Versailler Vertrages und verlangen, daß das, was uns an Recht geblieben ist, nicht verletzt wird. Das war der Boden für den Kampf der Saarbevölkerung, vor allen Dingen eines der Mittel, um die Saarbevölkerung in ihrem Rechtsbewußtsein zu stärken und zusammenzuführen zur Abwehr. Bisher ist nur schüchtern der Ruf erhoben worden, daß uns das nicht genügen kann. Dem Saargebiet ist das Recht gegeben, 1935 abzustimmen. Im vorigen Jahre hat Pfarrer Schlich es ausgesprochen: Wir wollen heim zum Reich, aber vorzeitig, bald! Denn es gibt keine andere Lösung. Und das muß jetzt der leitende Gesichtspunkt sein, unter dem unsere Weiterarbeit zu stehen hat. Denn machen wir uns doch einmal klar: Selbst wenn es uns gelänge, eine andere Zusammensetzung der Regierungskommission zu erreichen — was nie gelingen wird —, nur objektivere, neutrale Persönlichkeiten in die Regierungskommission hineinzubringen, so wird doch die Macht Frankreichs als Inhaber der Zollgewalt und als Besitzer der Kohlengruben so allmächtig sein, daß auch eine uns wohlgesinnte Regierungskommission wohl etwas helfen, aber niemals wesentliches erreichen könnte. Es geht daraus hervor, daß die Lösung der Frage, die Verkoppelung von Sicherung des Ausbeutungsrechtes und Wohlfahrt der Bevölkerung eine Aufgabe ist, die an sich unmöglich ist. Es ist nicht möglich, beides zusammen zu erreichen. Deshalb kann es für uns nur die einzige Lösung geben: diesen Gesichtspunkt immer mehr herauszuarbeiten in unseren Vorträgen, in unseren Versammlungen, in unserem „Saar-Freund". In dieser Beziehung ist aber nicht viel Zeit zu verlieren.

Wir haben gehört, daß das Interesse für das Saarland in Deutschland nicht so rege ist, wie es wünschenswert wäre. Es sind vielleicht viele Entschuldigungsgründe vorhanden. Wir sind eben ein Volk, in dem eine Fülle von Fragen brennend ist. Aber um eins kümmert sich doch das ganze deutsche Volk, und das ist das Schicksal des deutschen Rheins. Frankreichs Saarpolitik ist aber nur ein Teil seiner Rheinpolitik. Aus einem heutigen Vortrage haben wir gehört, daß ein französischer Geschichtsschreiber die Grenze an die Elbe verlegt. Wer die Geschichte kennt, der wird die Grenze vom Frankenwald zu den Weserbergen nicht allzu phantastisch empfinden. Aber wenn die Lösung in der Form Frankreichs gesucht werden sollte, in der Schaffung eines autonomen Staates, wo kann man da am Rhein die Grenze machen? Wie kann man Mannheim von Ludwigshafen, wie Köln von Deutz trennen? Ein Ding der Unmöglichkeit! Und die militärische Beherrschung der Brückenköpfe bedeutet für eine spätere Zukunft ein Hinausgreifen über den Rhein. Es geht, auf lange Sicht berechnet, um nicht mehr und nicht minder als um das Schicksal Deutschlands, nicht nur der Saar. Deshalb sollte man den Gesichtspunkt nicht aus dem Auge verlieren, daß die Saar auf dem Wege von der französischen Grenze nach Mainz liegt und daß, wenn die Saar nicht von Frankreich überwältigt wird, auch der Rheinkampf für uns gewonnen ist.

Adjunkt Spieß-Homburg (Saar) ging auf die Saarländische Not im allgemeinen und auf ihre Rückwirkungen auf die Sangessache im besonderen ein. Die wirtschaftliche Not sei wirklich groß und dementsprechend die Beiträge so niedrig, daß davon nichts geleistet werden könne. Bei allen patriotischen Kundgebungen seien es immer wieder die Gesangvereine, die die Leute begeistern.

Direktor Karius-Hannover führte u. a. aus:

Als ich im Februar 1920 im Preußischen Abgeordnetenhause die Lage schilderte, sagte man mir: Sie sehen zu schwarz! Was wir heute hören, beweist, wie recht ich damals hatte. Wir müssen trotz dem Rufe: Zurück zum Heimatland! mit der Tatsache rechnen, daß wir ungefähr den gleichen Kampf führen müssen wie Oberschlesien. Mit dieser Tatsache müssen wir uns abfinden und die ganze Arbeit darauf einstellen. Den Freunden von der Saar möchte ich sagen: Ich habe seit zwei Jahren gesehen, wie wertvoll die Arbeit des Saarvereins ist. Ich brauche nicht an die Arbeit im einzelnen zu erinnern; aus allen Gegenden wendet man sich an den Saarverein. Aber betrübend ist die Abnahme des Interesses im Reiche für das Saargebiet. Darum muß im Sinne des Herrn Giersberg gearbeitet werden. Dann gilt es, das Rückgrat unserer Vertreter im Saargebiet zu stärken. Die Zermürbungsarbeit der Franzosen war nicht umsonst; es liegt ihr die Absicht zugrunde, das Volk mürbe zu machen. Insbesondere die Arbeit an der Schule darf nicht unterschätzt werden. Wer im Saargebiet sitzt, merkt die Veränderungen, die sich vollziehen, nicht so sehr. Groß ist die Gefahr, daß man in dem Ringen um die Existenz nicht mehr den eigentlichen Schuldigen sieht, den Vertrag von Versailles, sondern die Brüder dafür verantwortlich macht. Wir müssen versuchen, die Vertreter der Presse sachgemäß zu bearbeiten. Es werden über das Saargebiet Artikel geschrieben, die das grauenhafteste Zeug enthalten, sachgemäße Artikel kann man oft nicht unterbringen. Die Franzosen wollen nicht aus dem Saargebiet heraus, sondern wollen durch Verankerung der Gruben sich eine Dauerposition dort schaffen, auch wenn sie dort nichts mehr zu sagen haben. Weil das Saargebiet das Schicksal Deutschlands ist, muß das Saargebiet das politische Objekt der Tätigkeit Deutschlands werden. Kein Optimismus, kein Pessimismus, sondern Berücksichtigung der realen Tatsachen!

Frau Reichstagsabgeordnete Mende wies darauf hin, daß sie sich schon vor längerer Zeit mit Herrn Direktor Vogel in Verbindung gesetzt und die Bestrebungen und Nöte des Saar-Vereins kennen gelernt habe. Aber als Abgeordnete sehe man auch die Nöte der anderen Landesteile. Auch von da kommt eine Menge von Klagen und Wünschen. Die Rednerin fuhr dann u. a. fort: Als ich vor zwei Jahren in Amreika war, habe ich in mehreren Schulen gesprochen. Ich wurde immer gebeten, über die Art der politischen Erziehung zu sprechen und es wurde mir immer die Frage entgegengehalten: Wie steht man in Deutschland zur Revision des Friedensvertrages? Aus dieser Frage folgt, daß wir uns noch stärker mit der amerikanischen Presse in Verbindung setzen müßten. Und auch von der deutschen Presse fordern wir eine stärkere Vertretung dieser Interessen. Verlangen Sie von den Zeitungen solche Artikel und erklären Sie, sie würden die Zeitung nicht länger halten, wenn sie dauernd nur mit Mord und Totschlag aus aller Welt kommt. Wir wollen wissen, welche Verbrechen im Saargebiet, im Osten begangen werden, von den Fremden, die widerrechtlich in unserem deutschen Gebiete sitzen. Ich möchte auch noch meinem Bedauern Ausdruck geben, daß ich allein vom deutschen Reichstag hier bin; ich bedauere ganz besonders, daß das Ministerium für das besetzte Gebiet keine Zeit gehabt hat, einen Vertreter zu senden. Aber ich werde mir gestatten, dem Herrn Minister in einem Brief mein Bedauern und meine Verwunderung zum Ausdruck zu bringen.

Hierauf sprach Herr Schellenberger der Geschäftsleitung des Bundes der Saar-Vereine den Dank aus für die Tätigkeit im verflossenen Jahre. Alle diejenigen, die tief hineinsehen könnten in den Betrieb, wußten, was von Berlin aus durch die Hand des Verwaltungsdirektors Vogel gehen muß, welch unermeßlicher Arbeit und Nervenanspannung es bedarf, um zum Ende zu kommen und in der Mitte des Jahres auf der Bundestagung mit vollendeten Tatsachen aufzuwarten. Er sprach ihm und seinen Angestellten im Namen des Saargebiets den herzlichsten Dank aus, dem sich die Versammlung mit starkem Beifall anschloß.

Nachdem die Versammlung auf Vorschlag der Bundesleitung die Absendung eines Danktelegramms an den Reichspräsidenten von Hindenburg beschlossen hatte, schloß der Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Andres, mit Worten des Dankes an alle, die an der erfolgreichen Durchführung der Sitzung mitgearbeitet hatten, die Sitzung.

An die Arbeitssitzung schloß sich unmittelbar ein gemeinschaftliches Mittagessen im Schrannensaal, an dem rund 100 Personen teilnahmen. Im Verlauf des Essens nahm Oberlandesgerichtsrat Andres zu einer kurzen Begrüßungs- und Dankrede das Wort, in welcher er unter anderm sagte:

Bei meinen Unterhaltungen über die Saarfrage ist von einer gewissen Stelle wohl mal zum Ausdruck gebracht worden, in der Uniformierung des Saargebietes als eines einheitlich geschlossenen Gebietes über die preußisch-bayerische Grenze hinweg, liege eine gewisse Gefahr verborgen dergestalt, daß der Pfälzer und der Preuße des Saargebietes später einmal nicht mehr auseinander wollten, daß sie lieber zusammenbleiben wollten — natürlich im Deutschen Reich, sei es als Bayern oder als Preußen. Ich habe solchen Gedanken entgegentreten zu dürfen geglaubt. Nach meinen Beobachtungen ist die Anhänglichkeit des Pfälzers im Saargebiet zu Bayern ebenso stark verankert wie die Anhänglichkeit des Rhein-Preußen im Saargebiet zu Preußen und umgekehrt und wie die Liebe beider zum gemeinsamen deutschen Vaterland. Bayern hat der Pfalz und damit dem pfälzischen Teil des Saargebietes unendlich viel gegeben, nicht weniger als Preußen dem preußischen Teil gegeben hat. Ich sehe in der gemeinsamen Not und dem gemeinsamen Kampf der Bayern und Preußen vielmehr eine Gewähr für ein festes Zusammenhalten aller Stämme im Deutschen Reich gegen die Gefahren von außen. Wir sind einer Welt von Feinden unterlegen und mußten einen Schandfrieden aufs uns nehmen, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat: man hat uns die Waffen genommen, man hat uns Gebiete entrissen, man preßt uns aus wie eine Zitrone, — aber eines hat man nicht zerstören können: die Einheit des Reiches. Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen, und weil es einig ist, die Eigenart und das Eigenleben der Stämme achtend, soweit sie mit der Einheit verträglich sind, hat sich das Reich erhalten: daraus lassen Sie uns Hoffnung schöpfen für die Zukunft, für einen Wiederaufstieg des Vaterlandes: Das deutsche Vaterland, es lebe hoch!

Das Hoch fand freudigen Widerhall in der Versammlung, die im übrigen den Worten des Redners lauten Beifall spendete. Die Grüße des Bergbaulichen Vereins überbrachte Bergrat Hinrichsen, Essen. Er hob unter anderm hervor, daß er mit besonderem Interesse den Mitteilungen in der Arbeitssitzung gefolgt sei, die über den französischen Kohlenraub im Saargebiet gemacht wurden. Er habe in diesen Methoden der Franzosen gewisse Parallelen gefunden zu ihrem Verhalten während des Ruhrkampfes. In der unrechtmäßigen Aneignung von Kohlenschätzen seien die Franzosen offenbar Meister, obwohl man nach den Erfahrungen des Ruhrkrieges im Zweifel darüber sein könne, ob sie ihr Ziel wirklich erreichen würden. Im übrigen verknüpfen ihn alte, liebe Erinnerungen mit dem Saargebiet, in welchem er seine Kindheit verlebt habe. Er begrüßte die Bestrebungen des Saar-Vereins, dessen Tätigkeit er mit lebhaftem Interesse verfolgte und weihte sein Glas der weiteren erfolgreichen Arbeit des Bundes der Saar-Vereine.

Riesen-Kundgebung für das abgetrennte Saar- und Pfalzgebiet.

Inzwischen hatten sich im großen Saale des Huttenschen Gartens Tausende von Würzburger Bürgern eingefunden, um an der deutschen Saarkundgebung für das abgetrennte Saar- und Pfalzgebiet teilzunehmen. Die Veranstaltung wurde mit dem Gesangsvortrag der Ortsgruppe Würzburg 1 des Mittel-Main-Sänger-Gaues unter der Leitung ihres Dirigenten Professor Gehring „Vaterland" stimmungsvoll eingeleitet. Hierauf hielt Oberlandesgerichtsrat Andres-Naumburg eine kurze Begrüßungsansprache, in der er u. a. betonte:

Der Bund der Saarvereine hat seit dem Beginn der Fremdherrschaft im Saargebiet jährlich eine große Kundgebung veranstaltet, in der von berufenen Vertretern des Saargebietes und des übrigen Deutschland der Wunsch, ohne jede Lockerung wieder staatlich verbunden zu sein, zum Ausdruck gebracht wurde. So soll es auf unserer Jahrestagung 1927, die uns zum ersten Male nach Bayern, zu dem ja ein Teil des Saargebietes in festgegründeter Anhänglichkeit gehört, hier nach Würzburg führte, auch sein. Wir danken allen, die das Interesse an unserer Saarsache hierhergeführt hat, für ihr Erscheinen. Wir danken insbesondere der bayerischen Regierung und der Stadt Würzburg, die unsere Bestrebungen gefördert hat, wir begrüßen mit besonderer Liebe unsere Brüder und Schwestern von der Saar die hierhergeeilt sind, um mit uns zu tagen, und um uns zu berichten über den Kampf für das Deutschtum, den sie dort führen.

Wo so viele begründete Beschwerden sich anhäufen wie im Saargebiet, da besteht die Gefahr, daß man vor lauter Bäumen

den Wald nicht sieht. Es gehört mit zu unsrer Aufgabe, die Kardinalbeschwerde nicht untergehen zu lassen in den kleineren Beschwerden. Auf sie einleitend hinzuweisen ist meine Aufgabe: Die Kardinalbeschwerde ist die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, dessen Wahrung uns beim Abschluß des Waffenstillstandes feierlichst zugesichert worden ist, und das man dann doch in der Saargebietsregelung im Versailler Vertrag mit Füßen getreten hat: für fünfzehn lange Jahre hat man ein freies deutsches Volk unter eine fremde Regierung gestellt, über die es nicht befragt worden ist, und die es nicht haben wollte.

Man hat es getan unter dem Vorwand, daß der natürlichste Ersatz für die während des Krieges in Nordfrankreich zerstörten Kohlengruben und die natürlichste Anzahlung auf die Kriegsentschädigung im allgemeinen die Kohlengruben der Saar wären, die man dem französischen Staat übertragen müsse, der sie aber hinwiederum nicht frei werde ausbeuten können, wenn das Saargebiet nicht losgelöst werde von der deutschen, der preußischen und bayerischen Regierungsgewalt.

Man ist also, um einen wirtschaftlichen Zweck zu erreichen, kaltlächelnd über ein Menschenrecht, das Selbstbestimmungsrecht der Völker hinweggegangen, man hat lebende freie Menschen als bloßes Anhängsel toter Bodenschätze, die man ausbeuten wollte, behandelt.

Das ist die Kardinalbeschwerde, die wir immer wieder in die Welt hinauszuschreien nicht müde werden wollen, das ist die Quelle aller anderen Leiden.

Und noch auf einen zweiten Kardinalpunkt lassen Sie mich hinweisen. Wie es unter den verschiedenen Beschwerden eine Kardinalbeschwerde gibt, so gibt es unter vielen Methoden der Abwehr ein Kardinalmittel, daß die andern an Bedeutung und Kraft gewaltig überragt: es ist der deutsche Wille des Volkes an der Saar, wie er so fest, so tapfer, so vorbildlich bleiben möge, wie er sich bisher gezeigt hat: dann wird es dem beutelustigen Nachbar nicht gelingen, die deutsche Zukunft des Saargebietes zu zerstören. Und diesen deutschen Willen an der Saar zu stärken, soll auch die heutige Kundgebung helfen. —

In Vertretung des verhinderten Regierungspräsidenten Dr. von Henle entbot im Auftrage des bayerischen Staatsministeriums Graf von Soden den zur 7. Tagung des Bundes der Saar-Vereine nach Würzburg herbeigeeilten Vertretern aus dem Reich und aus dem Saargebiet ein herzliches Willkommen. Graf von Soden sagte unter anderm das Folgende:

Der Bund der Saarvereine hat seine Tagung zum ersten Male nach Bayern verlegt und will in der heutigen Kundgebung Aufklärung geben über die Not und die Treue des Saargebiets. Wenn ich diese große und wichtige Versammlung begrüßen darf, so stütze ich mich dabei auf eine dreifache Ermächtigung. Ich begrüße Sie namens des Regierungspräsidenten von Unterfranken und Aschaffenburg, Ritter von Henle, der den Saarvereinen ein warmer, treuer Freund ist, der aber zu seinem größten Bedauern durch längere Abwesenheit verhindert ist, Ihnen, wie er gewünscht hätte, den Willkommgruß zu bieten; ich begrüße Sie im Auftrage des bayerischen Staatsministeriums des Aeußern namens der bayerischen Regierung. Die bayerische Staatsregierung ist erfüllt vom Bewußtsein, daß die opfervolle Arbeit des „Saarverein" und seiner Führer auch den vom Heimatlande abgetrennten bayerischen Volksgenossen gilt und zu Gute kommt, und spricht dem Bund ihren Dank dafür aus. Ich begrüße Sie endlich namens des „Deutschen Schutzbundes", der dem Bund der Saarvereine seine Wünsche und Grüße übermitteln läßt. Und noch einen Gruß überbringe ich, zu dem ich nicht ausdrücklich ermächtigt bin, zu dem ich mich aber ermächtigt fühle. Es grüßt Sie das bayerische Volk. Wir Bayern freuen uns, daß der Bund der Saar-Vereine auch einmal zu uns gekommen ist, und versichern, daß wir in dem Freiheitskampfe, den die Saar zu führen gezwungen ist, Ihnen treu zur Seite stehen wollen, nicht nur, weil auch ein Teil des bayerischen Staatsgebietes, der bayerischen Rheinpfalz, zum Saargebiet gehört, sondern auch weil es sich um eine deutsche Angelegenheit handelt, und das bayerische Volk und die bayerische Regierung stets auf Seite derer zu finden sind, die für deutsche Belange eintreten.

Ich erinnere an das ergreifende Wort, das uns als Kernspruch dieser Tagung entgegenklingt: „Das Saarland will heim zu Deutschland."

Das ist das Ziel. Wir haben allen Grund, es ernst zu nehmen mit dem Streben nach diesem Ziel. Denn es ist nicht so, daß wir sagen können: Nun sind 7 Jahre abgelaufen, nach längstens 8 Jahren muß die Saar nach dem Friedensvertrag zu Deutschland zurückkehren. Die Saar weiß aus Erfahrung, wie Verträge und Versprechungen gehalten werden. Sie weiß, daß diese 8 Jahre ausgefüllt sein werden mit Kämpfen und Schwierigkeiten. Frankreich strebt danach, sich zum dauernden Beherrscher des Saargebietes zu machen. Was das bedeuten würde, ist klar. Es wäre nicht nur eine moralische, nationale Niederlage, sondern auch ein wirtschaftliches Unglück von unübersehbaren Folgen für Deutschland, für das Saargebiet und namentlich auch für unsere bayerische Rheinpfalz, die ganz besonders auf die wirtschaftlichen Beziehungen zu jenen Landesteilen angewiesen ist.

Was muß geschehen, um dieses Unglück zu verhüten? Was müssen die Saarländer, was muß Deutschland tun?

Die Saarbewohner wissen, worauf es ankommt, daß sie deutsch sein und bleiben müssen, wie sie es waren und geblieben sind in diesen 7 Jahren trotz aller Lockungen, Drohungen und Bedrückungen, deutsch im Wesen, deutsch im Fühlen, deutsch im Handeln. Sie müssen deutlich zu erkennen geben, daß diese Länder niemals etwas anderes sein können als deutsch. Und sie müssen einig sein, wie sie es geworden sind in diesen 7 Jahren, herausgerissen aus Bayern und Preußen, aus Nord und Süd, verschiedenartig nach Stand und Beruf, nach Parteistellung und Bekenntnis, aber einig in dem Gedanken an die gemeinsame Gefahr und in dem Streben nach der Wiedervereinigung mit der angestammten Heimat.

Und worin besteht unsere Aufgabe in Deutschland? Wir müssen unseren Brüdern an der Saar helfen, auszuharren und deutsch zu bleiben, indem wir sie mit besonderer Treue, Liebe und Freundschaft umfangen und ihnen immer wieder zu erkennen geben, daß wir sie stützen wollen mit unserer ganzen Kraft. Der Bund der Saarvereine hat sich die Aufgabe gestellt, überall in Deutschland diese Anteilnahme für das Saarvolk und für seine nationalen und wirtschaftlichen Nöte zu wecken und wachzuhalten. Er hat dabei eine Aufklärungsarbeit geleistet, die unsere vollste Anerkennung und wärmsten Dank verdient und, wie das stets wachsende Verständnis für die Saarfrage beweist, von Erfolg begleitet ist.

Dieser Erfolg wird sich steigern, wenn wir selbst uns an den Saarländern ein Beispiel nehmen und einig werden, hinweg über alle Gegensätze der Parteistellung und der wirtschaftlichen Verschiedenheit. Einig in dem Gedanken an das deutsche Vaterland. Das wird uns geeigneter machen, um dem Deutschtum in den getrennten Gebieten wieder eine Stütze sein zu können.

Wenn dann die Stunde kommt und das Saargebiet heimkehrt, dann können wir auch mit gutem Gewissen und frohen Herzens die Arme ihnen entgegenbreiten mit dem Rufe:

Willkommen daheim in Deutschland!

Das Hauptrefrat hielt hierauf der katholische Pfarrer Josef Bungarten, Saarbrücken, über das Thema:

„Das Saarproblem, ein Unruhezentrum Europas."

Aus seinen Ausführungen geben wir das folgende wieder:

Wer durch das blühende Land an der Saar fährt, den überkommt ein ehrfürchtiges Ahnen der rastlosen energievollen Arbeit, die hier unter der Erde und droben in den Riesenessen, wie Titan und Zyklop, schafft und ein donnerndes Lied singt im Chor der 76 000 Bergknappen und 50 000 Hüttenarbeiter, den packt das stolze Bewußtsein von der Allgewalt deutscher Energie und Fähigkeit, die in Jahrhunderte langem Ringen das Saargebiet zu einem wertvollen Edelstein in der Krone der Mutter Germania gemacht hat. Stolz schaut das Saarland auf seine Heimat und dieses stolze Gefühl muß jeder empfinden, der durch den Saargau mit offenem Auge und mit deutschem Herzen pilgert, der die majestätische Schönheit seiner deutschen Buchenwälder gesehen und den Rhythmus seiner Arbeit bewundert, der geschaut hat, wie hier 126 000 Berg- und Hüttenleute unter Verhältnissen arbeiten müssen, die jeden Lebensmut und alle Arbeitsfreude ersticken müßten, wenn die Saarländer keine zähen Pioniere wären, die hier ringen in der Hoffnung auf eine bessere deutsche Zukunft. Die Gegenwart des Saargebietes ist dunkel und ungewiß und liegt unter furchtbarem politischen, kulturellem und wirtschaftlichem Druck. Nicht durch die deutschen Saarbewohner, sondern durch die Diktatoren des Versailler Friedensvertrages ist das Saargebiet zum internationalen Saarproblem und nach den Worten eines Wissenden, des ehemaligen saarländischen Ministers Waugh zu einem „Unruhezentrum Europas" geworden. Eine Lösung des Knotens

ist nur möglich, das fühlt im Saargebiet jedes Kind, das kündet auch der Herzschlag der heutigen Tagung in Würzburg: Zurück zum lieben deutschen Vaterland, heim mit dem kranken deutschen Saarkind zur leidgebeugten deutschen Mutter! Jeder Tag, der verloren geht für dieses heiße Sehnen der deutschen Saarlandseele, schafft neue Gewissensqualen eines entrechteten und unter fremder Fron seufzenden deutschen Volksstammes, schafft neue Krisen und bringt neuen Zündstoff an das internationale Pulverfaß, das auch ohne die Saarfrage einmal reif wird für die Explosion. Darum muß auch jeder Freund des Friedens, der Gerechtigkeit und der lebensnotwendigen Verständigung der Völker heute einstimmen in die Forderung: Gebt den Saarländern ihre liebe deutsche Heimat wieder!

Die Forderung erhebe ich im Namen der politischen Gerechtigkeit.

Am 27. Juni d. J. hat das kanadische Mitglied der Regierungskommission des Saargebietes, Präsident Stephens, von der saarländischen Bevölkerung Abschied genommen. In einem letzten Gruß an die Presse nennt er die Saarländer mit kanadischer Offenheit, die mit Europas übertünchter Höflichkeit nichts gemein hat, ehrlich und aufrichtig, kulturell hochentwickelt, fleißig und friedliebend. Und was hat man mit einem solchen Völkchen angefangen?

Man hat 150000 Franzosen im Saargebiet erfunden, um eine französische Interessensphäre im Saargebiet zu schaffen. Man hat auf Grund dieses Betruges im Versailler Vertrag das Saargebiet der deutschen Verwaltungshoheit entzogen. Die Souveränität Deutschlands über das Saargebiet ruht bis 1935. Der Westzipfel des deutschen Vaterlandes ist zum Abstimmungsgebiet geworden und damit zum Schauplatz blühender Hintertreppenpolitik, zum Kampffeld angestammter deutscher Treue gegen französische Annektionsgelüste und deren dunkle Wühlarbeit. Bis 1935 wird das Saarland nicht mehr zur Ruhe kommen. Man hat uns eine Regierungskommission von fünf Männern gegeben, die im Namen des Völkerbundes das Saargebiet absolutistisch regiert. Man hat uns Männer in diese Kommission geschickt, die von Land und Leuten, selbst von deutscher Sprache und Sitte nichts wissen; man hat uns Männer in diese Regierung geschickt, die mit Ausnahme von zwei deutschen und zwei kanadischen Mitgliedern, bisher dem alles beherrschenden französischen Einfluß erlegen sind. Die Vertretung des Volkes — der Landesrat — hat nur zu beraten, aber nicht zu beschließen, das heißt, er hat nichts zu sagen. Man hat die Saarländer in zwei Klassen von Bürgern geschieden, geborene Saarländer, die zum Landesrat gewählt werden können und die zugezogenen Deutschen, die diese hohe Ehre nicht genießen. Bei Antritt ihres Amtes versprach die Regierungskommission am 26. Februar 1920 durch ihren Präsidenten Rault: „Die Regierungskommission ist entschlossen, unter der loyalen Mitwirkung der Bevölkerung im Saargebiet den Geist der Ordnung, der Freiheit und der Gerechtigkeit walten zu lassen, andererseits aber auch das Wohlergehen und die persönliche Sicherheit zu gewährleisten und ihren Rechten Achtung zu verschaffen. Dieser Geist der Ordnung, der Freiheit und Gerechtigkeit wurde treffend symbolisiert durch das französische Militär, das sieben Jahre lang entgegen dem klaren Wortlaut des Versailler Vertrages im Saargebiet blieb, um gegen die deutsche Bevölkerung eingesetzt zu werden. Erst seit Juni d. J. haben wir 800 Mann ausländischen Bahnschutz. Ein maskiertes Militär, berufen, das Saarland gegen die Saarländer zu schützen. Die erste Vorstellung, die dieser Bahnschutz in Saarbrücken gegeben, rechtfertigte des Saarlandes Wunsch: „Gott schütze uns vor unsern Beschützern." Man versprach uns Freiheit, Gerechtigkeit, Ordnung, Wohlergehen, persönliche Sicherheit, und man beschnitt und hemmte die kommunale Selbstverwaltung, man knebelte und unterdrückte die deutsche Presse, man wies unbequeme Saarländer massenhaft aus, setzte andere auf die Proskriptionsliste, veranstaltete Haussuchungen, machte den politischen Spitzeldienst zum bestbezahlten Gewerbe im Saargebiet, organisierte unter der Führung des famosen Majors Richert den Saarbund als Sammelbecken aller national anrüchigen Elemente. Man kontrollierte und unterband die Beziehungen des Saarlandes nach Deutschland und umgekehrt. Man verbannte die gute alte Mark als Zahlungsmittel aus dem Saargebiet, kurz, man hat alle Minen springen lassen, um den Deutschtum des Saargebietes den Todesstoß zu versetzen. Und der Erfolg?

Nie in seiner tausendjährigen deutschen Geschichte hat das Saarland deutscher gedacht, gesungen, geredet und gehandelt, wie in der Aera der völkerbundlichen Regierungskommission des Saargebietes. Aber, so frage ich immer wieder, war es recht, in einer Zeit, die mit theatralischer Pose das Selbstbestimmungsrecht der Völker für alle, auch für den Saarländer, als höchstes Dogma des Völkerrechts proklamiert hat, uns im Saargebiet so zu behandeln, nur deshalb, weil wir deutsch bleiben und von der heißen französischen Begehrlichkeit nichts wissen wollen.

Ist es recht, diese Zustände zum großen Teil heute noch im Namen des Völkerbundes zu belassen und uns das vorzuenthalten, was in der Negerrepublik Liberia verbrieftes und heilig gehütetes Recht ist? Nein, wir sind keine Revolutionäre, wir wollen nur, daß der Völkerbund als Instrument der Gerechtigkeit und Freiheit der Völker nicht zum Hohngelächter der Menschheit wird, gerade in dem ihm eigenen Gebiete, in dem er seine politische Erziehungsweisheit erproben kann. Hier handelt es sich, wie der Präsident der Regierungskommission, Herr Stephens, am 12. März 1927 im Völkerbundsrat in Genf sagte, „um 750 000 Deutsche im Herzen des zivilisierten Europas, um eine Bevölkerung, von den ich in den 3½ Jahren meiner Regierungstätigkeit feststellen muß, daß es ein ordnungsliebendes, stolzes und im höchsten Grade patriotisches Volk ist". Jegliche Regierungsweisheit kann hier nur in der Formel gipfeln: „Zurück mit dem Saarvolk zu seinem Vaterland!"

Die Forderung erhebe ich zweitens im Interesse der wirtschaftlichen Freiheit und ausgleichenden Gerechtigkeit.

Das Saargebiet ist wirtschaftlich in der Hand der Franzosen. Frankreich ist Eigentümerin der gesamten Bergwerke und damit Brotherr von 76 000 Bergleuten und deren Familien. So ist Frankreich maßgebend und verantwortlich für die Wirtschaftslage des Saargebietes, und die Verantwortung muß Frankreich zwingen, eines Tages das ausgepoverte Saarvolk wieder aus harter Fronherrschaft heimziehen zu lassen. Man hat gesagt, Frankreich braucht die Saarkohlen zum Ersatz für die durch die Deutschen frevelhaft zerstörten Bergwerke Nordfrankreichs. Heute liegen die Halden und der Hafen von Saarbrücken bis zum Himmel voll Kohlen; es ist kein Abnehmer mehr da. Die Absatzgebiete vor dem Kriege, besonders Süddeutschland, sind der Saarkohle verloren gegangen. Menschenunwürdige Löhne der Bergarbeiter, sich mehrende Feierschichten, rücksichtslose Massenkündigungen treiben die Bergknappen zur Verzweiflung. Man kann über Massendemonstrationen und Streiks denken wie man will, aber es ist ein Symptom der verzweifelten Lage im Saarbergbau, wenn am vergangenen Montag wieder 15 000 Bergleute in Saarbrücken demonstrierten und nichts anderes forderten als: „Gebt uns Brot und Arbeit". So sieht es aus mit der Behauptung französischer Blätter und Schönredner: Frankreich hat das Saargebiet zur wirtschaftlichen Blüte gebracht. Nie ist grimmiger auf die Not eines Volkes gehöhnt worden. Andererseits herrscht auf den Gruben ein für Frankreich — das Land der Menschenrechte — unwürdiges Antreibesystem, um aus den Knochen der Knappen und den Kohlenschätzen der Saarlande das letzte herauszuholen und die Millionen-Ueberschüsse der Bergverwaltung von Jahr zu Jahr steigern. Und trotz des Kohlenüberschusses treibt Frankreich jetzt von französischer Seite aus seine Schächte unter das Saargebiet, um die saarländischen Kohlen zu erbeuten, so lange es noch Zeit ist, oder solange der Strick nicht reißt. Die gesamte Hüttenindustrie ist mit Ausnahme von Röchling in Völklingen und dem Wolf-Konzern in Neunkirchen überwiegend in französischen Händen. Auch hier unzureichende Löhne und Absatzschwierigkeiten, Frankreich nicht aufnahmefähig und Deutschland durch die Zollgrenze abgeschnürt. Die Industrie kann nur leben durch die vom deutschen Reiche gewährten Zollstundungen, die heute einen Betrag von vielen Millionen erreichen. Handel, Gewerbe und Landwirtschaft liegt darnieder; ihre Lage rechtfertigt das Wort: „Wenn der Arbeiter kein Geld hat, dann hat keiner Geld." Trostlos ist die Lage der Sozialrentner, da das kleine Saargebiet die Lasten der Sozialgesetzgebung nach der Lostrennung vom Reich nicht tragen kann. Dagegen lastet auf allen Volksschichten ein schwerer Steuerdruck, der das wirt-

schaftliche Leben zum Erliegen bringt. Die Vergünstigung des Saargebietes, nicht zu den Reparationskosten des Reiches beitragen zu müssen, wird reichlich aufgewogen durch den allzu kostspieligen Luxus einer eigenen Verwaltung des kleinen Territoriums, durch die Defizite bei Post und Eisenbahn. Nimmt man dazu die zweimalige Inflation des Saargebietes, erst der Mark und jetzt des Franken, dann kann man verstehen, wie das Saargebiet, losgelöst von seinem Mutterlande, nie zur Ruhr kommen wird, wie es den besten Nährboden abgibt für kommunistische Gedankengänge und Ziele im Sinne Moskaus, wie die, die das Saargebiet mit Gewalt losgelöst vom Herzen seines Wirtschaftslebens, von Deutschland, eine furchtbare Verantwortung auf sich geladen haben.

Und wenn heute das gesamte Saarland hilfesuchend nach Deutschland schaut und wenn das Reich die Lasten tragen soll für ein Gebiet, aus dem Frankreich allein den Nutzen zieht, dann ist das eine Anomalie des Wirtschaftslebens und eine Bankerotterklärung der jetzigen politischen Verhältnisse, die nicht ruft, sondern schreit: „Zurück zum Reich, das Saargebiet kann sonst nicht leben und nicht sterben."

Zurück zum Reich! Diese Forderung erhebe ich drittens aus kulturellen Gründen:

Französische Sprache und Sitte, französische Presse und Literatur, französische Schule bringen dem Saarland etwas wesensfremdes. Tausend Jahre wurzelt das Saargebiet mit kleinen zum Teil gewaltsamen Unterbrechungen im Nährboden deutscher Kultur; darum das jubelnde Bekenntnis am glanzvollen Tage der Jahrtausendfeier: „Wir waren deutsch, sind deutsch und wollen es bleiben." Das war keine neue Entdeckung im Saargebiet, sondern nur die Feststellung einer geschichtlichen Tatsache, der lebendige Ausdruck der Erziehung und der herzlichsten Hingabe. Darum bleiben alle gewaltsamen und geheimen Französierungsbestrebungen ein Attentat auf die dem Saarland ureigenste Kultur. Es war ein Verbrechen am heiligen Volksgut, als man mit oder gegen den Versailler Vertrag — aus dem man bekanntlich auch beweisen kann, daß der Teufel weiß ist —, die deutschen Kinder an der Saar in die französischen Schulen drängte, als man den armen Eltern alles versprach, wenn sie die Seelen ihrer Kinder der französischen Erziehung und Kultur verschrieben, als man denselben Eltern alles, die Stellung, das Brot, die Wohnung im bergfiskalischen Haus kündigte, wenn sie der deutschen Schule treu blieben. Das deutsche Volk an der Saar hat zum Teil einen Augenblick geschwankt. Heute ist die Gefahr nach dieser Seite überwunden; die erschreckenden Minderleistungen der französischen Schule und das Verantwortungsgefühl des Saarlandes seiner deutschen Seele gegenüber haben die französische Schule und damit die französische Kultur zum langsamen, aber sicheren Absterben gebracht. Der Versuch ist mißlungen, aber auch der Versuch bleibt ein Verbrechen, einem Volk sein Wesen, seine Eigenart, sein Herz herauszureißen, wie es auch im Zeitalter des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ein Verbrechen vor dem Weltgewissen bleibt, wenn der italienische Diktator mit den Stiefeln des Eroberers in Südtirol einem deutschen Volksstamm sein ureigenstes, sein alles, woran das Herzblut eines armen Volkes klebt, niedertritt. Hier im Saargebiet wie in Tirol und anderswo gilt das stolze Wort eines anderen edlen Italieners, von dem man verlangte, er solle seine geistliche Familie umgestalten und ihr ein fremdes Reis einpflanzen. Der gab die Antwort: „Sint, ut sunt aut non sunt." Sie sollen bleiben, wie sie sind, oder sie sollen überhaupt nicht mehr sein. Auch das Saarland soll bleiben, was es war, und darum heim mit dem Kinde zu seiner Mutter, zu seiner Muttersprache, zu seinem Vaterhaus.

Wir unterschreiben im Saargebiet, was der große Rheinländer Jos. v. Görres einst unter dem Motto: „Französischer und deutscher Nationalcharakter" geschrieben hat: „Sprache und nationaler Geist und Sitte und Gesetz setzen sich mächtig einer Verbindung beider Völker entgegen. Die Weinreben des Rheins (und ich darf hinzusetzen die der Saar) und die Orangen des Südens gedeihen nicht unter der nämlichen Sonne; so schied die Natur, und was die geschieden wissen will, vereinigt sich nicht leicht wieder."

Und darum bleibt aller politischen Weisheit letzter Schluß: **Völkerbund, beseitige die Unruhe der Saarbevölkerung. Sie will heim. Laß' sie ziehen, die Kinder zur Mutter.**

Die mit stürmischer Begeisterung und minutenlangem Beifall aufgenommenen Ausführungen Pfarrer Bungartens hinterließen sichtbar größten Eindruck auf die Versammlung.

Es folgten dann kurze Ansprachen der Vertreter der verschiedenen politischen Parteien und Mitglieder des Landesrates. An erster Stelle sprach Frau Studienprofessorin Ravengel. Sie hob u. a. hervor: Zu den Akkorden der Stimmen, die heute hier gemeinsam den Ruf in die Welt hinausschicken, helft uns heim zum Reich, möchte auch ich — so führte sie aus — als saardeutsche Historikerin einen Klang hinzufügen. Deutsch seit länger als tausend Jahren, deutsch durch Sprache, durch Sitte und Kultur sind wir deutsch in unerschütterlichem Willen eins zu sein mit dem Reich, eins zu sein mit ihm, wenn es sein kann in seiner Freude, erst recht aber in seinem Leid. Tausend Jahre, mehr als tausend Jahre deutsch. Wie ein feierlicher Glockenklang fällt diese Zeit in die unermeßliche Ewigkeit hinein und was sie mit ihren Fittichen berührt hat, das, so glauben wir, sollte ein Deutscher nicht anrühren. Darum bitten wir und fordern wir vor aller Welt, helft uns heim zum Reich, das unsere Heimat, unsere einzige Heimat ist und zum Allmächtigen flehen wir: „Herr, mache uns frei".

Dr. Schulz-Saarbrücken als Vertreter der Deutsch-Saarländischen Volkspartei erklärte u. a.: Mit den beredtesten Worten ist unser deutsches Saarland hier auf dieser Tagung geschildert worden. Aber einen kleinen Nachtrag möchte ich doch noch bringen und zwar ein Bekenntnis des letzten Präsidenten der Regierungskommission. Denn das kann nicht laut genug hinausgeschrien werden in das ganze Europa. Gelegentlich einer Besprechung erklärte er mir gegenüber: „Die Saarbevölkerung ist patriotisch und ist gut deutsch, das liegt im Blut, und was im Blut liegt, das soll man nicht herausnehmen, denn das ist gut so". Und sich umwendend zum Direktor Heimberger sagte er: „Ich hoffe, daß die Saarbevölkerung vor 1935 wieder zurückkommt zum deutschen Vaterland". Das möchte ich Ihnen noch mit auf den Heimweg geben. Heute morgen habe ich das Wort ausgesprochen, daß der deutsche Waffenspruch „Gott mit uns" für uns einen unangenehmen Nachklang bekommen hat: „Gott mit uns, die Saarregierungskommission gegen uns". Lassen Sie uns Saarländer diesen Wappenspruch aber etwas anders abändern, indem wir mit dem tiefsten Gefühl der Dankbarkeit auch die Gewißheit mit nach Hause nehmen können: „Gott mit uns und das ganze deutsche Volk hinter uns".

Frau Reichstagsabgeordnete Mende überbrachte die Grüße der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei. Sie sagte: Wir führen einen Kampf für die Wiedervereinigung aller abgetrennten Glieder des Reiches. Wir wissen genau, daß wir im unbesetzten Deutschland die Lasten des Krieges nicht in dem Ausmaße getragen haben wie Sie. Wir dürfen heute sagen: Sie sind wieder das Aufmarschgelände für den sogenannten Friedenszustand. Das große Erlebnis des Krieges ist, daß wir im Kriege etwas gewonnen haben, was wir Deutsche nicht besessen haben: den Gedanken des deutschen Volkstums. Wenn die Länder im Kriege alle gelitten haben, so haben sie auch alle etwas gewonnen an dem, was wir nationalen Stolz nennen. Die Friedensverträge haben uns gewaltsame Grenzen gesetzt; das Deutschtumsgefühl hält sich nicht an die Grenzen. Dafür wollen wir dankbar sein, daß uns das vielleicht etwas gibt von dem, was wir sonst durch den Krieg verloren haben. Wenn ich Ihnen das in meiner Eigenschaft als Vertreter meiner Partei sage, so lassen Sie mich noch ein Wort anschließen als deutsche Frau: den Dank der deutschen Frau an die Mütter des besetzten Gebietes. Wie können wir deutsche Kinder erziehen, wenn wir keine deutsche Mutter haben, wie kann in einer Familie das deutsche Wesen, die deutsche Sprache, die deutsche Kultur, das beste, was wir haben, das deutsche Lied, gedeihen, wenn die deutsche Mutter nicht fühlt, daß sie dieses Heiligtum in erster Linie zu bewahren und zu verteidigen hat. Wir Frauen haben das Gefühl, daß in der schlichten Größe des Opfers der deutschen Frau in den besetzten Gebieten die stärksten Wurzeln unserer Kraft liegen. Ich möchte damit schließen, daß ich noch einmal sage: als deutsche Frau spreche ich den Frauen des Saargebietes den Dank für die Unterstützung aus. Lassen Sie mich schließen mit den Worten des Reichspräsidenten, das hier wahr werden soll: Was deutsch war, wird in aller Zukunft auch deutsch bleiben!"

Im Auftrage der Deutschnationalen Volkspartei überbrachte Präsident v. Jacobi-Berlin die herzlichsten Grüße und den

Wunsch: Möge das Saarland wieder frei werden, möge die Bevölkerung weiter diese Opfer bringen. Möge aber vor allem auch unsere mitteleuropäische vaterländische Bevölkerung doch sich mehr und mehr bewußt werden der Opfer, die das Saarland und das ganze besetzte Gebiet gebracht haben. Denn im Gegensatz zu manchen anderen stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir im Innern des Vaterlandes zu wenig wissen, wie es im Osten und Westen aussieht. Wenn man sieht, wie der Friedensvertrag von Versailles in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung gewirkt hat, so kann einem das Herz jammern. Ich möchte heute dem Wunsche Ausdruck geben, daß der Tag nicht mehr fern sein möge, wo die Glocken auch in Saarbrücken und im übrigen Saarland die Freiheit verkünden und ihm den Lohn bringen für die Opfer, die sie gebracht haben in der ganzen Zeit der Besetzung und in der ganzen Kriegszeit.

Landesgeschäftsführer Müller sprach namens des Landesverbandes der Deutschnationalen Volkspartei der Pfalz. Er erklärte u. a.: Gerade für uns in der Pfalz, die wir am nächsten dem Saargebiet liegen, gerade wir wissen die Schmerzen und all die Nöte zu würdigen. Leiden doch auch wir so furchtbar unter der Not des Saargebietes. Sind wir doch diejenigen, die im regsten wirtschaftlichen Austausch mit dem Saargebiet gestanden sind, während heute alles abgeschnitten ist. Wenngleich die Not immer größer und größer wird, auch bei uns in der Pfalz, so wissen wir doch das eine, der Tag wird nicht mehr fern sein, wo gerade diejenigen, die das Gebäude geschaffen haben, in dem wir heute leben müssen, einsehen werden, daß blinder Haß nur schaden kann. Und wenn wir in der Pfalz heute in weiter Ferne sehen können, all das, was abgetrennt worden ist durch den Vertrag von Versailles, möge es der Dom zu Straßburg, möge es Oberschlesien, Eupen und Malmedy sein, das eine wissen wir gewiß, der Tag wird kommen, wo wir wieder frei sein können. Wir haben nur den einen Gedanken: was wir tun, tun wir für unsere Heimat, für unsere Heimat, die wir über alles lieben. Und wir sehnen den Tag herbei, wo wir frei und mit erhobenem Haupte wieder heimkehren können zum großen deutschen Reich.

Hierauf hielt der Landesratspräsident Scheuer, St. Ingbert, u. a. folgende kurze Ansprache an die Versammlung:

Wenn man nur einen Blick in eine gewisse französische Presse tut, dann muß man feststellen, daß zum Teil sehr einflußreiche Kreise immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben haben, das Saargebiet schließlich doch noch in der einen oder anderen Form annektieren zu können, trotz der unausgesetzten, zweifelsfreien Bekundungen der Saargebietsbevölkerung, zum deutschen Vaterland zu stehen — komme was da wolle. Auch innerhalb der deutschen Familie werden wir anscheinend immer noch nicht als so zuverlässig eingeschätzt wie wir es zu verdienen glauben, denn es ist heute erst acht Tage her, daß eine prominente Persönlichkeit aus dem Reiche auf einer großen Tagung in Saarbrücken gesagt hat, daß man sich im Reiche gar nicht bewußt sei, wie hoch man im Saargebiet das Banner des Deutschtums hält. Angesichts dessen dürfen Sie es uns nicht verübeln, wenn wir immer wieder, laut und vernehmlich für alle, die es angeht, in die Welt hinausrufen: das Saargebiet war deutsch, es ist deutsch und soll es ewig bleiben!

Der Beifall, den Sie all dem in dieser Richtung Gesagten in so reichem Maße gezollt, erfüllt uns aus dem Saargebiet mit der dankbar empfundenen Genugtuung, daß Sie alle mit uns einig sind in der Ueberzeugung, daß uns an der Saar kein innigerer Wunsch beseelt, als recht bald den Tag der Rückkehr in unser geliebtes deutsches Vaterland zu erleben. Damit könnte ich eigentlich meine Ausführungen mit dem Danke an Sie alle für Ihre Liebe und Treue zum Saargebiet schließen. Nur als Saarpfälzer gestatten Sie mir noch ein kurzes Wort. Wie ich in meinem Referate heute vormittag auf die Einleitung des Begleitwortes Ihres sehr verehrten Vorsitzenden bezog, so möchte ich an dieser Stelle auch besonders das Schlußwort unterstreichen, in welchem darauf hingewiesen ist, daß ein Teil des Saargebietes zur bayer. Rheinpfalz gehört und die Bevölkerung dieses Gebietsteiles ebenso einmütig und laut die ungeschmälerte Rückkehr zur bayerischen Mutter verlangt, wie die preußische die Rückkehr zu Preußen und die gesamte Bevölkerung die Rückkehr zum Reich. So ist es in der Tat. Daß es auch anders sein könnte, darauf sind wir in der bayerischen Saarpfalz erst aufmerksam geworden durch die Zweifel, die in dieser Richtung aus Bayern zu uns herüber drangen. Ich darf Sie versichern, daß wir zunächst gar nicht wußten, was mit diesen, sachte angedeuteten Zweifeln eigentlich gesagt sein sollte, denn die Lösung der Saarfrage denkt man sich bei uns gar nicht anders als auf dem einfachen und ganz natürlichen Wege, daß der bayerische Teil des Saargebietes wieder an Bayern und der preußische an Preußen zurückgegeben wird. An eine andere Lösung denkt niemand, geschweige eine solche zu diskutieren. Wir haben auch gar keine Ursache hierzu, selbst wenn wir Dinge einmal ganz realpolitisch betrachten wollten. Das Saargebiet ist, wie heute schon zur Genüge betont, einstweilen der Hoheit des deutschen Reiches und der Länder entzogen, und deshalb ist die Frage, was unter solchen Umständen Reich und Länder für das Saargebiet tun können, eine Frage sehr delikater und komplizierter Natur.

Aber das darf ich an dieser Stelle sagen und ich freue mich es hier sagen zu dürfen, daß Bayern all die Jahre hindurch für die Saarpfalz getan hat, was in seinen Kräften stand und ihm unter den gegebenen Verhältnissen möglich war. Die Umstände lassen es nicht opportun erscheinen, darüber nähere Angaben zu machen und auch nicht all den Regierungsstellen namentlich zu danken, die für die Belange der Saarpfalz stets Interesse, Verständnis und praktische Hilfe gehabt haben. Also selbst von realpolitischen Erwägungen aus gesehen gibt es gar nichts, was uns für die Stunde der Rückkehr zunächst wo anders hin als nach der Pfalz und Bayern weisen würde. Aber die wahre Liebe wäre es nicht, die sich von solchen Dingen leiten ließe. Was uns an Pfalz und Bayern kittet, das ist unsere natürliche Zugehörigkeit, und wir wären dankbar, wenn auch der leiseste Zweifel hierin endlich verstummen wollte. Was können und sollen wir denn anders tun als immer wieder das Gelöbnis unserer Verbundenheit mit Pfalz und Bayern zu erneuern! Wo sind denn Beweise dafür, daß dem nicht so ist! Deshalb Schluß mit all den Zweifeln! Wenn man in deutschen Landen die Treue der Pfalz zu Bayern und zum Reiche preist, dann zählen wir uns in der Saarpfalz auch dazu, und zur Bekräftigung dieser unserer Zugehörigkeit zu Pfalz und Bayern darf ich wiederholen was ich kürzlich schon in Passau gesagt habe: für uns erfolgt die Rückkehr zum Reiche auf dem Wege des Wiederanschlusses an Pfalz und Bayern, und ehe ein anderer Gedanke bei uns Platz greift, eher wird München freiwillig preußisch.

Nach dem Chorgesang „Segenswunsch" von Weinzirl brachte Verwaltungsdirektor Theodor Vogel die folgende

Entschließung

zur Verlesung:

Die Versammlung gelegentlich der Jahrestagung des Bundes der Saarvereine erhebt erneut Einspruch gegen die Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, dessen Wahrung Deutschland zugesichert war: die dem Saargebiet unter Widerspruch aller zu seiner Vertretung berufenen Abgeordneten aufgezwungene Fremdherrschaft ist die Quelle aller seiner Leiden. Der Wille der Bevölkerung, wieder unter den deutschen Regierungen zu leben, kann von niemand mehr in Zweifel gezogen werden.

Infolge völligen Versagens der Saarregierung sind die Rechte und die Wohlfahrt der Saargebietsbevölkerung, die nach dem Versailler Vertrag sichergestellt sein sollten, verletzt worden. Eine zunehmende Verschlechterung der Wirtschaftslage des Saargebiets ist zu verzeichnen und äußert sich in fortschreitender Verelendung großer Volksschichten und in einer starken Senkung der allgemeinen Lebensgrundlage an der Saar. Der Völkerbund hat bisher nicht das geringste unternommen, um dieser geradezu katastrophalen Notlage entgegenzutreten.

Frankreichs Saarpolitik ist weiterhin darauf gerichtet, das Saargebiet oder Teile desselben zu annektieren. Diese Politik Frankreichs widerspricht nicht nur dem feierlichen Versprechen der alliierten und assoziierten Regierungen beim Abschluß des Waffenstillstandsvertrages, sondern auch dem Geist des Locarno-Paktes und der Thoiry-Verabredung. Sie gefährdet damit auch den europäischen Frieden. Die Entwicklung hat bereits gezeigt, daß die in Versailles über das Saargebiet getroffenen Vereinbarungen nur auf Grund lügnerischer Behauptungen der französischen Unterhändler und auf Grund völlig falscher Voraussetzungen in Bezug auf die Saarkohlengruben zustande gekommen sind.

Unter Berücksichtigung dieser Feststellungen verlangt die Versammlung von den in Frage kommenden verantwortlichen Regierungen, vom Völkerbund und vom Weltgewissen, daß unter Zugrundelegung des Bevölkerungswillens an der Saar, unter Berücksichtigung der geschichtlichen Wahrheit und unter Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes, die Versailler Saarregelung umgehend der natürlichen Lösung zugeführt wird, nämlich der vorbehaltlosen Rückgliederung des Saargebietes zum Deutschen Reich, zu Preußen und zu Bayern.

Der Bevölkerung aber danken wir für ihre vorbildliche deutsche Haltung.

Die Versammlung bekundete durch stürmischen Beifall ihr Einverständnis zu dieser Entschließung, die damit einstimmige Annahme fand.

Das Wort zum Schlußvortrag über das Thema:

„Für Einigkeit und Recht und Freiheit"

sprach hierauf Pfarrer Reichard-Saarbrücken. Er sagte etwa das folgende:

Zu einer großen eindrucksvollen Kundgebung der vaterländischen Idee, wie sie noch immer Gemeingut des deutschen Volkes an der Saar gewesen ist, haben wir uns in diesen Tagen auf Würzburgs klassischen Boden zusammengefunden Unsere Tagung, die uns wundervolle Höhepunkte solidarischen, nationalen Empfindens gebracht hat, neigt ihrem Ende zu. Manch treffliches Wort ist geredet worden, gute Anregungen zu unserer weiteren Arbeit im Kampf ums Deutschtum in der Westmark haben wir erneut empfangen, Mut und Stärkung zu unserer Aufgabe auf dem vorgeschobenen Etappenposten auszuharren, ist uns auf Neue in die Herzen geströmt und diese Stunden, in denen wir mit unseren Stammesbrüdern und Volksgenossen aus allen Gauen unseres Vaterlandes haben Gruß und Handschlag tauschen dürfen, sie werden nicht wie eine rasch zerrinnende Welle in unserem Bewußtsein untergehen, sondern tief und unverlierbar in unserem Gedächtnis haften.

So ist es denn mir als letztem offiziellen Redner dieser Tagung Bedürfnis und innere Herzenssache, rückschauend auf alles Gehörte, gemeinsam Empfundene und Durchlebte, all unseren treuen Freunden in und außer dem Reich, des kämpfenden Saarvolkes tiefgefühlten Dank zum Ausdruck zu bringen für die Hingebung und Treue, mit der sie uns den Rücken stützen. Es ist etwas Großes und Ehrfurchtgebietendes um den allen Volksschichten verbindenden gemeinsamen Kampf für Freiheit, Ehre und Vaterland. Und neben vielem Großen, das in der Welt geschieht, wird doch, sittlich betrachtet, nichts heranreichen an die Freudigkeit und an die Seelenfolge, mit der ein bedrängtes Volk von übermächtigen Kräften niedergerungen, dennoch auch in seinen dunkelsten Lebenstiefen und seinen schwersten Schicksalsstunden nicht an seiner heiligen Sache verzweifelt und im Glauben an den allmächtigen Gott die Zuversicht zu seiner Zukunft nicht verliert, wie es auf einer alten kurbrandenburgischen Standarte geschrieben steht:

„Auf Gott vertrau', dich tapfer wehr',
Darin besteh' dein Ruhm und Ehr',
Denn wer's mit Gott herzhaftig wagt,
Wird nimmer aus dem Feld gejagt."

Meine Damen und Herren! Was ist es denn, worum wir kämpfen? Mit einem großen inhaltsvollen Worte ist es gesagt: Es ist die Heimat. Welch großer Gedanke, welche unübersehbare Fülle heiliger Lebensmomente liegt in diesem einen Worte und Gedanken: Deine Heimat! Die Stätte ist's, die deine frohen Kinderspiele sah, auf deren Scholle du heranwuchsest in treuer Eltern Obhut und Schutz. Der liebvertraute Boden ist es, auf dem Freundschaft und Liebe dich mit deinen Jugendgespielen verband, aus reichen Tiefen dir Glück und unbefangene Lebensfreude dein Leben überflutend, in die Seele geströmt ist. Heimat ist die Sammlung alles dessen, was dir des Daseins Leben wert gemacht, was dir als Morgengabe mitgegeben wurde auf deinen Weg in die Welt und von dem du zehren wirst bis in dein Alter hinein.

Wir an der Saar wissen, was wir an unserer Heimat haben, und wir kennen dieses Land, für dessen Bewahrung und Erhaltung unsere Väter gekämpft haben, und mit heißer Leidenschaftlichkeit hängen wir an der teueren Scholle, die das Blut unserer Helden getrunken. Wir wissen es auch und sind uns dessen in heiligem Verantwortungsgefühle bewußt, daß wir gegenüber unserem ganzen deutschen Volke ernste Pflichten zu erfüllen haben, wir, die Siegelbewahrer und Testamentsvollstrecker derer, die ihr Leben eingesetzt haben, damit dies Land deutsch bleibe, wie es immer war.

So fühlen wir nun seit Jahr und Tag für Einigkeit, für Recht und Freiheit! Darf ich es aussprechen, welches der Segen und das innerliche Geschenk schwerer Zeiten an eine Volksgemeinschaft ist? Es ist dies: das, was die Not der Gegensätze mildert und ausgleicht, daß sie zwischen den Volksgenossen, die in ruhigen, sicheren Zeiten sich leider nur zu oft den traurigen Luxus inneren Haderns leisten, starke geistige Brücken schlägt und in dem oft so auseinanderstrebenden Volke die Reihen schließt zu gemeinsamem Abwehrkampfe und zur Ueberwindung der Not. Wir an der Saar wissen, daß es zähen, zielbewußten feindlichen Mächten gegenüber um die Rettung der Heimat und um die Zugehörigkeit zum angestammten Volkstum geht und in diesem heiligen Schicksalsringen fragen wir nicht mehr, wie im einzelnen ein Mensch zu den religiösen, sozialen und kulturellen Fragen steht, sondern wir fragen nur: Bist du ein Deutscher? Und wenn du es in tiefster Seele bist, so sollst du willkommen sein.

„Für Einigkeit, für Recht und Freiheit", das ist die Parole unseres Kampfes. Daß wir entrechtet sind, in unseren elementarsten Lebensansprüchen verkürzt, wer will es leugnen, wenn er die Leidensgeschichte des Saarlandes seit nun fast zehn Jahren überblickt? Von unserem Vaterland getrennt, mit schweren wirtschaftlichen Lasten beladen, ringen wir nun schon diese lange schwere Zeit darum, endlich wieder zu denen gehören zu dürfen, denen unser Herz gehört und mit denen wir durch gemeinsame Kulturgeschichte und Ueberlieferung, durch die heiligen Bande des Blutes unlösbar verknüpft sind. Wir vertrauen darauf, daß es eine ewige Gerechtigkeit im Weltgeschehen und in den Beziehungen der Völker gibt und daß die unabänderlichen göttlichen Sittengesetze, die das Verhältnis der Völker und der Menschen ordnen, nicht dauernd unterdrückt werden können, sondern sich zuletzt doch immer wieder durchsetzen und den Sieg behalten werden. Wir Menschen aber sind dazu da, daß wir nach unserem besten Wissen und Gewissen alles tun, was in unserer Kraft an Leib und Seele steht, dem Umsturz göttlicher und menschlicher Weltordnung entgegenzuarbeiten und dem moralischen Recht zur Geltung zu verhelfen. Das sind die hohen Gesichtspunkte, unter denen wir leiden und kämpfen und das ist das große, weitausschauende Ziel, das immer wieder unserer Seele Schwingen gibt.

Es gilt den heiligen Kampf ums Recht und um die Freiheit. Ein unfreies, an tausend Abhängigkeiten gebundenes Volk kann seine große heilige Aufgabe im Rahmen der menschlichen Lebensordnungen nicht erfüllen. Um etwas recht Gutes zu leisten, muß ein Mensch frei sein, wie ein Volk frei sein muß, um frei schöpferisch schaffen und wirken zu können. Sollen wir daher in unserer deutschen Grenzmark unser rechtschaffenes Teil zur allgemeinen Lebenswohlfahrt beitragen, so müssen wir frei sein, nicht widerwillig fremden Machtgebot gehorchen, sondern allein an die Sittengesetze in unserer Brust gebunden, unseren ganzen Menschen für unsere großen Aufgaben einsetzen. Darum wollen wir frei sein, darum müssen wir frei sein Diesem Ziel gehört unsere ganze Arbeit und wir werden nicht ruhen noch rasten, bis wir diesen Kampfpreis erreichen. Dankbaren Herzens grüßen wir alle, die uns in diesem heiligen Kampf zur Seite stehen und bei denen wir für unsere Not und für unseren Kampf einem tiefen Verständnis begegnen. Freiheit! Großes heiliges Wort. Ich bin in den letzten Wochen hoch droben in den Schweizer Bergen gewesen, habe den Menschen in diesem freien Lande in die Augen geschaut und in schmerzlichem Gedenken an unsere eigene, zurzeit immer noch bestehende Unfreiheit aus der ganzen sicheren kraftbewußten Art des Schweizervolkes wieder einmal besonders deutlich herausgefühlt, welch großes Ding es ist um ein Volk, das nicht mit Ketten beladen, sondern frei und stark seinen Weg geht und die Kräfte auswirken läßt, die in seinen Tiefen ruhen und mit lebensspenderischer Kraft an die Oberfläche treiben. Zu einem solchen Volke wollen auch wir wieder werden und als Bundesgenossen bei diesem großen Werk heißen wir freudig und dankbar alle willkommen, die mit uns gleichen Willen und Geistes und gleicher nationaler Herkunft sind. So grüßen wir die Brüder und Schwestern im Deutschen Reich, die Verständnis für uns haben und uns in diesen Zeiten der Not nicht vergessen und nicht im Stiche lassen. Möge der Tag nicht mehr fern sein, da wir die Waffen senken und aufa-

mend ruhen dürfen von unserem schweren Werk. Möge uns, wenn wir diese Stunden feiern, vergönnt sein, will's Gott in naher Zeit, die Freudenfeuer auf den Höhen des Saarlandes auflodern zu sehen und teilnehmen zu dürfen an dem Befreiungsjubel eines Volkes, das zwar viel gelitten hat, aber doch nicht untergegangen ist, sondern sein heiliges Recht mit wehrhaftem Trotz zum Siege geführt hat. Gott walte es!

Auch Pfarrer Reichard erntete in der Versammlung minutenlangen Beifall.

Mit dem gemeinsam gesungenen Deutschlandlied fand die 7. Tagung des Bundes der Saar-Vereine ihren offiziellen Abschluß. Am Abend trafen sich die Teilnehmer noch zu gemütlichem Beisammensein im Festsaal des „Russischen Hofes", wo manch ernstes aber auch manch heiteres Wort gewechselt wurde. Uebereinstimmend aber war die Auffassung aller Teilnehmer, daß die 7. Bundestagung nicht nur einen äußerst harmonischen Verlauf genommen hat, sondern daß sie Bleibendes geschaffen, Wertvolles angeregt hat. Der Weg für die künftige Arbeit des Bundes der Saar-Vereine, zur baldigen Befreiung der saardeutschen Heimat, zur Aufklärung der Not unserer saardeutschen Brüder und Schwestern ist durch Würzburg vorgezeichnet worden. Der Wille zu helfen, der Wille zu siegen, wird uns die Kraft zur Weiterarbeit geben, wird uns Helfer und Mittel erstehen lassen, um möglichst bald das erfüllt zu sehen, was eine Vertreterin von Saarlandsfrauen als das Ziel des Deutschtumkampfes hinstellte, nämlich den Tag recht bald zu schauen, wo das Saargebiet sagen darf:

„Wir sind wieder daheim!"

Offizielle Grüße an die Bundestagung.

Aus Anlaß der 7. Tagung des Bundes der Saar-Vereine sind dem Bunde für seine Arbeit, dem Saargebiet für seine Treue, zahlreiche telegraphische und briefliche Grüße aus dem Reich und aus dem Saargebiet, von den Reichs- und Landesbehörden, von den Gemeindeverwaltungen, von den parlamentarischen Vertretungen, den Parteien, wirtschaftlichen und beruflichen Körperschaften und zahlreichen Freunden des Bundes der Saar-Vereine zugegangen Sie alle hier zum Abdruck zu bringen oder sie sämtlich zu benennen, ist eine rein technische Unmöglichkeit. Wir begnügen uns deshalb damit, aus der großen Reihe der offiziellen Begrüßungen diejenigen herauszugreifen, die ein besonderes Verständnis für die Tätigkeit des Bundes, für den Saardeutschtumskampf überhaupt erkennen lassen. Wenn daher eine ganze Reihe anderer Telegramme hier nicht aufgeführt wird, so möge man daraus nicht auf politische oder persönliche Hintergedanken schließen. Es ist einfach unmöglich, alle Gratulanten hier zu Worte kommen zu lassen. Es dürfen trotzdem alle Kreise und Personen, die des Saargebietes aus Anlaß der Würzburger Tagung des Bundes der Saar-Vereine gedacht haben, versichert sein, daß wir mit Dankbarkeit ihres Grußes gedenken.

„Dem Bund der Saarvereine sende ich zu seiner 7. Tagung herzliche Grüße und beste Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf der Verhandlungen.

von Hindenburg, Reichspräsident."

Der Bundestag dankte dem Reichspräsidenten durch folgenden Drahtgruß:

Der Gruß Eurer Exzellenz an unsere Bundestagung erfüllt unser Herz mit tiefer Dankbarkeit. Mit uns wird das ganze Saarvolk in treuem Kampf für sein Vaterland stehen bis zur endlichen Befreiung.

Namens der 7. Tagung des Bundes der Saarvereine:

O. Andres, Oberlandesgerichtsrat.
Th. Vogel, Verwaltungsdirektor.

Dem Bund der Saarvereine sende ich zu seiner diesjährigen Tagung meine herzlichen Grüße. Die Tagung wird, so hoffe ich, die Mitglieder der Saarvereine in dem festen Willen bestärken, in ihrer zielbewußten vaterländischen Arbeit für das schwergeprüfte Saargebiet nicht zu erlahmen. Reichskanzler Marx.

Der Bund der Saarvereine tritt heute zu seiner 7. Jahrestagung zusammen, während das Saargebiet über 7 Jahre von seiner Heimat getrennt ist. In dieser zurückliegenden Zeit hat der Bund erfolgreiche Arbeit geleistet, um der Bevölkerung des Saargebietes zu zeigen, daß die Heimat zu ihr hält und mit Stolz auf sie blickt.

Noch ist die künstliche Grenze zwischen uns und der Saar nicht gefallen, noch heißt es ausharren!

Möge dem Bund der Saarvereine auch weiter ersprießliche Arbeit beschieden sein zur Aufrechterhaltung des Gefühls der ewigen Zusammengehörigkeit, daß das Saargebiet mit dem übrigen Deutschland eint.

gez. Stresemann.

Nunmehr in immer stärker werdendem Maße auch die leibliche Not die Brüder und Schwestern im Saargebiete bedrückt, möge auch Ihre Tagung dazu beitragen, daß bald das Saargebiet wieder zum großen deutschen Vaterlande zurückkehren kann. Sie können versichert sein, daß die Reichsregierung wie bisher auch in Zukunft nach Kräften bemüht bleiben wird, den Weg zur baldigen Heimkehr ins Reich zu ebnen.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete
Dr. Marx, Reichskanzler.

Die Schienenwege des Saarlandes und seine Wasserstraßen sind der Verwaltung durch das Reich immer noch entzogen; auf den Anschluß an die deutschen Luftverbindungen wartet die Saarbevölkerung seit Jahren. Wenn ich dem Bunde der Saarvereine zu seiner diesjährigen Tagung freudig das Beste wünsche, so tue ich es deshalb vor allem in der Hoffnung, daß dem Saarlande bald wieder die wirtschaftlichen Segnungen des Anschlusses an das große deutsche Verkehrsnetz zuteil werden mögen. Ich verbinde mit dem Ausdruck dieser Hoffnung das Versprechen, mir schon vor der Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Reiche die Sorge für Wirtschaft und Bevölkerung an der Saar und namentlich auch die Betreuung der deutschen Eisenbahnbeamten, -arbeiter und -sozialrentner im Saargebiet im Rahmen meiner Aufgaben jederzeit besonders angelegen sein zu lassen. Der Reichsverkehrsminister.

Gestatten Sie auch mir, dem Bunde der Saarvereine zu seiner diesjährigen Tagung in Würzburg herzliche Grüße zu senden. Möchte seiner der Pflege des Deutschtums im Saargebiet gewidmeten bedeutungsvollen Arbeit vollster Erfolg beschieden sein, und möchten seine Mitglieder von den Festtagen im Bayernlande erfrischt in die engere Heimat zurückkehren, die sich mit uns allen nach einer Beschleunigung der Befreiung und nach voller Verwirklichung des in Locarno begründeten Friedenswerkes sehnt. gez. Langwerth,
Botschafter und Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete.

Dem Bund der Saarvereine übermittle ich zu seiner am 13. und 14. August 1927 stattfindenden 7. Tagung die Grüße und aufrichtigsten Wünsche der Preußischen Staatsregierung.

Die diesjährige Tagung des Bundes der Saar-Vereine fällt in eine für das Saargebiet besonders ernste Zeit. Schwere wirtschaftliche Sorgen lasten auf der großen Masse seiner treudeutschen Bevölkerung, Zeiten weiterer wirtschaftlicher Not stehen ihr möglicherweise noch bevor. Das Saargebiet darf versichert sein, daß die Preußische Staatsregierung sich mehr denn je mit seiner notleidenden Bevölkerung verbunden fühlt

und ernstlich bestrebt ist, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um ihr Schicksal zu erleichtern und in möglichst naher Zukunft zu einer entscheidenden Wende zugunsten der deutschen Sache zu bringen.

Die Preußische Staatsregierung gibt sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß der Bund der Saar-Vereine, der in diesen Tagen auf eine siebenjährige unablässige Arbeit im Dienste des Saargebietes und seiner Verbundenheit mit dem übrigen Deutschland zurückblickt, auch in Zukunft seine Aufgabe einzig und allein darin sehen wird, in selbstloser, überparteilicher Arbeit an den Zusammenhalt des Saargebietes mit dem deutschen Vaterlande zu seinem Teile mitzuwirken und für die Not und den Opfermut seiner Bevölkerung in weiten binnendeutschen Kreisen Verständnis und Hilfsbereitschaft zu gewinnen. Möge er sich hierbei stets auf das einmütige Vertrauen sämtlicher Bevölkerungskreise im Saargebiete stützen können und möge in diesem Sinne seiner Tätigkeit auch in der kommenden Zeit Erfolg beschieden sein.

gez. Grzesinski.

Es ist dieses Mal nicht leicht, der deutschen Saarkundgebung ein Geleitwort zu widmen. Denn dieses Geleitwort muß, wie der ganze deutsche Kampf um das Saargebiet, getragen sein von Optimismus und Zuversicht auf den Sieg. Der äußere Anschein bietet aber heute keine Grundlage für einen hoffnungsfreudigen Glauben an die nächste Zukunft. Das Schiff des Saarlandes schaukelt auf den Wellen des Völkerbundes, und während es vor noch nicht langer Zeit den Anschein hatte, als ob es bald in glücklicher ruhiger Fahrt im Hafen der Sehnsucht landen würde, wird es jetzt wieder einmal von Sturm und Unwetter hin- und hergeworfen. Es wird versucht, die Fahrt aus der Richtung zu bringen und aufzuhalten. In solcher Lage muß die Schiffsmannschaft zusammenstehen, einig und treu, fest blickend auf Führer und Steuermann, nicht rechts und links halten, sondern nur geradeaus. Das ist, was ich wünschen möchte, das alle Saarländer beherzigen. Wenn Sie dann einmal im Hafen sind und ans Land gegangen, dann mögen sie sich auseinandersetzen und sich streiten, wie die Bewohner der Länder es sich leisten können, deren Geschick in einer in etwa festen nationalen Zugehörigkeit verankert ist. Solange sie aber in wildem Sturm heute mehr als je auf einem ächzenden Schiffe zusammensitzend erst mit sehnsuchtsvollem Blicke nach dem sicheren Hafen Ausschau halten müssen, solange heißt es: Zusammenhalten. Einigkeit, Disziplin, gemeinsame Anstrengung und Arbeit. Hinter dieser einigen Mannschaft wird dann um so eher anfeuernd, aber auch helfend und unterstützend das ganze übrige Deutschland und vor allem die mit dem Saargebiet so eng verwachsene Rheinprovinz stehen. Das soll die deutsche Saarkundgebung in Würzburg erneut zum Ausdruck bringen.

gez. Dr. Horion, Landeshauptmann der Rheinprovinz.

Die Sächsische Regierung ... Daß der Ruf „Deutsch die Saar jetzt und immerdar!" zur Wahrheit werden möge, ist mein und der Sächsischen Regierung aufrichtigster Wunsch. (gez.) Heldt.

Die Badische Staatsregierung: ... Möchte die Zeit nicht mehr allzu ferne sein, wo auch das Saarland wieder ganz dem gemeinsamen deutschen Vaterland angehören wird.

Die Württembergische Staatsregierung: ... Möge die Tagung in Ihnen allen aufs neue frohe Zuversicht und frischen Mut schaffen und möge unsere Hoffnung — die Befreiung des Saarlandes — recht bald in Erfüllung gehen! (gez.) Bazille.

Zur Würzburger Tagung entbiete ich dem Bund der Saarvereine meine Grüße und guten Wünsche. Das Hessenland verfolgt Ihre Bestrebungen für das Deutschtum im Saargebiet mit warmer Sympathie und erhofft mit Ihnen die baldige Befreiung des gesamten deutschen Westens.

(gez.) Staatspräsident Ulrich.

Anhaltisches Staatsministerium: ... Es sei uns deshalb gestattet, an dieser Stelle erneut zum Ausdruck zu bringen, daß wir mit dem gesamten übrigen Deutschland in unwandelbarer Treue hinter den Brüdern und Schwestern an der Saar in ihrem berechtigten Kampfe um das Recht der Selbstbestimmung, sowie um ihre endliche Befreiung stehen und den aufrichtigen Wunsch hegen, daß die Würzburger Verhandlungen dazu beitragen mögen, alle leidenden Volksgenossen an der Saar in treuem Festhalten am deutschen Vaterlande und in der Hoffnung auf eine baldige endgültige Rückkehr zu bestärken.

Thüringisches Staatsministerium: ... Möge die Tagung dazu beitragen, das Band zwischen dem Saargebiet und dem gemeinsamen deutschen Vaterlande weiter zu festigen.

Braunschweigisches Staatsministerium: ... Ich benutze jedoch gern die Gelegenheit, dem Bunde gegenüber aufs neue zum Ausdruck zu bringen, daß Regierung und Bevölkerung des Landes Braunschweig alle seine verdienstvollen Bestrebungen mit regster Anteilnahme verfolgen und ihnen nachhaltige Wirkung wünschen. Gerade in diesen Tagen, da die wirtschaftlichen Nöte und die Französierungsbestrebungen stärker denn je das Gemüt bedrücken, wird die von der Würzburger Tagung ausgehende „Kundgebung für das abgetrennte Saar- und Pfalzgebiet" unsere deutschen Brüder und Schwestern in diesen Landesteilen mit gestärkter Hoffnung und neuer Kraft zum Durchhalten erfüllen. Jenseits des Rheins aber möge die Kundgebung als ein Gelöbnis gehört werden, daß das große Vaterland unerschütterlich treu zur Saar und Pfalz steht und allen Versuchen einer dauernden Abschnürung einmütig entgegentreten wird. (gez.) Marquardt.

Die Mecklenburg-Schwerinsche Regierung wird wie bisher auch in Zukunft bemüht bleiben, die Ziele und Bestrebungen des Bundes der Saarvereine nach Kräften zu fördern und damit der Saarbevölkerung zu beweisen, daß in Mecklenburg-Schwerin das wärmste Verständnis für ihre schwere Lage herrscht. (gez.) Schroeder.

Das Mecklenburg-Strelitzsche Staatsministerium ... folgt nach wie vor den Bestrebungen des Bundes mit dem wärmsten Interesse und weiß sich mit ihm eins in dem Wunsche und in der Hoffnung auf baldmöglichste Befreiung des Saargebietes.

Das Oldenburgische Staatsministerium: Dem Bund der Saarvereine und dem Volk an der Saar herzliche Treugrüße und Dank für unermüdliche Arbeit am Befreiungswerk.

Der Senat der Freien u. Hansestadt Hamburg: ... Vom alten, stolzen Köln im Vorjahre geht die Zusammenkunft in diesem Jahr nach dem ehrwürdigen, schönen Würzburg. Nehmen wir diese Tatsache als ein Zeichen dafür, wie tief sich die Saarländer dem deutschen Volk in allen seinen Stämmen verbunden fühlen und wie sehr sie sich als Glied des gesamten deutschen Volkes wissen. In einer Zeit schwerer wirtschaftlicher Not, wie sie das Saargebiet jetzt durchmacht, ist dieses Bewußtsein der Einheit des deutschen Volkes und die Besinnung auf seine kulturellen Kräfte notwendiger denn je. Daß die Würzburger Tagung in diesem Sinne reiche Erfolge zeitigen möge, ist der aufrichtige Wunsch des Senats.

Der Senat der freien Hansestadt Bremen: ... Wie der Schicksalskampf an Ruhr und Rhein im deutschen Sinne entschieden ist, so wird es auch an der Saar geschehen, dafür bürgt die treue deutsche Gesinnung der Saarbevölkerung, die durch schwere seelische und wirtschaftliche Not der vergangenen Jahre nicht hat gebrochen werden können und auch in Zukunft nicht gebrochen werden wird. Die Niedersachsen an der Wasserkante fühlen sich eins mit den Brüdern an der Saar und werden ihnen die Treue halten.

Der Senat der Freien u. Hansestadt Lübeck: ... In zäher Ausdauer und mit großem Opfermut hat die Saarbevölkerung bisher für die Erhaltung und Stärkung des Deutschtums im Saargebiet gekämpft und allen Lockungen und Drohungen der Gegner, auch unter starkem wirtschaftlichen Druck, widerstanden. Gleich dem übrigen unbesetzten Deutschland blickt die alte Hansestadt an der Trave mit Bewunderung auf die tapfer ausharrende Saarbevölkerung, deren Nöte und Leiden sie tief mitempfindet und der sie in ihrem schweren Ringen um ihre Freiheit treu zur Seite steht. Möge den Bemühungen des Bundes der Saarvereine und seiner Tagung ein voller Erfolg beschieden sein.

Der Präsident des Preußischen Landtags: ... Mögen Ihre Beratungen dazu beitragen, die Widerstandskraft der treuen Bevölkerung an der Saar zu stärken, damit sie den Kampf um ihr Deutschtum unbeirrt fortführt bis zu dem Tage der Befreiung und der Rückkehr zum alten Vaterlande. Daß dieser Tag recht bald komme, soll unser aller Ziel und Streben sein. Möge Ihre Tagung mithelfen, daß die Freiheitsstunde dem Saarvolke näherrückt!

(gez.) Bartels.

Die Deutsche Demokratische Partei grüßt die Vertreter des Saarlandes. Soviel Trauriges, soviel unendlich Peinvolles Deutschland in den letzten Jahren unter den Folgen des Krieges, unter den Auswirkungen des Friedensvertrages auszukosten gehabt hat, eines ist uns doch in aller dieser Zeit Stolz und Ermutigung gewesen: die Treue, welche die durch Versailles zunächst oder nach dem Willen der Sieger — für immer von dem Vaterland Losgerissenen ihrem Deutschtum gewahrt haben. Es ist angenehme Pflicht, festzustellen, daß dabei die Bewohner des Saargebiets mit am ersten Platze gestanden haben und noch stehen. Der Saarländer ist deutsch und will deutsch bleiben. Und er begnügt sich nicht mit einem bloßen Lippenbekenntnis, er läßt auch die Tatsachen sprechen, so deutlich, daß kein Staat der Welt mehr darüber im Zweifel ist. Das Deutsche Reich aber dankt den Stammesgenossen, die auf einem vorgeschobenen Posten allen Unbilden zum Trotz den festen Willen untrennbarer Zugehörigkeit zu ihrer alten Heimat bekunden, von Herzen und wird nie vergessen, was die Brüder an der Saar jetzt zu leiden haben um ihrer deutschen Gesinnung willen, aus Anhänglichkeit an ihr Deutschtum, das sie als kostbares Heiligtum unversehrt zu erhalten bestrebt sind. Nicht zuletzt ist es auch die Deutsche Demokratische Partei, die von ihrer vaterländischen Einstellung aus diese Erhaltung, nein, die Kräftigung des nationalen Gedankens im Saargebiet mit lebhafter Genugtuung begrüßt und jede Gelegenheit wahrnimmt, um ihre Solidarität mit den jetzt noch außerhalb des Reichsverbandes stehenden Volksgenossen jenseits des Rheins kundzutun. Wie kein Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei vorübergeht, ohne daß Abgesandte aus dem Saargebiet immer wieder die Aufmerksamkeit auf ihre engere Heimat lenken, und ohne daß die Partei ihre Sympathien für das zeitweilig von Deutschland losgetrennte Gebiet ausspricht, ebenso rufen jetzt die Deutschen Demokraten der Tagung des Bundes der Saarvereine als der zuständigen Vertretung des Saarlandes im Deutschen Reiche herzliches Willkommen und den Wunsch zu, der Bund möge durch fruchtbringende Verhandlungen auf diesem Kongreß, sowie durch weitere fördernde Tätigkeit, wie er sie bisher ausgeübt hat, die Erreichung des uns allen gleicherweise vor Augen schwebenden Zieles, der baldigen völligen Wiedergewinnung des Saargebietes, wirksam vorbereiten.

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei: ... wird nicht ablassen, mitzuarbeiten an dem Werke des Saar-Vereins. Deutsch die Saar immerdar.

(gez.) v. Campe-Eichhoff.

Der geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei ... Von allen deutschen Grenzgebieten wird das Saarland vor die härteste Probe gestellt. Die Arbeit und die Tätigkeit der Saar-Vereine gibt uns jedoch die Gewähr, daß alle Anschläge unserer Gegner auf die Einheit des Reiches und auf die Treue zu deutschem Volkstum und deutscher Kultur vergeblich sein werden. Wir sind der festen Zuversicht, daß der Tag nicht fern ist, an dem unsere saardeutschen Brüder und Schwestern wieder mit uns vereinigt sein werden. Das Verdienst an diesem heute schon feststehenden Erfolg gebührt in erster Linie all den Männern und Frauen, die in den Saar-Vereinen den Zusammenhang mit der Heimat gepflegt, die Saarbevölkerung in ihrem schweren Kampfe unterstützt und den Willen, über alle Bedrängnisse hinweg auszuharren, gestärkt und hochgehalten haben. Möge Ihre Würzburger Tagung wiederum eine machtvolle Kundgebung sein, daß wir ein einzig Volk von Brüdern sein und bleiben wollen, heute und immerdar. (J. A.: gez. Trucksaeß.)

Bischof Matthias Ehrenfried: Begrüße und beglückwünsche Bund der Saarvereine zur treudeutschen Arbeit und Tagung. Möge bald der helle Tag leuchten, wo das Saargebiet wieder heimkommt.

Der Evangelische Oberkirchenrat: ... Den Vorgängen im Saargebiet selbst, soweit sie unmittelbar oder mittelbar auch evangelisch-kirchliche Interessen berühren, gehört von jeher unsere vollste Aufmerksamkeit und tätige Hilfsbereitschaft. Denn es ist uns stets ein ernstes Anliegen gewesen, den dortigen, unserer Kirche zugehörigen Gemeinden unseren besonderen Schutz und unsere besondere Fürsorge angedeihen zu lassen. Wie die Saargemeinden selbst in allen ihren Gliedern und Aemtern auch in Tagen schwerster Bedrängnis nicht einen Augenblick in ihrer Anhänglichkeit und in ihrer Treue zu ihrer angestammten rheinischen Provinzial- und altpreußischen Gesamtkirche wankend geworden sind, so dürfen sie auch dessen gewiß bleiben, daß alle Gemeinden unserer großen Kirchengemeinschaft geschlossen hinter ihnen stehen, um sie mit den Kräften der Fürbitte wie der Fürsorge zu stützen. Gott schütze unsere Saargemeinden!

Das Preußische Oberbergamt Bonn: ... Wenn auch seit der letzten Tagung des Bundes der Saarvereine der äußersten Westmark manche Enttäuschungen nicht erspart geblieben sind, so schimmert doch das Morgenrot einer besseren Zukunft durch. Das Preußische Oberbergamt in Bonn gibt der Hoffnung Ausdruck, daß unseren Brüdern an der Saar diese bessere Zukunft durch die politische und wirtschaftliche Wiedervereinigung mit dem Gesamtvaterlande bald beschieden sein möge!

Der Rat der Stadt Leipzig: ... Die mit der Tagung verbundene große deutsche Kundgebung für das abgetrennte Saar- und Pfalzgebiet wird der Welt von neuem zeigen, daß das deutsche Volk nicht müde wird im Kampfe um das Saargebiet und hilfsbereit geschlossen hinter der Saarbevölkerung steht, deren Kampfkraft auch durch die sie drückende wirtschaftliche Not nicht geschwächt ist.

Die deutsche Landwirtschaft fühlt sich mit ihren Volks- und Berufsgenossen jenseits des Rheins, die nun schon seit vielen Jahren gegen fremde Willkür in notvollem Kampfe um ihr Heimatrecht im deutschen Vaterlande stehen, aufs tiefste verbunden und harrt mit ihnen voller Ungeduld des Tages, wo endlich auch das schwergeprüfte Pfalz- und Saarland frei wird und heimfindet ins Reich. Die Würzburger Tagung soll in der Pfalz und an der Saar Kunde davon geben, daß das Gefühl der Schicksalsgemeinschaft und nationalen Verbundenheit stark ist in allen deutschen Herzen.

(gez.) Dr. Brandes,
Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates.

Der Deutsche Städtetag hofft, daß der opferwilligen Tätigkeit des Bundes bald ein voller Erfolg beschieden ist. Die Deutschen Städte vertrauen einmütig auf eine baldige Wiedervereinigung des deutschen Saargebietes mit dem Reiche.

(gez.) Dr. Elsas, Vizepräsident.

Der Preußische Landgemeindetag West e. V. ... Im Interesse der ganzen Saarbevölkerung, insbesondere auch der von uns getrennten Gemeinden, auf deren Wiedervereinigung mit uns wir hoffen, begrüßen wir von ganzem Herzen alles, was für die Erhaltung und Förderung des Deutschtums im Saargebiet getan wird. Wir werden deshalb nach wie vor stets, soweit es in unseren Kräften steht, bemüht bleiben, Ihrem Bunde die weitgehendste Förderung zuteil werden zu lassen und ihm unsere größte Sympathie entgegenzubringen.

Das deutsche Handwerk blickt voll Teilnahme auf die bedrängte Lage der deutschen Brüder und Schwestern in dem durch Machtspruch des Versailler Vertrages künstlich geschaffenen Saargebiet. Der gesamte Berufsstand erkennt voll Dankbarkeit die einmütige Geschlossenheit an, mit der trotz aller Lockungen und Versuche an deutscher Sitte und Heimat festgehalten wird. Das Land an der schönen Saar ist deutsch und kann nicht durch willkürlich gezogene Grenzen seine von den Vätern ererbte Gesinnung verlieren. Das Land an der Saar mit seiner arbeitsfreudigen Bevölkerung ist alter deutscher Boden und wird es immer bleiben. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit vermag auch eine jahrelange Loslösung nicht zu beseitigen. Der Aufrechterhaltung dieser Beziehungen und der Wiederzusammenführung mit Deutschland gilt der Kampf. Ihn unterstützt mit der Gesamtheit des deutschen Volkes auch das deutsche Handwerk. Dieses mannhafte Zusammenstehen in Einigkeit und Eintracht muß zum Siege führen. Möge bald der Tag der Wiedervereinigung kommen; möge bald die Stunde der Heimkehr schlagen. In diesem Sinne grüßt aus Anlaß der 7. Tagung des Bundes der Saarvereine das gesamte deutsche Handwerk die deutsche Bevölkerung im Saar- und Pfalzgebiet.

Reichsverband des deutschen Handwerks.

Reichsverband des deutschen Groß- und Ueberseehandels E. V.: . . . Wir haben die bestimmte Hoffnung, daß die Würzburger Kundgebung dem Bunde der Saarvereine, dessen große und schöne Aufgabe es ist, die Erhaltung und Förderung des Deutschtums im Saargebiet zu unterstützen, zahlreiche weitere Freunde und Förderer des großen Zieles wirbt. Die Tagung wird der Saarbevölkerung ein Zeichen dafür sein, daß ihre Not und ihre Leiden im deutschen Volke tiefstes Verständnis und wärmste Anerkennung finden.

Der Westausschuß für Rhein, Saar und Pfalz: . . . Der Wahlspruch „Heim zu Deutschland" kommt aus dem Herzen eines jeden Deutschen, mag er einer Partei angehören, welcher er will. Für alle Deutschen gibt es wohl nur einen Wunsch: das Saargebiet möge sobald als möglich zu seinem Vater- und Mutterlande zurückkehren.

Reichsverband der Rheinländer: . . . Keine neue Teillösung, sondern Totallösung sei die Parole.

Vereinigte Landsmannschaften für Eupen-Malmedy-Monschau: . . . Möge das Saarland bald den Heimweg ins Vaterland antreten, wohin auch unsere Heimat gehört.

Deutscher Ostbund: . . . Nur wenn das deutsche Volk einheitlich und kraftvoll an der Wiedergutmachung des Unrechts, das ihm durch den Versailler Vertrag an den Grenzen von West und Ost widerfahren ist, arbeitet, wird ihm auf die Dauer der Erfolg nicht versagt bleiben. Während im Saargebiet die Befreiung von fremder Verwaltung in absehbarer Zeit bevorsteht, und dann ihre Losung „Deutsch die Saar immerdar" zur vollen Erfüllung gelangt sein wird, wird unser Bund für seinen Mahnruf „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!" noch lange kämpfen müssen. Wir wären dankbar für eine Versicherung, daß wir auch Ihren Bund in diesen Ringen stets an unserer Seite finden werden.

Der Bürgermeister der Stadt Merzig: Das Saargebiet will heim in den Schoß seiner Mutter Germania. Aber nicht schöne Worte bringen uns dahin, sondern nur die unentwegte, stille Arbeit und das Opfer deutscher Edelmänner, denen rheinische Nibelungentreue alles, Dank und Anerkennung nichts bedeutet. Cum fide virtus!

(gez.) Hans Scheuren.

Der Bürgermeister der Stadt Bous (Saar): Im Namen aller Gemeindeangehörigen wünsche ich der Tagung besten Verlauf und hoffe, daß die Kundgebung das edle Ziel des Vereins, die baldige Rückkehr des Saargebietes zum deutschen Vaterlande, fördern helfe. (gez.) Rey.

Es zeigte allem welschen Locken Widerstand die Saar.
Sie hielt die Treue ihrem Vaterland. Und als die welsche Hand
Uns hart bedrängte gar, stand treuer noch zum Vaterland
die Saar.
So bleibt's, das schwören 750 000 Saardeutsche, und ihr einiger Schwur tönt brausend: deutsch bleibt die Saar auf immerdar.

Die deutschen Landsmannschaften im Saargebiet: Verein der Oldenburger, Verein der Württemberger, Verein der Badener im Saargebiet, Pfälzer Verein, Schlesischer Verein Saarbrücken, Thüringer Verein des Saargebiets, Verein der Moselaner im Saargebiet, Bayern-Verein, Verein der Hessen-Darmstädter des Saargebiets, Verein der Kurhessen im Saargebiet, Verein der Landsleute des Hunsrücker-Nahe- und Birkenfelder Gebietes.

Einigkeit nur kann uns bringen
Recht für unser Vaterland,
Freiheit wollen wir erringen:
Deutsch bleibt unser Saaresstrand.

Allen Landsleuten herzliches „Glückauf!".

Kapitänleutnant Vogel.

Saardank an Würzburg.

Nachdem die 7. Tagung des Bundes der Saarvereine in Würzburg einen so erhebenden Verlauf genommen hat, nachdem die Tage ernster Beratungen und ergiebiger Aussprachen vorüber sind, ist es uns eine Ehrenpflicht, allen, die mit dazu beigetragen haben, daß das Ergebnis der Tagung ein so überaus befriedigendes ist, unseren aufrichtigen und verbindlichsten Dank auszusprechen.

In erster Linie danken wir für die uns in so hohem Maße zuteil gewordene Unterstützung Herrn Regierungspräsidenten Dr. von Henle und seiner Regierung, Herrn Oberbürgermeister Dr. Löffler und der Stadtverwaltung, dem Verkehrsverein von Würzburg, den Sängern und dem Orchester, ganz besonders aber auch der Würzburger Presse. Die Bevölkerung Würzburgs in allen ihren Schichten und Ständen, in allen politischen Parteien hat für die Nöte und Leiden der Saarbevölkerung volles Verständnis und hat die Notwendigkeit und Richtigkeit unserer vaterländischen Aufklärungsarbeit im Kampfe um die Deutscherhaltung des Saargebiets bestätigt. Die Würzburger Tagung hat uns in dem Glauben bestärkt, daß über dem Parteistreit sich alle guten Kräfte des deutschen Volkes zusammenfinden können zu wahrer, ernster, heiliger Vaterlandsarbeit. Wir sind überzeugt, daß der Verlauf der Würzburger Tagung jeden davon überzeugt haben wird, von welcher Bedeutung unsere überparteiliche Aufklärungsarbeit ist und daß es jeder Deutsche für seine Ehrenpflicht halten muß, für die Deutscherhaltung des Saargebiets einzutreten. Würzburg, dessen Bevölkerung wir unseren Dank aus tiefergriffenem Herzen zurufen, hat uns neuen Mut und neue Kraft für unsere Arbeit gegeben: die Saar wird deutsch bleiben, wird Treue zu Treue stehen!

In diesem Sinne entbieten wir der Bevölkerung Würzburgs den Dank mit dem alten deutschen Bergmannsgruß, der auch an der Saar gilt: Für Deutschlands, für des Saargebiets Zukunft, Freiheit und Ehre „Glückauf"!

Der Vorsitzende des Bundes der Saarvereine:
gez. Otto Andres,
Oberlandesgerichtsrat.
Der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein":
gez. Th. Vogel,
Verwaltungsdirektor.

Riesengewinne der Saargruben — steigende Not der Bergleute.

Der 8. August sah in Saarbrücken eine Massendemonstration der Saarbergarbeiterschaft, die aus allen Richtungen des Gebietes nach dem Ludwigspark gekommen war, um auf Veranlassung der Saarbergarbeiterverbände durch öffentliche Kundgebung der Saargrubenverwaltung und der Saarregierung das Gewissen zu schärfen. Wenn man das Verhalten der französischen Saargrubenverwaltung seit Monaten beobachtet, dann kommt man immer mehr zu der Ueberzeugung, daß sie die Saarbergleute verhöhnen wenn nicht provozieren will. Ueber die Notlage der Saarbergarbeiterschaft ist sich der französische Grubenfiskus vollständig im klaren. Er ist es gewesen, der auf einen allgemeinen Lohnabbau im Saargebiet gedrückt hat und in dem Augenblick, wo ihm das gelungen war, sofort mit der Einlegung der Feierschichten in bisher nicht dagewesener Zahl einsetzte.

Bei allen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bergarbeiterverbände und der französischen Grubendirektion hat die letztere ihr Verhalten mit den Absatzschwierigkeiten begründet. Von seiten der Organisationen ist der französischen Grubenverwaltung nachgewiesen worden, daß diese Absatzschwierigkeiten einmal auf eine vollständig verfehlte Verkaufsorganisation und zum anderen auf eine falsche Preispolitik zurückzuführen ist. Diese Einwände hat die französische Grubenverwaltung völlig unbeachtet gelassen. Wie berechtigt aber gerade der Hinweis auf die verfehlte Preispolitik war, beweist der jetzt bekanntwerdende Jahresabschluß der Saargruben für das Jahr 1926, wie er soeben im „Journal officiel" veröffentlicht wird. Danach betrug der Reingewinn der Saargruben in dem genannten Jahre **112 580 229 Franken**, gegen 10 059 541 Franken im Jahre 1925 und 34 543 561 Franken im Jahre 1924. Die Bilanz verzeichnet ferner an Rückstellungen 91 407 329 Franken und eine Betriebsmittelreserve von 240 000 000 Franken, während die Löhne und Gehälter in der Bilanz mit insgesamt — 50 128 548 Franken aufgewiesen werden.

Diese Zahlen lassen ein völlig klares Bild der wirtschaftlichen Lage der Saargruben selbstverständlich noch nicht zu; sie sagen aber das eine mit aller Deutlichkeit, daß die Betriebsüberschüsse der Saargruben trotz des rückgängigen Absatzes der saarländischen Kohlenproduktion eine gewaltige Steigerung gegenüber den Vorjahren erfahren haben. Wenn man dabei das Jahr 1924 mit seinen um rund 60 Prozent niedrigeren Betriebsüberschüssen zum Vergleich heranzieht, so muß diese Gewinnsteigerung um so mehr in die Augen fallen, als das Jahr 1924 hinsichtlich der Kohlenwirtschaft noch stark unter dem Einfluß der Nachwirkungen des Ruhrkampfes stand.

Betrachtet man diese vom „Journal officiel" mitgeteilten Zahlen allein nur unter diesem Gesichtswinkel, dann tritt einem das Skrupellose und Brutale der Lohnpolitik der französischen Grubenverwaltung um so mehr ins Auge, weil eben von einer wirtschaftlichen Notlage der Saargruben unter keinen Umständen gesprochen werden kann. Die Gesamtlöhne der Saargruben machen nur etwa 45 Prozent des im Jahre 1926 erzielten Reingewinns aus, während sie gegenüber den Rückstellungen und der Betriebsmittelreserve noch nicht einmal 15 Prozent betragen.

Aber nicht nur der französischen Saargrubenverwaltung gegenüber bedeuten diese Zahlen Vorwurf und Anklage, sondern in gleich großen oder größerem Maße auch gegenüber der Saarregierung. Wenn diese ihren Auftrag, kein anderes Ziel als die Wohlfahrt und die Rechte der Saargebietsbevölkerung zu kennen, je ernst genommen hätte, dann hätte es ihr nicht schwer fallen können, sich von dem günstigen Geschäftsstand der Saargruben zu unterrichten. Es wäre dann nicht nur eine Pflicht der Saarregierung gewesen, die Saargrubenverwaltung zu einer angemessenen Lohn- und Sozialpolitik anzuhalten, es wäre geradezu ein Vergehen gegen ihre Dienstpflichten gewesen, wenn sie entsprechende Schritte gegen die Saargrubenverwaltung nicht unternommen hätte.

Der Gewinnabschluß der Saargruben zeigt aber weiter, wie sich die Raubbaumethoden der französischen Grubenverwaltung ziffernmäßig auswirken: auf der einen Seite zusammensinkende Dörfer und Zerstörung der Wohnstätten der Bevölkerung, auf der anderen Seite ein Schlemmerleben der französischen höheren Grubenbeamten, ein Vergeuden der Gelder und Milliardenverdienste des französischen Fiskus. Die Aussaugung des Saargebiets durch Frankreich kann gar nicht besser illustriert werden wie durch diese Zahlen auf der einen Seite und durch die sichtbar täglich zunehmende Not der weiteren Schichten der Saargebietsbevölkerung auf der anderen.

Es ist zwecklos zu fragen: Wo bleibt der Völkerbund? Dieser hat längst erkannt, daß er den französischen Bestrebungen gegenüber im Rheinland wie im Saargebiet völlig machtlos ist. Er befaßt sich am liebsten mit ganz nebensächlichen Dingen und drückt sich um jede Entscheidung herum, bei der es sich um grundsätzliche Fragen der Völkerbundspolitik, der Völkerbundsidee handelt. Es ist handgreiflich, daß die Völkerbundsmächte die Idee des Völkerbundes in allen sie selbst berührenden Fragen verleugnen, sofern sie daraus nicht politische oder wirtschaftliche Vorteile ziehen können.

Was von der Verleugnung der Völkerbundsidee durch die großen Völkerbundsmächte im allgemeinen gilt, gilt in ganz besonderer Weise von den Verwaltungsmethoden des Völkerbundes im Saargebiet. Solange diese Völkerbundsverwaltungskommission an der Saar besteht, solange hat bei ihren Verwaltungsmaßnahmen einzig und allein das Interesse Frankreichs den Ausschlag gegeben. Selbst der größte Laie konnte die Entwicklung der Verhältnisse im Saargebiet seit der Tätigkeit der Saarregierung gradlinig verfolgen: Unter Mißachtung der Interessen, wie der Rechte und der Wohlfahrt der Saargebietsbevölkerung, unter Förderung der französischen Interessen und Bestrebungen sank das Saargebiet wirtschaftlich immer tiefer, stieg die Not der Saargebietsbevölkerung immer höher. Heute hat sie den Punkt erreicht, den man vor langem voraussah, den Punkt nämlich, der zur Explosion treibt. Die Demonstration am 8. August vor der Bergwerksdirektion Saarbrücken war eine letzte Mahnung. Wenn diese unter der Hetze der von der Saarregierung mit verdächtigem Eifer verhätschelten Kommunisten anschließend daran zu einem Zusammenstoß mit den Ordnungsorganisationen des Landes führte, dann kann man im Zweifel sein, ob hier politische Verführung oder verwerflichste Provokation durch französische Agenten den Ausschlag gegeben haben. Es ist nicht das erste Mal, daß sich unter der Aegide der Saarregierung französische Provokateure am Werke zeigten. Man denke an gewisse Vorgänge während des 100tägigen Bergarbeiterstreiks im Jahre 1922, man denke an die Kennel-Enthüllungen und man denke schließlich an die beleidigenden Ausführungen Raults in seiner berüchtigten Denkschrift über die Unmöglichkeit der Aufstellung einer örtlichen Gendarmerie wegen der „unruhigen und unzuverlässigen Elemente der Saargebietsbevölkerung", eine Aeußerung, die sinngemäß sich bedauerlicherweise im Dezember vorigen Jahres auch der französische Außenminister Briand zu eigen gemacht hat.

Ueberblickt man die Vorgänge der letzten Wochen noch einmal sorgfältig, erinnert man sich des Widerstandes der profranzösischen Mehrheit der Saarregierung gegen die Abberufung der französischen Saarbesatzung, ruft man sich die gänzlich unverständliche Zubilligung der Exterritorialität an den Bahnschutz in Erinnerung und denkt man an die Grußvorschriften an Polizei und Landjäger gegenüber dem Saarbahnschutz — taucht da nicht im Hintergrund das französische Verlangen auf, unter Ausmalung von Gefahren für die Saargruben die französische Besatzung ins Saargebiet zurückzurufen? „Not kennt kein Gebot," das sagt schon ein altes Sprichwort. Unsere Saarbergleute sind gewiß nicht diejenigen, die jegliche ungerechte Behandlung stillschweigend hinnehmen. Sie verlangen ihr Recht, verlangen in ihrer jetzigen Not ihr Lebensrecht mit starker Kraft — Terroristen, Demolanten, Pöbelhaufen sind die saardeutschen Bergleute nicht, wenn man sie nicht durch fremde Elemente verführt, provoziert. Die Saararbeiter wissen sehr wohl, daß sie ihr Brot nur haben werden, wenn ihre Arbeitsstätten intakt sind. Wo sich eine andere Auffassung äußert, ist sie von außen künstlich hineingetragen. Die gewaltigen Reingewinne der Saargruben bei steigender Not der Saarbergarbeiterschaft sind allerdings kaum geeignet, beruhigend auf die darbenden Massen zu wirken.

Frankreichs Saarwünsche 1815–1870.

Vergeblich hat Clémenceau auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 versucht, das Saargebiet als angeblich vorwiegend französisch sprechendes, von einer großen Anzahl Franzosen bewohntes und nach Frankreich gravitierendes Land für Frankreich in Anspruch zu nehmen. Mit Zehntausenden gefälschter Unterschriften suchte der französische Ministerpräsident ein „Recht" zu konstruieren und die Vertreter der alliierten Mächte England, Amerika und Italien zu bluffen. Daß es ihm nicht gelungen ist, sondern daß das Schicksal des Saargebietes bis 1935 in der Schwebe bleibt, ist sicher weniger den historischen und ethnographischen Kenntnissen der übrigen Konferenzteilnehmer zu verdanken, als der englischen Befürchtung, daß ein im Besitz der Saarkohlen und der lothringischen Erzgruben befindliches Frankreich ine gar zu unerfreuliche Konkurrenz auf dem Kontinent sein könnte.

Ebenso wie dieser jüngste Versuch Clémenceaus waren gebietes durch auch die früheren vorübergehenden Besitzergreifungen des Saargebietes durch Frankreich auf Unrecht und Gewalt aufgebaut. Die erste dieser Usurpationen erfolgte durch Ludwig XIV. auf Grund der berüchtigten Beschlüsse der Metzer Reunionskammer — die seit langem auch von französischen Forschern als eine ungewöhnlich skandalöse Verletzung des internationalen Rechtes gebrandmarkt worden sind —, die zweite durch die Heere der Revolution 1793 und Napoleon I. Als das auf Blut und Tränen gegründete Reich des Tyrannen zusammenbrach, wurde von den siegreichen Verbündeten als Grenze Frankreichs sein Gebietsumfang vom 1. 1. 1792 zugestanden. Zu diesem Zeitpunkt war die ganze Grafschaft Saarbrücken deutsch gewesen; trotzdem bestimmte der erste Pariser Friede 1814, daß ein Teil des Saargebietes bei Frankreich bleiben sollte. Erst die Rückkehr Napoleons und die etwas strengeren Bestimmungen des zweiten Pariser Friedens von 1815 führten (dank einer leidenschaftlichen und umsichtigen Propaganda der Bewohner zugunsten ihrer Rückkehr zu Deutschland) dazu, daß nunmehr das ganze Saargebiet an Deutschland, und zwar im wesentlichen aus religiösen und wirtschaftlichen Gründen — an Preußen kam, was u. a. ein Mitglied der vielgeprüften Bevölkerung mit dem gleichzeitig merkwürdig naiven wie wuchtigen Vers begrüßte:

Man hat mich spottweis Deutsch genannt.
Deutsch sein ist Ehr' und keine Schand',
Ihr welschen Bastards, seht und hört:
Ein deutscher Mann ist ehrenwert!

Die Erinnerung an die Siegeszüge Napoleons und die unausrottbare Gier Frankreichs nach Länderraub haben von Zeit zu Zeit dort immer wieder den Wunsch nach einer Annexion des Saargebietes auftauchen lassen. Verstärkt wurde dieser Wunsch naturgemäß durch die fast amerikanische Entwicklung, die das Land unter der preußischen Herrschaft durchgemacht hat; hat sich die Bevölkerungszahl seit 1815 doch verachtfacht!

Das Jahr 1840, in dem Frankreich in Aegypten vor England und seinen Verbündeten in ähnlicher Weise zurückweichen mußte, wie 1898 in Faschoda, brachte — zeitlich mit der Ueberführung der sterblichen Ueberreste Napoleons nach Frankreich zusammenfallend! eine gewaltige chauvinistische Gärung in Frankreich hervor: die empfindliche Niederlage seines Prestiges in Afrika wollte man durch Erwerbung der von jeher so inbrünstig begehrten Rheingrenze ausgleichen. Die unsichere innere Lage der Regierung Louis Philipps ließ jedoch eine ernstliche Verwicklung nicht angebracht erscheinen, und von der großen Erregung blieben eigentlich nur eine Reihe von patriotischen Gedichten auf beiden Seiten übrig, wie Nikolaus Beckers Rheinlied und Schneckenburgers „Wacht am Rhein" hüben und Mussets aufreizende Verse „Nous l'avons eu, votre Rhin allemand" und Lamartines großzügig-pazifistische „Maiseillaise de la paix" drüben. — Die Gerüchte über Abtretungsverhandlungen zwischen Preußen und Frankreich wollten nie ganz verstummen; 1860 wurde der Prinzregent von Preußen anläßlich der Eröffnung der Rhein-Nahe-Bahn hierüber geradezu interpelliert. Seine Erklärung, daß eine Trennung des Saarlandes von Preußen niemals mit seinem Willen erfolgen würde, wurde mit großer Befriedigung aufgenommen.

Neue Gerüchte tauchten schon 1861 auf: es hieß, die preußische Regierung beabsichtige, die Saargruben für 20 Millionen Taler an das Haus Rothschild zu verkaufen. Ein Artikel der Pariser „Option nationale" vom November 1860 erregte mit Recht großes Aufsehen: er enthielt die folgende, im schlimmsten Sinne echt französische Argumentation: „Wir bedürfen des Kohlenbeckens von Saarbrücken, das bestimmt ist, Lothringen, Elsaß und unsere nordöstlichen Departements mit Kohlen zu versorgen. Die wahre Friedenspolitik besteht darin, einer Nation nicht das zu verweigern, was ihr die Natur selbst bestimmt hat (!). Die Kohlengruben der Saar sind uns dermaßen notwendig, und wir haben ein so großes Interesse daran, ihre Ausbeute zu möglichst geringem Preise in unsere Fabriken zu schaffen, daß ein Gesetz vom 20. 5. 1860 die Ausführung eines Kanals gestattet hat, der diese kleine Gegend vermittels des Marne-Rhein-Kanals mit dem Elsaß und der Champagne in Verbindung setzen soll ... Außerdem sind Saarlouis, Saarbrücken und Landau durch eine gehässige Verletzung der feierlichsten Verpflichtungen Frankreich entrissen worden. Der Vertrag vom 30. Mai 1814 setzte unsere Grenze so fest, wie sie 1792 gewesen, und ließ uns das Kohlenbassin an der Saar. Die Mächte erklärten feierlich im Jahre 1815, daß sie die Waffen einzig zur strengen Durchführung des Vertrages von 1814 ergriffen. Es war also ein unsäglicher Mißbrauch der brutalen Gewalt, eine Art Meineids, wodurch die Verträge von 1815 Preußen diesen Anteil des französischen Gebietes zuerkannten." Es erfolgten auf diese eigentümlichen Ausführungen, die in bezug auf den Besitzstand von 1792 eine glatte Lüge darstellen, zwar sehr energische Antworten, aber die Beunruhigung der Saarländer erneuerte sich, als Bismarck im September 1865 mit Napoleon III. in Biarritz zusammentraf. Man befürchtete, der große Mann könnte ein preußisch-französisches Bündnis gegen Oesterreich mit territorialen Zugeständnissen in der Saargegend erkauft haben. —

Kaum war der preußisch-österreichische Krieg von 1866 beendet, als Napoleon Entschädigungsansprüche für seine wohlwollende Haltung in der deutschen Frage anmeldete: am 5. 8. 66 übersandte der Botschafter Graf Benedetti Bismarck den Entwurf eines geheimen Vertrages mit Frankreich, dessen erster Artikel lautete: „Das französische Kaiserreich tritt wieder in den Besitz der Gebietsteile, die, heute zu Preußen gehörig, im Jahre 1814 in die Begrenzung Frankreichs eingeschlossen waren." In den weiteren Artikeln wurde die Abtretung von Rheinhessen und Rheinbayern sowie die Aufhebung der Bundesangehörigkeit und des Besatzungsrechtes von Luxemburg gefordert. — Bismarck wies diesen Entwurf mit Entschiedenheit zurück, er erklärte, ein Beharren französischerseits darauf bedeute den Kriegsfall, von dem die napoleonische Dynastie allerdings wohl mehr zu fürchten hätte als Preußen.

Dieselbe Ablehnung erfuhr Benedetti am nächsten Morgen bei König Wilhelm. Damit war bereits eine der Ursachen zu dem Kriege von 1870 gelegt, dessen Ausbruch sich infolge der mangelnden Rüstung Frankreichs allerdings noch vier Jahre hinzog. Die Wiedererwerbung Lothringens durch den Frankfurter Frieden wandte für fast 50 Jahre die Gefahr einer neuen Französierung des Saargebietes ab, aber der tragische Ausgang des Weltkrieges und der unverändert starke und unverändert verbrecherische Ausdehnungsdrang Frankreichs nach Osten zwingt uns aufs neue zum Kampf gegen den Geist Ludwigs XIV., den wir 1813 ebenso wie 1870 bekämpft haben.

Kleine politische Umschau.

Noch immer französische Gendarmerie im Saargebiet?

Eine befremdliche Meldung bringt die „Saarbrücker Zeitung" aus Sulzbach. Danach haben „die seit Einzug der Franzosen stationiert gewesenen französischen Gendarmen den Ort Sulzbach verlassen, **um in die Kaserne nach Saarbrücken verlegt zu werden.**" Wie reimt sich das mit der bisherigen Behauptung, daß die Gendarmen nur im Zusammenhang mit der französischen Besatzung gleichsam als französische Feldgendarmen im Saargebiet sich aufhielten? Als der Abzug der französischen Besatzung in Genf beschlossen wurde, wurde ausdrücklich erklärt, daß mit der Besatzung auch die französische Gendarmerie verschwinden würde. Nach der erwähnten Meldung der „Saarbrücker Zeitung" scheint das nicht der Fall zu sein. Mit welchem Recht und mit welchen Aufgaben wird die französische Gendarmerie im Saargebiet aufrecht erhalten? Diese Frage richten wir an die Saarregierung, und wir hoffen, daß sie von der deutschen Völkerbundsdelegation auch in Genf erhoben wird.

Verstaatlichung der höheren technischen Lehranstalt im Saargebiet.

Vor mehreren Monaten befaßten wir uns mit dem höheren technischen Schulwesen im Saargebiet und stellten darin fest, daß der bisherige Zustand für den technischen Nachwuchs im Saargebiet unhaltbar ist. Wir gaben die Auffassung der interessierten Kreise des Saargebiets dahin wieder, daß die in Saarbrücken bestehende private höhere technische Lehranstalt, deren Abschlußprüfungen vom Reich und von den Ländern nicht anerkannt werden, der Stadt Saarbrücken übertragen werden sollte. Am 26. Juni befaßte sich mit der Angelegenheit eine Versammlung der Eltern und Schüler der höheren technischen Lehranstalt, der eine Kommission über die bisher unternommenen Schritte Bericht erstattete. Im Auftrage des Ausschusses hat Herr Woll in einer Denkschrift der Regierungskommission den Nachweis erbracht, daß bei einer Verstaatlichung für die Regierungskommission ein jährlicher Kostenvorschuß von 200 000 Fr. benötigt würde. Herr Woll konnte mitteilen, daß eine persönliche Rücksprache des Vorstandes der Elternvereinigung mit Herrn Minister Dr. Vezensky ergeben habe, daß die Dringlichkeit der Verstaatlichung von ihm anerkannt würde, auch die Bergverwaltung im Prinzip einer Uebertragung an die Regierung zugestimmt habe. Auch Minister Koßmann habe größtes Interesse für die Sache gezeigt und tatkräftige Unterstützung zugesagt.

Nach ausgiebiger Diskussion wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Versammlung der Eltern von Schülern der Höheren Technischen Lehranstalt haben mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß die Gründe zu unserer Eingabe vom 17. Oktober 1926 von der Regierungskommission gewürdigt werden, und daß den von uns beauftragten Herren durch den Minister Dr. Vezensky die sichere Aussicht auf Verstaatlichung versprochen wurde, nachdem der Nachweis erbracht werden konnte, daß der jährliche Zuschuß unter dem von der Regierung angesetzten Betrage von 200 000 bis 250 000 Fr. bleibt.

Wir wären der Regierungskommission, Abteilung Kultus und Schulwesen, zu großem Danke verpflichtet, wenn die Angelegenheit nunmehr mit größtmöglicher Beschleunigung erledigt würde. Es steht der Schluß des Schuljahres 1926/27 bevor, die diesjährigen Absolventen gehen daher schon wieder alle Vorteile die aus der Verstaatlichung resultieren, verlustig. Es häufen sich ferner die Fälle, wo die Zurücksetzung und dadurch Schädigung der Absolventen der hiesigen Schule gegenüber denen anderer Anstalten bekannt werden. Hinzu kommt mit dem Inkrafttreten der Verfügung IV 3530 vom 15. Mai 1927 des Preuß. Unterrichtsministeriums eine neue Schädigung unserer Interessen. Nach dieser Verfügung erhalten die Absolventen von staatlichen oder anerkannten Fachschulen das Zeugnis der mittleren Reife (Einjähriges). Da die hiesige Anstalt nicht zu den von Preußen anerkannten Anstalten zählt, so gehen unsere Söhne auch dieses Anspruches verlustig. Es bedarf keiner näheren Erläuterung, daß diese Nachteile sehr groß sind. Mit der Verstaatlichung der hiesigen Schule wird aber die Anerkennung in Preußen und im Reiche auf Grund des Gegenseitigkeitsvertrages sofort verwirklicht. Wir würden es froh begrüßen, wenn nunmehr bald, — möglichst noch vor Beginn des neuen Schuljahres am 1. Oktober 1927 — die Verstaatlichung vorgenommen, und so das seinerzeit von Herrn Minister Grafen Moltke öffentlich und jetzt unseren Vertretern durch Herrn Minister Dr. Vezensky gegebene Versprechen eingelöst würde."

Kleine Tageschronik.

Mit Ernst und Humor durchs Saarland.

Der Saarkalender 1928, herausgegeben von dem Ehrenmitgliede des Bundes der Saar-Vereine, Chefredakteur Albert Zühlke, ist wie seine Vorgänger ein streitbarer Held, in frischer Volkstümlichkeit ein Kämpfer für Recht und Freiheit, in seiner Form allerdings ein lieber Bauernkalender, der dem Landwirt und Gärtner mit guten Ratschlägen zur Hand gehen will. Mutig tritt er für das Saarland auf den Plan; scharf und rücksichtslos in seiner Satire, klingt ein heller Ton durch das ganze Buch, ein brausender Akkord, den General Graf Lettow-Vorbeck als Auftakt ein Geleitwort gegeben hat. Hier finden wir einen klaren Spiegel der Entwicklung auf allen Gebieten saarl. Gesittung, Gesinnung und Tat. Der Inhalt ist so reichhaltig gestaltet, daß wir uns hier auf einige Andeutungen beschränken müssen. Bisher völlig unbekannte Bilder und ebenso wichtige Aktenstücke sind vom Verfasser ausgegraben und zeigen uns u. a. das Industrieleben längst vergangener Zeiten. Neben altersgrauer Vergangenheit kommt aber auch die lebendige Gegenwart in ernsten und humorvollen Szenen in Poesie und Prosa zur Geltung. Das ganze vielgestaltige Leben im „Völkerbundsglück" wirbelt im bunten Potpourri vorüber. Die Heimatgenossen im fernsten Ausland, denen der Saarkalender längst ein vertrauter Freund geworden ist, erzählen von ihrer Liebe zum heißumkämpften Saarland und begleiten uns mit treuen Wünschen. Erzählungen in Hochdeutsch und saarl. Mundart wetteifern miteinander. Lisbeth Dill ist vertreten mit der lustigen Erinnerung an das „Theater Cechini" auf dem Dudweiler Marktplatz und mit ihrem Besuch bei der „Seherin", andere Schriftsteller u. a. mit Erinnerungen an die 70er und 174er, an das „Saarbrücker Gymnasium" usw. Alte Originale tauchen auf wie die Geschichten von „Debbes Karl" und dem Neunkirchner Eduard Sens usw. Dazwischen „Stoßseufzer", Anekdoten, Zoll- und Schmugglertricks, drollige Redeblüten aus dem Landesrat, Stadtparlament und Versammlungen. Dazu eine Sammlung saarl. Witze und Einfälle, hier mit behaglichem Schmunzeln, dort mit sarkastischem Augenzwinkern „an den Rand geschrieben". In diesem Wechsel von Haß und Liebe, Derbheit und Gemütstiefe, Qual und Humor ruht das Geheimnis des großen Erfolges des Saarkalenders, den keine saarl. Familie entbehren möchte für sich, für Kind und Kindeskinder als ein Dokument der Treue und germanischer Ehrenhaftigkeit an der Saar in drückender Notzeit. Die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94, nimmt Bestellungen auf den Saarkalender 1928 entgegen und bittet alle Freunde in Stadt und Land, diese Bestellungen möglichst umgehend aufzugeben.

✣

Saarbrücken. Die siegreiche deutsche Ländermannschaft, die am 21. August in dem Länderkampf mit Frankreich einen schönen Sieg erringen konnte, traf am Dienstag in Saarbrücken ein. Als der mit großen Eichenkränzen geschmückte Sonderzug auf dem Saarbrücker Hauptbahnhof einlief, erscholl begeisterter Jubel, der sich beim Erscheinen der Leichtatlethen auf dem Bahnhofsvorplatz zu einer spontanen Kundgebung für die siegreichen deutschen Brüder gestaltete. Um 11 Uhr vormittags fand die offizielle Begrüßung der Gäste im Rathaus statt, wo ihnen Beigeordneter Bauer ein herzliches Willkommen der Stadt Saarbrücken entbot und dabei mit besonderer Genugtuung hervorhob, daß die deutschen Teilnehmer an dem Länderkampf nach dem in Paris errungenen ruhmreichen Erfolg Saarbrücken als erste deutsche Stadt besuchten. Die Bevölkerung des Saargebiets verfolge mit besonderem Interesse alles, was das Ansehen Deutschlands fördere und zur Völkerversöhnung beitrage. Sie hege keine Feindschaft gegen ihre Nachbarn — sondern wolle nur ihre Freiheit. Der Kampf der beiden Ländermannschaften im Stadion von Columbes habe ausgleichend und versöhnend gewirkt. Weiterhin sollten aber die glänzenden Erfolge der deutschen Leichtahtleten die ganze deutsche Jugend aneifern. — Namens der deutschen Sportverbände dankte deren Geschäftsführer für die herzliche Begrüßung und sprach von der Bereitwilligkeit, die in Deutschland herrsche, die deutschen Brüder an der Saar zu unterstützen. Für den Verband zur Förderung der Leibesübungen entbot Burk-Saarbrücken den Gästen Gruß und Dank. Auf dem Saarsportplatz an der Hellwig-Straße fand dann ein Abendsportfest statt. 5000 Zuschauer umsäumten die Platzanlage, als die Ländermannschaft unter Führung von Dr. Peltzer und gefolgt von den übrigen Teilnehmern unter großem Beifall aufmarschierte. Dr. Keller entbot den Gästen im Namen des S.-C. Saar den Willkommgruß. Als Vertreter der Stadt Saarbrücken und des Stadtverbandes für Leibesübungen, widmete Herr Burk

den Athleten nochmals herzliche Glückwünsche und Dankesworte. Im Auftrage des Rhein-Main-Saarverbandes überreichte der Obmann dieses Verbandes, Vogel-Saarbrücken, der an dem Zustandekommen der Veranstaltung einen hervorragenden Anteil hatte, Dr. Peltzer einen prächtigen Blumenstrauß. In schlichten Worten dankte der Meisterläufer für den herzlichen Empfang, wobei er besonders hervorhob, daß sie gerne nach Saarbrücken gekommen wären, wüßten sie doch, daß hier an der Saar treue deutsche Herzen schlagen. Sein Hochruf auf den Sport an der Saar fand bei den Zuschauern begeisterten Widerhall. Die Kämpfe brachten zum Teil ganz hervorragende Ergebnisse. In drei Disziplinen wurden die Bestleistungen des Sonntags im Stade de Colombes überboten. Schlokat warf den Speer 61,72 Meter weit und übertraf somit seine Pariser Leistung um 1,56 Meter. Brechenmacher, die deutsche Hoffnung für die kommende Weltolympiade, stieß die Kugel 14,25 Meter weit gegen 14,17 Meter in Paris. Der deutsche Rekordinhaber im Diskuswerfen, blieb mit einem Wurf über 45,04 Meter genau 2 Meter hinter seiner in diesem Jahre in Gießen aufgestellten Bestleistung zurück, während er in Paris nur 44,84 Meter warf.

Die Saarbrücker Luftverkehrsgesellschaft beabsichtigt am 11. September auf den St. Arnualer Wiesen, einen Großflugtag zu veranstalten. Im Rahmen dieser Veranstaltung sollen von drei Verkehrsflugzeugen der deutschen Lufthansa regelmäßige Passagierrundflüge bestritten werden. Gleichzeitig ist die Vorführung von Kunst- und Schauflügen durch drei Sportflugzeuge der Raab-Katzenstein-Flugzeugwerke beabsichtigt. Ein Massenabflug von 3—4000 Brieftauben, eine Ballonjagd und eine gemischte Staffel, die sich aus Läufern, Schwimmern, Reitern, Radfahrern, Motorradfahrern, Automobilen und Flugzeugen zusammensetzt und ein Fallschirmabsprung werden die besonderen Anziehungspunkte der Veranstaltung bilden.

Saarbrücken. Am 23. August ereignete sich am Heimgarten ein schweres Straßenbahnunglück, bei dem insgesamt 12 Kinder, davon 2 schwer verletzt wurden. Veranlaßt wurde das Unglück dadurch, daß ein Beiwagen, der zu einem Triebwagen gehörte, der die erholungsbedürftigen Kinder vom Luftbad am Schwarzenberg abholen sollte, auf der abschüssigen Straße plötzlich in Rollen kam. Als die Kinder den Wagen bestiegen hatten, bemerkte plötzlich der Schaffner, daß sich der Wagen in Bewegung setzte. Der Schaffner versuchte den Wagen abzubremsen, doch funktionierte offenbar die Bremse nicht ganz, so daß der Wagen durch das starke Gefälle an der Brauerei Bruch immer größere Schnelligkeit annahm. Leider gelang es nicht, den Wagen zum Stehen zu bringen, so daß er mit einem von der Post her kommenden Triebwagen zusammenstieß. Durch die in Trümmer gehenden Scheiben wurden die Verletzungen der Kinder in der Hauptsache verursacht. Auch der Schaffner des Beiwagens erlitt Verletzungen am Knie. Der Unfall dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß durch das Hin- und Herlaufen der Kinder im Wagen die Bremsklötze etwas gelöst wurden, so daß der Wagen auf der abhängenden Haltestelle in Bewegung kam. Ernstere Verletzungen sind zum Glück nicht zu verzeichnen.

Mettlach. In der hiesigen Mosaikfabrik erfolgte beim Entleeren eines Schmelzofens eine Explosion, bei der eine Stichflamme von etwa 20 Meter Höhe zum Dache der Fabrik hinausschlug. Das Dach über dem Schmelzofen wurde vollständig zerstört und in die Luft geschleudert. Außer dem Sachschaden ist ein weiterer Schaden nicht verursacht worden. Die bei dem Schmelzofen beschäftigten Arbeiter kamen, da zum Glück der Druck der Explosion und die Feuerflamme nach oben gingen, mit dem Schrecken davon.

Besseringen. Eine unbegreifliche Bluttat trug sich in unserem Orte zu. Zwischen den Familien Peter Gillen und Matthias Uder bestand seit längerer Zeit ein gespanntes Verhältnis, weil Uder nicht dulden wollte, daß das Regenwasser von dem Haus Gillen an seinem Haus vorbeifließt. Am 10. August kam es zwischen dem 61jährigen Arbeiter Peter Gillen und der Ehefrau Uder zu einem Wortwechsel, der zu Tätlichkeiten ausartete. Der 11jährige Sohn Uder beobachtete das vom Fenster aus und glaubte nach einer Darstellung seine Mutter bedroht. In der Absicht, ihr beizustehen, ergriff er unglücklicherweise zu einem Revolver und gab aus diesem vom Fenster aus einen Schuß auf Gillen ab, der diesen so schwer verletzte, daß er nach kurzer Zeit starb. Nach einer anderen Meldung soll der Schuß hinterlistig von dem 11jährigen abgegeben worden sein. Der jugendliche Totschläger wurde verhaftet.

Saarwellingen. Als ältester Bürger unseres Ortes wie auch der Synagogengemeinde verstarb hier der 86 Jahre alte Privatier Israel Hirsch. Er war in der Bevölkerung wegen seines zuvorkommenden liebenswürdigen Wesens allgemein beliebt.

Losheim. Auf der Kleinbahnstrecke Merzig—Losheim—Büschfeld, wurde innerhalb weniger Monate ein zweiter Anschlag verübt. Kurz nach der Abfahrt des nach Merzig abgehenden Leerzuges bemerkte der Lokomotivführer Jacobs beim Ausgang unseres Ortes eine Holzschwelle, die quer über die Gleise gelegt war. Glücklicherweise konnte er den Zug noch rechtzeitig zum Halten bringen, und dadurch ein größeres Unglück verhüten. Die Schwelle wurde vom Bahnkörper entfernt und der Zug konnte seine Fahrt fortsetzen. Die Polizei wurde gleich von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt und mittels eines Polizeihundes wurde die Verfolgung des Täters aufgenommen. Die Spur ging durch Losheim, Nunkirchen bis vor den Ort Ueberlosheim, wo sie verloren ging.

Nalbach. Am 12. August brach in dem Hause der Witwe Birk in der Hauptstraße ein Brand aus, der auf die beiden Nachbarhäuser Krämer und Witwe Bellmann übergriff. Alle drei Häuser wurden bis auf die Umfassungsmauern zerstört. Der Sachschaden ist bedeutend, jedoch durch Versicherung gedeckt.

St. Ingbert. Metzgermeister a. D. Joseph Hager beging am 29. August seinen 87. Geburtstag in ausgezeichneter körperlicher und geistiger Verfassung.

St. Ingbert. Der Buchhalter Wiesenacker wurde auf dem Heimwege von einem Radfahrer angefahren. Während der Radfahrer, offenbar ohne Schaden zu nehmen, seinen Weg fortsetzen konnte, brach der alte Mann bewußtlos zusammen und verstarb nach vier Stunden in seiner in der Ensheimer Straße gelegenen Wohnung.

Homburg. Unter zahlreicher Beteiligung der protestantischen Bevölkerung fand am 14. August die Grundsteinlegung des für Bruchhof-Sanddorf erstehenden protestantischen Bethauses statt.

Welschbach. Am 21. August wurde die feierliche Grundsteinlegung zu dem Bau einer katholischen Kirche vorgenommen.

Bliesdahlheim-Herbitzheim. Die neuerbaute evangelische Kirche in der südwestlichsten Ecke der schönen Saar-Pfalz konnte am 21. August feierlich eingeweiht und ihrer Bestimmung übergeben werden.

Rohrbach. Auf dem Geißkircher Hofe, wo die Baugesellschaft Phönix zurzeit eine Siedelung von 168 Wochenendhäusern anlegt, wurden bei den Fundamentierungsarbeiten zahlreiche römische Ziegelsteine ausgegraben, die die von alters her im Volke umgehende Vermutung bestätigen, daß im Geißbachtale eine römische Niederlassung bestanden hat. Oberlandjäger Schmidt hat dem Konservator über die Funde berichtet, so daß einwandfrei festgestellt werden kann, welche Bewandnis es mit dieser vermuteten Römersiedelung hat. Ferner wurde eine offenbar aus dem Mittelalter stammende, vollständig erhaltene Brunnenanlage, ebenfalls im Geißbachtale, freigelegt. Der Brunnen selbst besteht aus einem tiefen, ellipsenförmigen Schacht, der sauber mit Hausteinen ausgemauert ist. Die Tiefe des Schachtes konnte noch nicht festgestellt werden, da dies dem Konservator überlassen bleiben soll. Es ist dies unseres Wissens der erste Beweis dafür, daß im Geißbachtale auch eine mittelalterliche Niederlassung bestanden hat. Die Möglichkeit besteht aber auch, daß es sich um eine Brunnenanlage des früheren Dorfes Frohnspach handelt, das bis zum Ende des 30jährigen Krieges auf dem Gelände des Geißkircherhofes gestanden hat. Bisher war es jedoch unbekannt, daß dieses Dorf, dessen Anlage im Striche der Kaiserstraße vermutet wird, sich bis in das reizende Geißbachtal gezogen hat. Es wäre in diesem Falle das erste Zeichen dieser längst versunkenen Stätte aus ihrem unterirdischen Schlafe.

Fechingen. Das romantische Wogbachtal in hiesiger Gemarkung wird nunmehr durch einen großen Fischweiher verschönt werden zur Förderung der Karpfen- und Forellenzucht. So sehr man eine solche Anlage begrüßt, so muß man doch auch im Interesse aller Naturfreunde wünschen, daß sie nicht das reizende Talidyll zerstört.

Naßweiler. Um die Bestrebungen der deutschen Turnerschaft auch in weitere Kreise der Bevölkerung hineinzutragen, veranstaltete der Turnverein Naßweiler mit den beiden neugegründeten Nachbarvereinen Karlsbrunn und Ludweiler einen Werbetag, der in der Bevölkerung freudige Aufnahme fand. Gauvertreter Burk überbrachte die Grüße des Gaues und dankte „dem kleinsten aber rührigsten Verein des Gaues" für sein tapferes Aus- und Durchhalten in der äußersten Westecke unseres Vaterlandes. Neben der Ertüchtigung der Jugend, der Heranbildung einer gesunden Generation habe die deutsche Turnerschaft noch eine höhere Aufgabe, die Arbeit am deutschen Volkstum. Sie will ohne Unterschied von Partei, Konfession oder Stand das ganze Volk erfassen zur großen Volksgemeinschaft. Wir befinden uns hier auf heiligem Grenz-

boden, einen Hahnenschrei von der Grenze unseres geliebten Vaterlandes. Der Grenzbewohner steht auf wichtigem Posten. Er muß ein freundliches, einträchtiges Verhältnis mit dem Nachbar über der Grenze pflegen. Er muß aber auch treu und fest zu seiner Saarheimat und zum deutschen Mutterlande stehen. Wir alle wissen, daß dieser Grenzort zu uns steht, was auch kommen mag, und hoffen, dereinst feststellen zu können, daß in seinen Mauern die Besten gewohnt und ihnen mit gleicher Treue danken. Wir arbeiten durch die D. T. für das Volksganze, für das Volkswohl und für des Vaterlandes Ehre. Die Veranstaltung war im Angesicht der hart an der Grenze liegenden, dem Kohlenraub dienenden Schächte, ein Treubekenntnis zur Deutschen Turnerschaft und zum deutschen Volke.

Großrosseln. Unter dem Namen „Verkehrs- und Verschönerungs-Verein" wurde hier eine Zentralstelle geschaffen, die sich des in jeder Hinsicht stark vernachlässigten Gebietes mit starker Hand annehmen soll. Gleichzeitig soll der Verein ein Schutz- und Trutzbund sein für die allgemeinen und besonders die heimatlichen Interessen der Gesamtbevölkerung. Die vorgetragenen Gedanken fanden in der Versammlung lebhaften Widerhall. Als einstweiliger Vorsitzender wurde der Gemeindevorsteher Ernst Becker von Ludweiler gewählt.

Völklingen. Die Gemeindeverwaltung beschäftigt sich eingehend mit der Frage der Umgestaltung und Verbesserung der hiesigen Bahnhofsverhältnisse. Nach welcher Richtung eine Lösung gefunden werden wird, läßt sich noch keineswegs übersehen. Man spricht unter anderm von einer Verlegung des Empfangsgebäudes in die Nähe des Rathauses in der Wilhelmstraße oder gar nach außerhalb des Weichbildes. Das dürften jedoch Pläne sein, die schon allein an der Kostenfrage scheitern werden.

Quierschied. In dem Wiesental von der alten Quierschieder Grube nach der Glashütte zu hat man große Ausschachtungsarbeiten vorgenommen und dem Fischbach einen geraden Lauf durch das Tal gegeben. Jetzt geht man dazu über, an dieser Stelle das Wasser durch große Zementrohre zu leiten, was für die Hausbesitzer der beiden anliegenden Straßen von großem Vorteil ist. Die Gärten an den dort errichteten Neubauten können in dem Sumpfgelände erweitert und richtig angelegt werden.

Bildstock. Von den vielen Kriegsveteranen aus den Kriegen 1866, 1870/71 sind in unserem Ort nur noch 4 am Leben und zwar: die pensionierten Beroleute Nikolaus Keßler, Jakob Sattler, Philipp Blandfort und Rechnungsrat Fricke, die alle über 80 Jahre alt sind. Ganz besonders rüstig zeigt sich noch der Veteran Nikolaus Keßler. Er genügte seiner Militärpflicht beim Füsilier-Regiment Nr. 40 und nahm an den Schlachten und Gefechten bei Saarbrücken und Spichern ehrenvollen Anteil. Für tapferes Verhalten wurde er mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet.

Neunkirchen. Bei dem 10. Kind des Hüttenarbeiters Neubergen von der Oberschmelz hat Reichspräsident von Hindenburg die Patenstelle übernommen. — Genau vor einem Jahre war am Eingang zur Bliesmühle eine einzige Häuserreihe fertiggestellt. Jetzt schließt bald die dritte Häuserreihe dortselbst und zwar mit einem für vierunddreißig Wohnungen bestimmten Häuserblock, den die Regierungskommission herstellen läßt. Das im Bliestale stehende Zwölfmännerhaus der Hüttenfirma wurde zu einer langgestreckten Mietskaserne erweitert. Hoch oben vor dem Steinwald neben dem Schützenhaus gewahrt das Auge eine ganze Anzahl Neubauten. Nun ist für das neu entstandene Ostviertel der Stadt Neunkirchen eine wichtige Bedürfnisfrage brennend geworden. Es berührt diese Frage nicht Wasser- und Lichtversorgung, auch nicht die etwaige Straßenrundbahn, nein, es ist eine wichtige Kulturfrage. Sehr weite Schulwege machen die baldige Erbauung eines großen und schönen Schulhauses notwendig.

Fraulautern. Am 13. August fand die Einweihung der elektrischen Bahn Fraulautern-Hülzweiler statt. Die neuerbaute Teilstrecke ist eine 4 Kilometer lange Pendelbahn, die in Fraulautern (Ulanenstraße) von dem Hauptverkehrsnetz abzweigt und dann auf eigenem Bahnkörper dicht neben der Verbindungsstraße nach Hülzweiler läuft.

Personalnachrichten.

Veränderungen im Beamtenstand der Preußischen Bergbehörden. Im 2. Vierteljahr 1927. Bei der Ministerialabteilung für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen ernannt: der Oberbergrat Dr. Arlt zum Ministerialrat, der Bergverwaltungsinspektor Klicker zum Amtsrat, die Hilfsarbeiter, Bergrat Klewitz zum Oberbergrat als Mitglied eines Oberbergamts, Bergassessor Hagen zum Bergrat, Gerichtsassessor a. D. Oellrich zum Bergrat, als Hilfsarbeiter einberufen: der Bergrat Hammanns von der Abwicklungsstelle der Bergwerksdirektion Saarbrücken in Bonn; — bei der Geologischen Landesanstalt in Berlin beurlaubt: Abels, zur Gewerkschaft Groß-Kraftwerke Main-Weser in Borken weiter bis 30. September 1927; — bei der Bergwerksdirektion Saarbrücken, Abwicklungsstelle, in Bonn ernannt: der Kanzleisekretär Sahner zum Bergsekretär, überwiesen: der Bergobersekretär a. W. Fritze, in den einstweiligen Ruhestand versetzt: der Bergoberkekretär Halberstadt, früher bei der Berginspektion VIII in Neunkirchen, ausgeschieden: der Bergrat Heinrich, früher bei der Berginspektion XI in Camphausen; — im Oberbergamtsbezirk Halle bei dem Oberbergamt ernannt: Schulz-Briesen, Ministerialrat, zum Berghauptmann, einberufen: der Gerichtsassessor Horstmann, bei dem Bergrevier Ost-Halle ernannt: der Bergassessor Dr.-Ing. Müller zum Bergrat, bei dem Bergrevier Magdeburg übertragen: dem Bergrat Adam eine Stelle für Bergräte in Sonderstellungen; — im Oberbergwerksamtsbezirk Dortmund ernannt: die Bergreferendare Heiermann und Hotzel zu Bergassessoren, Beurlaubt: die Bergassessoren Bärst zur technischen Leitung der Firma Bärst G. m. b. H. in Essen auf ein weiteres Jahr, Dr. Mattiaß zur Sektion 2 der Knappschaftsberufsgenossenschaft in Bochum auf 2 Jahre, der Bergrat Lohmann, Friedrich zum Reichswirtschaftsministerium auf weitere 6 Monate, ausgeschieden: der Bergassessor Wirths, bei dem Bergrevier Essen I ernannt: der Privatsteiger Funke zum Bergrevierinspektor, bei dem Bergrevier Essen III überwiesen: der Bergassessor Brand, Kurt; — im Oberbergwerksamtsbezirk Bonn ernannt: der Bergassessor Grumbach, beurlaubt ins Reichswirtschaftsministerium, zum Bergrat, beurlaubt: die Bergassessoren Ehrenberg zum Mineralogischen Institut der Technischen Hochschule in Aachen auf 1 weiteres Jahr, Dr.-Ing. Dr. Sieben als Privatdozent an die Technische Hochschule in Breslau auf weitere 2 Jahre, ausgeschieden: der Bergassessor Dr. Götz, bei dem Oberbergamt ernannt: der Erste Bergrat Dr. Kohlmann des Bergreviers Düren zum Oberbergrat und Mitglied des Oberbergamts, bei dem Bergrevier Düren ernannt: der Bergrat Striebeck zum Ersten Bergrat; — bei der Preußischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft in den einstweiligen Ruhestand versetzt: Naumann, Rendant, und Lowasser, Bergobersekretär beim Hüttenamt in Lerbach, in den Ruhestand versetzt: Kolepke, Bergobersekretär, als Bureauvorsteher beim Hüttenamt in Gleiwitz; — bei der Bergwerks-Aktiengesellschaft Recklinghausen in den einstweiligen Ruhestand versetzt: Schubert, Bergobersekretär beim Steinkohlenbergwerk Gladbeck.

Eisenbahnpersonalien. Befördert wurden: Eisenb.-Amtmann Melker, Saarbrücken, zum Eisenbahnoberamtmann; Eisenb.-Oberinspektor Neubach in Saarbrücken zum Eisenbahnamtmann; Eisenb.-Oberinspektor Hemmer in Saarbrücken zum Eisenb.-Oberinspektor 1. Kl.; Eisenb.-Obersekretär Tamble zum Eisenb.-Inspektor; Bahnhofsvorsteher Heppes in Merzig zum Oberbahnhofsvorsteher.

Auf ein 50jährige Zugehörigkeit zum Homburger Eisenwerk, konnte kürzlich Werkmeister Christian Franz zurückblicken. Aus diesem Anlaß ist ihm eine Ehrenurkunde aus der Kanzlei des Reichspräsidenten mit der Unterschrift Hindenburgs zugegangen, die folgenden Wortlaut hat: „Anläßlich der Vollendung einer fünfzigjährigen Dienstzeit spreche ich Ihnen meinen herzlichsten Glückwunsch sowie meine Anerkennung für die Dienste aus, die Sie in ununterbrochener und hingebender Arbeit geleistet haben. Gez. v. Hindenburg."

Sein 25jähriges Priesterjubiläum konnte der katholische Pfarrer Schulz in Oberbexbach feiern. — Pater Michael Kirsch von Mittelbexbach ist, nachdem er in Rom vom Papst in Audienz empfangen worden war, nach seinem ihm zugewiesenen Wirkungskreis in China als Missionar abgereist. Pater Kirsch dürfte die Stelle des Provinzial P. Janser einnehmen, der in diesen Tagen aus Shanghai wieder nach Mittelbexbach, seiner Heimat, zurückkehrt.

Sein 25jähriges Dienstjubiläum als Schmiedemeister bei der Firma „Gesellschaft für Förderanlagen in Rohrbach" konnte Josef Habig in Rohrbach begehen.

Auf eine 25jährige Tätigkeit bei der Bürgermeistereiverwaltung Riegelsberg konnte am 1. August d. J. der Polizeiobermeister Feld in Kölln zurückblicken.

Die große Ehrenurkunde des Verbandes der Obst- und Gartenbauvereine im Bezirk für die Landwirtschaftskammer in der Rheinprovinz wurde dem Vorsitzenden und Mitbegründer des Obst und Gartenbauvereins Klarenthal, Hauptlehrer. D. Wilhelm in Klarenthal, verliehen. Die Auszeichnung wurde ihm zu-

teil in Anerkennung seiner uneigennützigen langjährigen und erfolgreichen Tätigkeit auf dem Gebiete des Gemüsebaues. Sie wurde ihm zuerkannt von der Landwirtschaftskammer in Bonn.

Das Fest ihrer silbernen Hochzeit konnten die Eheleute Salomon in Völklingen feiern.

Ihren 91. Geburtstag konnte eine der ältesten Bürgerinnen von Dudweiler, Frau Witwe Kettermann aus dem Dudweiler Altersheim feiern.

Todesfälle. Saarbrücken: Adolf Münch, 62 Jahre; Johannes Carll, 52 Jahre; Johann Klauck, 79 Jahre; Kaufmann Peter Peter Bartemes, 49 Jahre; Christian Buchmüller, 47 Jahre; Frau Maria Schmitt, geb. Ullrich, 36 Jahre; Vilma Chilinski, 23. Jahre; Josefine Weimer, geb. Diefenbach, 85 Jahre; Frau Wwe. Elisabeth Klees, geb. Suren, 46 Jahre; Fräulein Klara Hildebrandt, 18 Jahre; Jakob Schiffler, 65 Jahre; Wilhelm Lorenz, 38 Jahre; Frau Maria Elisabeth Kittler, geb. Hahn, 68 Jahre; August Heylmann, 51 Jahre; Ernst Lammert; Sanitätsrat Dr. Jordans; Jakob Janes, 68 Jahre; Karl Steilen, 81 Jahre; Michel Jakobi, 78 Jahre; Georg Keller, 76 Jahre; Robert Bubel, 22 Jahre; Frau Wilhelmine Kuhn, geb. Englert, 64½ Jahre; Frau Wwe. Pauline Steinmann, geb. Krämer, 54 Jahre; Frau Dina Bernard, geb. Sänger, 41 Jahre; Jonas Schmidt, 70 Jahre; Frau Ida Petschel, geb. Fehres; Karl Becker, 52 Jahre; Joh. Jak. Thedy, 68 Jahre; Frau Emma Laudon, geb. Weber, 60 Jahre; Bernhard Marx; Frau Anna Menren, geb. Honecker, verwitw. Carl Schuhe, 77 Jahre; Jakob Weiersbach, 27 Jahre; Adolf Heinrich Jeanrond, 63 Jahre; Frau Johanna Troppmair, geb. Orth, 29 Jahre; Dr. jur. Hermann Tersteſie; Nikolaus Braun, 36 Jahre; Hermann Immich, 56 Jahre; Hermann Lay, 33 Jahre; Moritz Roos; Georg Remm, 67 Jahre; Hans Metti Mann, 39 Jahre; August Lührmann; Ludwig August Leiner, 75 Jahre; Frau Katharina Heintz, geb. Blumann; Sophie Mettel, 84 Jahre; Karl Steinbrecher jen., 76 Jahre; Erich Kogler, 21 Jahre; Willy Paul, 25 Jahre; Hans Jacklen, 71 Jahre; Julius Ruf, 66 Jahre; Georg Steinmann, 61 Jahre; Frau Angelika Bleidt, geb Mertes, 61 Jahre; Frau Maria Lynen, geb. Bier, 47 Jahre; Professor Dr. phil. Otto Melsheimer; Ludwig Brückner, 63 Jahre; Frau Maria Lorscheider, geb. Hübschen; Frau Wwe. Pintschovius, Luise, geb. Doerr, 73 Jahre; Karl Sarg, 46¾ Jahre; Frau Ida Saretzky, geb. Hirche, 37 Jahre; Philipp Diehl, 40¼ Jahre; Emil Fischer, 42 Jahre. — **Brebach:** Alwin Gottwalles, 24 Jahre. — **Fechingen:** August Hugo Huppert, 65 Jahre. — **Gersweiler:** Heinrich Diesinger, 51 Jahre. — **Rockershausen:** Frau Wwe. Katharina Menges, geb. Mathieu, 74 Jahre. — **Clarenthal:** Frau Margarethe Colling, geb. Schaly, 47 Jahre. — **Fenne:** Käte Huhn, 31 Jahre. — **Obervölklingen:** Peter Friedrich Melchior, 78 Jahre; Frau Friedrich Heckmann, geb. Klein, 66 Jahre; Frau Michael Feldhäuser, geb. Kämmler, 66 Jahre; Frau Peter Sonnhalter Magdalena, geb. Knoblauch, 74 Jahre. — **Riegelsberg:** Edmund Horst. — **Heusweiler:** Gregor Radke, 65½ Jahre. — **Herrensohr:** Viktor Bintz, 52 Jahre; Frau Barbara Luise Alt, geb. Franz, 72 Jahre. — **Sulzbach:** Frau Anna Gütling Margarete, geb. Holzschuh, 46 Jahre; Walter Quirin, 20 Jahre; Heinrich Köhl, 54 Jahre; Heinrich Jennewein, 49 Jahre. — **Altenwald:** Karl Bauer, 53 Jahre — **Heiligenwald:** Henriette Rath, geb. Lauer, 78 Jahre. — **Reden:** Frau Kath. Leib, geb. Nicolai, 48 Jahre. — **Friedrichsthal:** Theob. Morgenstern, 74 Jahre; Frau Walter Scheid, 29 Jahre; Frau Charlotte Weil, geb. Koch, 53 Jahre. — **Bildstock:** Emma Hoffmann, 19 Jahre. — **Neunkirchen:** Frau Wwe. Karl Prinz, geb. Katharina Borr, 55½ Jahre; Christ. Sutter, 69 Jahre; Frau Wwe. Joseph Hepp Margarethe, geb. Laub, 74 Jahre; Christ. Schubmehl, 50 Jahre; Hermann Ries, 23 Jahre; Karl Martin, 47½ Jahre; Frau Charlotte Bachmann, geb. Maier, 57 Jahre; Frau Luise Litzenburger geb. Fegert, 49 Jahre; Alfred Schmidt, 24 Jahre; Peter Scheidhauer, 26 Jahre; Rich. Weißgerber. — **Sinnerthal:** Frau Karoline Hippert, geb. Gebhardt, 63 Jahre. — **Wiebelskirchen:** August Kirst, 70 Jahre; Fr. Wilh. Schonard, 67½ Jahre; Jakob Weber, 54 Jahre. — **Wellesweiler:** Wilhelmina Koch, geb. Müller, 57 Jahre. — **Merchweiler:** Wilhelm Woll, 68 Jahre. — **Ottweiler:** Frau Katharina Schäfer, geb. Keßler, 33 Jahre; Bernhard Herrmann. — **Holz:** Frau Jakob Brunnet, Luise, geb. Riedschy, 67 Jahre. — **Bous:** Dr. Heinrich Grünwald, 60 Jahre; Jakob Kahn, 55 Jahre. — **Dillingen:** Isidor Levy, 52 Jahre; Frau Witwe Anna Mieck, geb. Meilchen, 78 Jahre; Hermann Alkan, 74 Jahre. — **Picard:** Johann Remark, 64 Jahre. — **Lisdorf:** Frau Emilie Bräuning geb. Koppenhöfer, 66 Jahre. — **Beaumarais:** Frau Johann Bodwing, geb. Barbara Fontaine, 64 Jahre. — **Saarlouis:** Frau Thekla Lemm, geb Hirsch, 57 Jahre; Frau Therese Bier, geb. Finé; Frau Nik. Gersing, Marg., geb. Neumann, 37 Jahre; Frau Isidor Lazar, Flora, geb. August, 51 Jahre. — **Wadgassen:** Richard Franke, 54 Jahre. — **Fraulautern:** Frau Johann Georg Rupp, Elisabeth, geb. Rupp, 40 Jahre. — St. **Ingbert:** Karl Praß, 69 Jahre; Joh. Wiesenecker, 57 Jahre. — **Blieskastel:** Friedrich Bickel, 65 Jahre. — **Biebrich:** Robert Schmidtborn, 71 Jahre. —

Vom Saargrubenbau.

Opfer französischen Raubbaues. Auf Grube Heinitz stürzte der verheiratete Bergmann Jakob Bastian aus Elversberg vom Gerüst. In schwerverletztem Zustande wurde er dem Knappschaftslazarett Neunkirchen zugeführt. Auf derselben Grube verunglückten die Bergleute Otto Spengler aus Hof und Ernst Lang aus Berschweiler. Ersterer mußte gleichfalls dem Lazarett zugeführt werden. — Auf Grube Frankenholz verunglückte der verheiratete Bergmann Karl Schmitt aus Frankenholz durch niedergehendes Gestein schwer. — Der 28 Jahre alte Grubensteiger Scheidhauer in Neunkirchen wurde beim Abziehen der Förderwagen von einem heransausenden Wagen erfaßt und zu Tode gedrückt. Der Unfall ist auf das Fehlen einer Signalanlage zurückzuführen. Auf Grube Frankenholz wurde der 27 Jahre alte Bergmann Ernst Benner aus Hiffweiler in der Pfalz von herabstürzenden Gesteinsmassen erschlagen.

In Brefeld mußten mehrere Bergleute infolge schlechter Wetterführung auf ihrer Arbeitsstätte in besinnungslosem Zustande über Tage geschafft werden, wo die Ueberführung derselben ins Fischbacher Knappschaftslazarett angeordnet wurde. Es wäre angebracht, daß man auf der Grube endlich einmal nach dem Rechten sieht, damit die verstärkt auftretenden Klagen über derartige Mißstände endlich verschwinden.

Der neue Schacht 3 der Grube Göttelborn ist betriebsfertig. Die Teufe beträgt 320 Meter bis zur 3. Sohle. Die Fördermaschine hat elektrischen Antrieb. An der miterbauten Kohlenwäsche sind noch einige Verbesserungen notwendig. Dann würde einer Inbetriebnahme nichts mehr im Wege stehen.

Verstärkter Kohlenraub von lothringischer Seite. Nach einer Meldung der Agence économique et financière beabsichtigt die Saar- und Mosel-Bergwerksgesellschaft, auch die Nebenanlagen in dem Merlenbacher Bezirk auszubauen. Eine große Kohlenwäsche soll in nächster Zeit in Betrieb gesetzt werden. Ferner wird das im Anschluß an die Kokereien errichtete Ammoniakwerk im Laufe dieses Jahres dem Betrieb übergeben. Die Tagesproduktion dieses Werkes soll 7½ Tonnen betragen. Die Reparatur der Schächte von Freimengen ist beendet Nach der Wiederaufnahme des Betriebes in diesen Schächten wird die Merlenbacher Förderung 8000 Tonnen wöchentlich betragen.

Aus dem Saarwirtschaftsleben.

Die Lautzenthalglashütte in St. Ingbert wurde bekanntlich am 16. Januar d. J. stillgelegt, da die Glasfabrikation von dem Mundblasebetrieb völlig auf den maschinellen Betrieb umgestellt werden sollte. Nach völligem Umbau der technischen Betriebsanlagen ist die Hütte soweit fertiggestellt, daß kürzlich mit der Anwärmung der Oefen begonnen werden konnte. Wenn alles ordnungsgemäß verläuft, wird der Fabrikationsbetrieb voraussichtlich Mitte September wieder aufgenommen werden können. Leider kann aber nach der Betriebsumstellung nur noch ein Teil der bisher beschäftigten Arbeiter wieder eingestellt werden.

Mit der augenblicklichen Lage im Saarbergbau beschäftigte sich eine Ausschuß- und Sicherheitsmännerkonferenz des Bezirksvereins christlicher Bergarbeiter. Der Bericht des Bezirksleiters Lenhard weist darauf hin, daß die bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten einmal in der allgemeinen Depression der gesamten Weltkohlenwirtschaft, zum andern aber in der falschen Absatzpolitik des Handelsbüros der Grubenverwaltung begründet seien. Die bisher mit den in Frage kommenden Stellen geführten Verhandlungen seien bisher erfolglos gewesen. Im übrigen protestiert der Bericht gegen den kommunistischen Terror, wie er sich in der letzten Zeit auf einzelnen Gruben gezeigt habe. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird die Verwaltung der Gruben, wie die Regierungskommission erneut darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Situation im Bergbau des Saargebietes unerträglich sei. Neben dem Lohnabbau hätten die zahlreich eingelegten Feierschichten den Verdienst des Bergmannes derart herabgedrückt, daß er zum Lebensunterhalt auch bei den bescheidensten Ansprüchen, nicht mehr ausreiche. Von der Bergwerksdirektion und

dem französischen Staat wurde deshalb gefordert, daß die Unterbringung der Saarkohle in der dortigen Wirtschaft ermöglicht wird. Bei den bisher erzielten Betriebsergebnissen müsse die Unterbringung auch dann möglich sein, wenn hierzu Frachterleichterungen oder zeitweilige Reduzierungen der Kohlenpreise notwendig sein sollten. Die bisher geübte Methode der dauernden Ablegung habe in der Belegschaft große Erregung hervorgerufen. Durch diese Maßnahme würde die Arbeitsfreudigkeit unterdrückt. Nachwirkungen auf das Produktionsergebnis wären die Folge. Die Konferenz hofft, daß die Bergwerksdirektion nunmehr eine erhebliche Verbesserung der bisherigen Zustände verwirklicht. Nur so werde die ruhige Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse möglich sein.

Wirtschaft, Handel und Verkehr.

Ueber den Betrieb und den Verkehr auf den Saarbahnen im Monat Juni macht die Eisenbahndirektion Saarbrücken folgende Angaben: Der Personenverkehr hat sich weiter günstig entwickelt. Der Pfingstverkehr, der Eucharistische Kongreß in Dillingen und Sonntagsveranstaltungen — wie Sportfeste und dergleichen — brachten reges Leben auf die Bahnhöfe. Von den Stationen des Bezirks wurden 1 336 232 Fahrkarten (1 307 107 Stück im Vormonat) verkauft, was einem Tagesdurchschnitt von etwa 44 541 Karten entspricht. In Saarbrücken Hbf. wurden 278 231 Fahrkarten (täglich etwa 9275 Stück) verkauft. Zur Bewältigung des Verkehrs wurden außer den fahrplanmäßigen Zügen 42 Sonderzüge gefahren, während in 288 Fällen Zugverstärkungen erforderlich waren. — Auch im Gepäck- und Expreßgutverkehr hat sich die aufsteigende Linie behauptet. In Saarbrücken Hbf. wurden 23 165 Gepäcksendungen im Versand und Empfang mit einem Gewicht von 725 Tonnen behandelt, während 25 373 Expreßgutsendungen mit einem Gewicht von insgesamt 480 Tonnen im Versand und Empfang abgefertigt beziehungsweise zugestellt wurden. Außerdem wurden 738 Tonnen Gepäck- und Expreßgüter in Saarbrücken Hbf. umgeladen (Durchgangsverkehr) und 12 081 Gepäckstücke bei der dortigen Gepäckaufbewahrungsstelle hinterlegt.

Vom „Bund der Saarvereine".

Ortsgruppe Elberfeld des Saarvereins. Die Mitglieder mit ihren Familien fanden sich bei guter Beteiligung am 13. Juli am Schützenhaus zum Kaffeetrinken zusammen. Die Kölner Ortsgruppe war durch ein Mitglied vertreten. An der Bundestagung wird der 1. Vorsitzende teilnehmen. In der Sitzung am 14. September wird er über die Tagung ausführlich berichten.

Bücherbesprechungen.

Zeitschrift des Vereins für rheinische und westfälische Volkskunde. 24. Jahrgang. Elberfeld 1927. A. Martini u. Grüttefien, G. m. b. H. Die „Zeitschrift des Vereins für rheinische und westfälische Volkskunde" eröffnet ihren neuen Jahrgang mit einer Abhandlung „Von alten Andachten" von F. Heckmann. Für „Allerheiligen und Allerseelen in rheinischem Brauch und Spruch" hat J. Müller reichhaltigen Stoff gesammelt. W. E. Peuckert berichtet über „Rheinischen Aberglauben des 16. Jahrhunderts" aus einem Traktat des Doktors P. Binsfeld. Ausführlich schildert E. Protsch „Kinder- und Jugendspiele im Hunsrück". R. Kohl untersucht das Symbol der „Sieben Sonnen zu Herford" am dortigen Münster. Ueber „Die Orts- und Flurnamen auf mert (mart), bert (pert), bracht (brecht)" spricht E. Schulte-Kersmecke und P. Bahlmann beschließt seinen Aufsatz „Der menschliche Körper und seine Funktionen im westfälischen Glauben, Brauch und Sprichwort". Unter den zahlreichen „Kleineren Mitteilungen" ist eine Anzahl westfälischer Sagen hervorzuheben. Es ist in diesem Jahre wiederum noch ein zweites Doppelheft in Aussicht genommen. Doch wird der Beitritt neuer Mitglieder und das treue Aushalten der älteren dringend erbeten. Der Jahresbeitrag, für den die Zeitschrift frei ins Haus geliefert wird, beträgt trotz des erweiterten Umfanges der Zeitschrift nach wie vor 3 Mark. Anmeldungen nimmt die Verlagsbuchhandlung von A. Martini u. Grüttefien, G. m. b. H., Elberfeld, aber auch jedes einzelne Vorstandsmitglied gern entgegen.

Briefkasten.

Von B. in S. 5 Mark mit herzlichem Dank erhalten.
Sch. in M. 10 M. mit herzlichem Dank erhalten.
Von A. in St. Wendel. 10 M. mit herzlichem Dank erhalten.
10 M. von G. in S. mit herzlichem Dank erhalten.
Von W. in C.: 1,50 M. mit verbindlichstem Dank erhalten.
Von Dr. G. in S.: 1,50 M mit verbindlichstem Dank erhalten.
Von L. in Wiebelskirchen: 3 M. mit bestem Dank erhalten.

Saarländer

Berufslandwirt (verheiratet), wegen deutscher Gesinnung von französischer Verwaltung gemaßregelt, sucht

Stellung als Verwalter auf mittlerem Gut.

Nimmt, da auch kaufmännisch gebildet, jede andere Stellung an. Gefl. Angebote an „Saarfreund" erbeten.

Saargebiet

Zur **Ablösung französischen** Kapitals im **Saargebiet** direkte Verbindung mit Bank oder Geldgeber gesucht. Adressenangabe gleichfalls erbeten unter **H. 2220** an die Annoncen-Expedition Carl Ernst, Saarbrücken 3, Bahnhofstraße 86.

Erscheint zunächst monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder". Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein E. V., Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94, Fernsprech-Anschluß: Amt Hasenheide 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postscheckkonto Berlin NW 7, Nr. 665 36 oder auf Deutsche Bank, Depositenkasse O, Berlin-SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein E. V." mit dem Vermerk „Saar-Freund" erbeten. — Für den Gesamtinhalt verantwortlich Kurt Meurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein E. V.", Berlin SW. 11, Königgrätzer Str. 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW. 11.